

# **Bayerische Verwaltungsblätter**

**Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung**

---

1. September 1976

Heft 17/18

Seite 513

## Das Sozialgesetzbuch und sein Allgemeiner Teil

Von Professor Dr. Hans F. Zacher, Universität München

### I. Vorbemerkungen

Zu Anfang dieses Jahres ist der Allgemeine Teil des Sozialgesetzbuches [SGB] in Kraft getreten<sup>1</sup> – gewürdigt als „Hoffnung für Millionen“,<sup>2</sup> als „ein Werk von historischer Bedeutung“<sup>3</sup> oder auch als „ein entscheidender Schritt zu einer notwendigen Sozialreform“,<sup>4</sup> von dem zentralen Experten des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Ministerialrat Dr. Karl Hauck,<sup>5</sup> freilich schlichter als „Vereinfachung des Rechts“<sup>6</sup> avisiert. Wie auch immer Leistung und Wirkung des SGB – und insbesondere dessen, was bisher von ihm sichtbar ist – jetzt

und künftig zu bewerten sind: sicher handelt es sich um eine grundlegende Veränderung der juristischen, wohl auch, wenn nicht sogar vor allem, der rechts- und soziopsychologischen Szenerie des deutschen Sozialrechts. Mit dem Inkrafttreten des Allgemeinen Teils ist diese Veränderung der Szenerie unaufhaltsam begonnen worden. Die Eigendynamik dieses Anfangs würde sich sicher auch dann durchsetzen, wenn im Herbst die Bundesregierung von anderen politischen Kräften gebildet würde, als denjenigen, die 1969/70 die Arbeiten am SGB aufnahmen. Das gilt um so mehr, als sich bei den bisherigen Arbeiten am SGB alle im Bundestag vertretenen Parteien als im wesentlichen einmütig zeigten.<sup>7</sup>

Des so ins Werk gesetzten SGB an diesem Orte zu gedenken, ist aus zwei Gründen geboten. Der erste Grund ist ein persönlicher. Der *Jubilar*, dem dieses Sonderheft der Bayerischen Verwaltungsblätter gewidmet ist, hat sich immer wieder dem Sozialrecht zugewandt – ja er zählte in den langen Zeiten, in denen wissenschaftliche Autoren sich

1 Sozialgesetzbuch (SGB) – Allgemeiner Teil – vom 11. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3015). Im Folgenden auch abgekürzt als SGBAT. Zum Inkrafttreten s. Art. II § 23 dieses Gesetzes.

2 Joachim Dauhs, Ein Sozialgesetzbuch – Hoffnung für Millionen, Zeitschrift für Sozialreform, 22. Jahrg. (1976) S. 9 f.

3 Eugen Glombig, Ein Werk von historischer Bedeutung, ebd. S. 15 ff.

4 Harry Rohwer-Kahlmann, Die Sozialgerichtsbarkeit, 23. Jahrg. (1976) S. 41 ff.

5 Dr. Hauck war von den Anfängen bis 1975 der für die Arbeiten am SGB zuständige Referent des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung.

6 Karl Hauck, Vereinfachung des Rechts, Bundesarbeitsblatt, 1976 S. 78 ff.

7 S. dazu Hans F. Zacher, Materialien zum Sozialgesetzbuch, Loseblatt, 1974 ff., Stand 1976 [im Folgenden: Materialien], insbes. Teil D.

kaum um das Sozialrecht bemühten, zu den seltenen Ausnahmen.<sup>8</sup>

Der andere Grund, warum es angebracht ist, hier über das SGB zu berichten,<sup>9</sup> ist der, daß das SGB die verschiedenen Sozialleistungszweige zusammenzuführen sucht. Sozialleistungszweige wie Sozialhilfe, Jugendhilfe, Wohngeld und Ausbildungsförderung mögen dem Leserkreis der Bayerischen Verwaltungsblätter näher, Sozialversicherung, Arbeitsförderung oder Kriegsopfersversorgung mögen ihm ferner gestanden haben. Das SGB aber nimmt Regelungen aller dieser Sozialleistungszweige auf. Man könnte auch sagen: Das SGB versucht, die alte Kluft zwischen Sozialleistungssystemen, die primär der allgemeinen Kommunalverwaltung und der allgemeinen Staatsverwaltung anvertraut sind, und Sozialleistungssystemen, die primär Sonderverwaltungen (wie den Sozialversicherungsträgern, der Arbeitsverwaltung oder der Versorgungsverwaltung) aufgegeben sind, zu überbrücken. Zumindest damit wird das SGB zu einem notwendigen Thema auch der allgemeinen Verwaltung.

## II. Die Gesamtkonzeption<sup>10</sup>

### 1. Der Umfang der Materie

Das SGB soll nicht das Sozialrecht von Grund auf neu gestalten oder auch nur schlechthin neu formulieren. Vielmehr knüpft es an die überkommenen Einheiten des positiven Rechts an. Diese sollen in einen einheitlichen Rahmen gestellt werden. Das Prinzip ist das der „Kodifikation bei begrenzter Sachreform“. Das bestimmt sowohl die äußere Abgrenzung des Sozialgesetzbuches als auch und vor allem seine innere Gliederung.

<sup>8</sup> Seit langem betreut Theodor Maunz als Mitherausgeber und Autor das Selbstverwaltungsrecht der Sozialversicherung: „Die Sozialversicherung und ihre Selbstverwaltung“, begründet von J. Eckerl und H. Schraff (1951 ff.), seit 1963 herausgegeben von Theodor Maunz und Hans Schraff. Theodor Maunz ist auch, zusammen mit Hans Schraff, Mitherausgeber der Dokumentation „Die Sozialversicherung der Gegenwart“ Bd. 1/2 (1963) bis Bd. 7 (1968), fortgeführt i. V. m. einem erweiterten Herausgeberkreis unter dem Titel „Die Sozialordnung der Gegenwart“, Bd. 8 (1969) bis Bd. 12 (1973). Diese Dokumentation hat Maunz durch eine Reihe sozialrechtlicher Abhandlungen bereichert: Die allgemeinen Verfassungsprinzipien des Grundgesetzes und die neuere Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Sozialversicherung (Bd. 1/2, 1963, S. 7 ff.); Bundesverfassungsgericht und Sozialversicherung (Bd. 6, 1967, S. 31 ff.); Gesellschaft und Staat (Bd. 9, 1970, S. 33 ff.); Vorwort: Verwaltung im Bereich der Sozialordnung (Bd. 11, 1972, S. 7 ff.); der Richter in der Sozialordnung (Bd. 12, 1973, S. 35 ff.). Unter den zahlreichen Abhandlungen, die Theodor Maunz Themen gewidmet hat, die im weiteren Sinne zum Sozialrecht zu rechnen sind, seien hier aus jüngerer Zeit hervorgehoben: Die Verfassungsmäßigkeit von Krankenhausfinanzierungsgesetzen der Länder, Rechtsgutachten, Schriften der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Heft 8, 1973; Krankenhausreform als sozialrechtliche Gestaltung, Vierteljahresschrift für Sozialrecht, Bd. 1, 1973, S. 267 ff.; Die Chancengleichheit im Bildungsbereich, in: Menschenwürde und freiheitliche Rechtsordnung, Festschrift für Willi Geiger, 1974, S. 545 ff.

<sup>9</sup> Eine Zusammenstellung des Schrifttums s. bei Zacher, Materialien, Teil B; eingehende Literaturhinweise s. ferner bei Helmar Bley, in: Sozialgesetzbuch/Sozialversicherung, Kommentar zum gesamten Recht der Sozialversicherung einschließlich zwischenstaatlicher Abkommen und internationaler Übereinkommen, 1976 [im folgenden: Bley, SGB]. An Kommentaren zum Sozialgesetzbuch sind darüber hinaus bisher noch erschienen (oder haben angefangen zu erscheinen): Karl Hauck – Hartmut Haines, Sozialgesetzbuch, 1976; Sozialgesetzbuch für die Praxis, herausgegeben von Kurt Jahn unter Mitarbeit von Gustav Fige, Lutz Menard, Günther Wältermann und Dietrich Wiegand, 1976; Horst Peters, Sozialgesetzbuch, 1976; Lothar Schmitt, Sozialgesetzbuch, 1976; Dieter Giese, Sozialgesetzbuch – Allgemeiner Teil, 1976. Obwohl eine Rezension nicht in der Absicht dieser Zeilen liegen kann, muß bemerkt werden, daß zwischen diesen Kommentaren wesentliche Unterschiede der Aufgabenstellung, zwischen den Kommentaren und mitunter auch innerhalb der Kommentare aber auch deutliche Unterschiede der Qualität zu beobachten sind. Positiv seien hier vor allem zwei Werke hervorgehoben. Der Kommentar von Hauck und Haines ist der authentische Referentenkommentar (s. a. Anm. 5). Für Helmar Bley ist das Sozialgesetzbuch gleichsam der äußere Anlaß, eine ebenso kreative wie genaue systematische Durchforstung des deutschen Sozialrechts vorzulegen. Indem er es versteht, das SGB in seine weitgespannten und gehaltvollen Konzeptionen des deutschen Sozialrechts (s. a. Helmar Bley, Sozialrecht, 1974) einzubeziehen, wirkt in seiner systematischen Erläuterung das Gesetz – eine rechtliche Grunderfahrung bestätigend – heute schon vielfach weiser als der Gesetzgeber.

<sup>10</sup> S. dazu genauer Zacher, Materialien a.a.O. Teil A; Hauck, in Hauck-Haines, a.a.O., E 050 ff.

In diesem Sinne soll das SGB die wichtigsten, geschlossenen Bereiche des Sozialleistungsrechts des Bundes zusammenfassen. Ausgeklammert sind Bereiche, die von historisch abgeschlossener Bedeutung sind, wie das Lastenausgleichsrecht. Die Kriegsopfersversorgung entging diesem Schicksal, indem ihr als sozialem Entschädigungsrecht – unter Hereinnahme zahlreicher „Anschlußregelungen“ wie der Versorgung Wehrpflichtiger, des Impfschädenrechts, der Entschädigung für Opfer von Gewalttaten usw. – eine Zukunftsorientierung in eine Friedensgesellschaft hinein gegeben wurde. Die Kodifikation beschränkt sich auf Bundesrecht. Die Grenzen zwischen Bundes- und Landesrecht im Sozialrechtsbereich zu verschieben, war und ist nicht beabsichtigt. Damit bleiben für Bayern z. B. auch die komplementären Systeme sozialer Sicherung unberührt, die der Verwaltung der Bayerischen Versicherungskammer anvertraut sind.<sup>11</sup> Anders als das Verwaltungsverfahren soll das Gerichtsverfahren nicht in das SGB aufgenommen werden.

*Positiv* soll das Sozialgesetzbuch sich erstrecken auf: Ausbildungsförderung, Arbeitsförderung und Arbeitslosenversicherung, Sozialversicherung, Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung (einschließlich Altershilfe für Landwirte), Kriegsopfersversorgung (einschließlich der „Anschlußregelungen“ etwa des Soldatenversorgungsgesetzes, des Bundesgrenzschutzgesetzes usw., nunmehr auch des Gesetzes über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten), das Kindergeldrecht, das Wohngeldrecht, die Jugendhilfe und die Sozialhilfe.

Abgrenzungsschwierigkeiten bereiten nicht zuletzt die Arbeiten am Arbeitsgesetzbuch. Sie setzen zugleich mit den Arbeiten am SGB ein, was von vorneherein bedeutet, daß das Sozialrecht als Gegenstand des SGB das Arbeitsrecht nicht mit einschließt. Die Arbeiten am Arbeitsgesetzbuch haben jedoch noch zu keinem förmlichen Gesetzgebungsverfahren geführt. Sobald diese Arbeiten weiter vorangeschritten sind, kann es notwendig sein, die Zuordnung einzelner Vorschriften etwa des Lohnfortzahlungsgesetzes, des Schwerbehindertengesetzes oder des Mutterschutzgesetzes noch einmal zu überprüfen.

Ein anderes Problem ist, daß künftig – je vollständiger das SGB sein wird, je mehr – jeder neuer Akt der Sozialgesetzgebung die Alternative aufwerfen wird: Novellierung des SGB (und damit möglicherweise interne Umstichtung, textliche „Verwerfungen“, Beeinträchtigung der Transparenz usw.) oder Sondergesetz (und damit erneute Zersplitterung des Sozialrechts)? Daß nicht zuletzt die politische Optik immer wieder zu Sondergesetzen anreizen, ja Sondergesetze aufdrängen wird, wird zu einer ständigen Bedrohung für die Geschlossenheit des Sozialrechts im SGB werden.

### 2. Die Gliederung des SGB

Die innere Gliederung des SGB muß der Selbständigkeit der einzelnen Regelungskomplexe Rechnung tragen und davon ausgehen, daß sie auch künftig eine unterschiedliche, zumeist rasche Entwicklung nehmen werden. Darum muß das SGB in Bücher gegliedert werden, deren Paragraphen je selbständig durchgezählt werden. Wie schon aus dem Auftakt der Gesetzgebungsarbeiten durch den Allgemeinen Teil zu schließen ist, gliedert sich das SGB in einen *Allgemeinen Teil* und in *Besondere Teile*. Diese Besonderen Teile werden die einzelnen speziell sachgelögenden Bücher umfassen. Der „Allgemeine Teil“ des SGB, wie er jetzt als positive Einheit der Gesetzgebung vorliegt, hat aber seinerseits noch nicht alle Regelungen

<sup>11</sup> S. dazu umfassend Hans Schmitt-Lermann, Hundert Jahre Bayerische Versicherungskammer, 3. Aufl. 1975.

zusammengefaßt, die in einem funktional-systematischen Sinn „Allgemeines“ sind, d. h. für grundsätzlich alle Leistungsbereiche einheitlich gelten. Deshalb ist damit zu rechnen, daß dem SGB (zumindest) ein abschließendes Buch im Sinne einer Fortsetzung des „Allgemeinen Teils“ (im positiv gegebenen gesetzestechischen Sinn) mit Vorschriften über das Verwaltungsverfahren und die Beziehungen der Leistungsträger zueinander und zu Dritten angefügt wird.

Die *Reihenfolge der Bücher* wird durch den Allgemeinen Teil, durch die in ihm enthaltenen sozialen Rechte (§§ 2–10) und Einweisungsnormen (§§ 19–20) sowie durch den Entwurf der Gemeinsamen Vorschriften für die Sozialversicherung<sup>12</sup> angedeutet, der mit der Überschrift beginnt: „Viertes Buch (IV): Sozialversicherung – Erstes Kapitel: Gemeinsame Vorschriften“. Danach ist folgende *Gesamtgestaltung* des Sozialgesetzbuches zu erwarten:

#### I. Buch: Allgemeiner Teil

Das jetzt vorliegende Gesetz.<sup>13</sup>

#### II. Buch: Ausbildungsförderung

In dieses Buch soll das Bundes-Ausbildungsförderungsgesetz eingegliedert werden, voraussichtlich aber nicht das Graduiertenförderungsgesetz.

#### III. Buch: Arbeitsförderung

Hier soll das Arbeitsförderungsgesetz eingordnet werden, einschließlich der Arbeitslosenversicherung. Ob die sozialrechtlichen (nicht arbeitsrechtlichen) Elemente des Schwerbehindertengesetzes auch hierher gehören oder in einem besonderen Buch über die Rehabilitation Aufnahme finden, ist noch offen.

#### IV. Buch: Sozialversicherung

Dieses Buch wird in ganz unverhältnismäßiger Weise das umfangreichste Buch des ganzen SGB werden. Es soll nicht nur die Nachfolge der Reichsversicherungsordnung antreten, sondern auch die des Angestelltenversicherungsgesetzes, des Reichsknappenschaftsgesetzes, des Handwerkerversicherungsgesetzes, des Gesetzes über die Altershilfe für Landwirte, des Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte und des Selbstverwaltungsgesetzes. Gedacht ist an *vier Kapitel*. Das *Erste Kapitel*, die „Gemeinsamen Vorschriften für die Sozialversicherung“, lag, wie schon bemerkt, bereits dem Bundestag vor.<sup>14</sup> Die *weiteren drei Kapitel* werden je der Krankenversicherung, der Unfallversicherung und der Rentenversicherung gewidmet sein. In welcher Weise dabei die alten Sondergesetze absorbiert werden können, wird – vor allem in der Rentenversicherung – sicher noch Schwierigkeiten bereiten.<sup>15</sup>

#### V. Buch: Soziale Entschädigung bei Gesundheitsschäden

Hier soll das Kriegsopfersversorgungsrecht in der Er-

<sup>12</sup> Bundesdrucksachen 7/4122 und 7/5457. Näheres s. Zacher, Materialien zum Sozialgesetzbuch, Teil D II.

<sup>13</sup> S. Anm. 1. Die parlamentarischen Arbeiten waren zu Beginn der Sommerpause bis zu einem Beschuß des Vermittlungsausschusses gediehen.

<sup>14</sup> Siehe noch einmal Anm. 12.

<sup>15</sup> Hauck, a.a.O., S. 16, schreibt dazu: „Im Sozialgesetzbuch, das der Vereinfachung des sozialen Rechts dient, dürfen aber z. B. die übereinstimmenden Vorschriften der Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten sowie der knappenschaftlichen Rentenversicherung, die im geltenden Recht gleichlautend in drei Gesetzen erscheinen, nur einmal aufgeführt werden, was im übrigen die derzeitige Gliederung der gesetzlichen Rentenversicherung nicht tangieren würde . . . Bei einer konsequenten Einhaltung dieses Prinzips können im Bereich der Sozialversicherung von den z. Zt. bestehenden rund 2000 Gesetzesvorschriften etwa die Hälfte eingespart werden, was neben der rechtssystematischen Bereinigung auch ein Beitrag zur größeren Transparenz des Sozialrechts ist.“

streckung aufgenommen werden, die es durch die zahlreichen „Anschlußregelungen“ bereits gefunden hat.<sup>16</sup>

#### VI. Buch: Kindergeld

Hier wird das Bundeskindergeldgesetz eingegliedert werden.

#### VII. Buch: Wohngeld

Hier wird das Zweite Wohngeldgesetz eingegliedert werden.

#### VIII. Buch: Jugendhilfe

Hier soll das Jugendwohlfahrtsgesetz aufgenommen werden. Jedoch wird die Alternative zwischen der Aufnahme des geltenden, weithin als reformbedürftig betrachtenden Jugendwohlfahrtsgesetzes und dem Warten auf ein neues Jugendhilfegesetz, das zu erarbeiten sich bisher als außerordentlich schwierig erwiesen hat, noch Sorgen bereiten. Gegenwärtig sieht es so aus, als ob an dieser Stelle mit lang andauernder Unvollständigkeit des Sozialgesetzbuches zu rechnen wäre.

#### IX. Buch: Sozialhilfe

Das ist der Ort des Bundessozialhilfegesetzes.

#### X. Buch: Verwaltungsverfahren und Beziehungen der Leistungsträger zueinander und zu Dritten

Hier handelt es sich um die schon erwähnte Fortsetzung des „Allgemeinen Teiles“. Das Verwaltungsverfahrensrecht (möglicherweise das Erste Kapitel des X. Buches) wird voraussichtlich eine sozialrechtliche Variante zu dem Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz vom 25. Mai 1976 sein. Die „Beziehungen der Leistungsträger zueinander und zu Dritten“ (möglicherweise das Zweite Kapitel des X. Buches) werden zwar in Anlehnung an das Fünfte und Sechste Buch der Reichsversicherungsordnung geregelt werden. Jedoch wird es sich vielfach auch um originäre Regelungen handeln müssen.

Ob es ein besonderes Buch über die *Eingliederung Behinderter* geben wird, ist auf neue Weise zweifelhaft, nachdem die im Regierungsentwurf eines Allgemeinen Teils<sup>17</sup> vorgesehenen zusätzlichen „Gemeinsamen Bestimmungen für die Eingliederung Behinderter“ (§§ 68–71 a.a.O.) nicht Gesetz geworden sind.<sup>18</sup>

#### III. Der Allgemeine Teil des Sozialgesetzbuches

##### 1. Der vordergründige Bestand

Das Gesetz besteht aus zwei Artikeln. *Artikel I* enthält das, was *künftig Bestandteil des SGB* sein soll. *Artikel II* enthält das *Übergangsrecht*. Leider hat der Gesetzgeber diese beiden Teile nicht auch durch die adäquate Gestaltung der Überschriften sinnfällig voneinander geschieden. Das Gesamtgesetz nennt er „Sozialgesetzbuch (SGB) – Allgemeiner Teil –“. Dem „Artikel I“ folgt dann die Überschrift „Sozialgesetzbuch (SGB) Erstes Buch (I) Allgemeiner Teil“. Dem „Artikel II“ folgt die Überschrift „Übergangs- und Schlußvorschriften“.

Insgesamt enthält das Gesetz 90 Paragraphen. Unter diesen 90 Paragraphen finden sich 38 Paragraphen, die nicht Deklamationen oder Übergangsrecht enthalten. Als „Allgemeiner Teil“ für ein Gesetzeswerk, das mehrere tausend Paragraphen alten Rechts neu kodifizieren soll, ist das bedenklich wenig.

<sup>16</sup> Art. II § 1 Nr. 11 des SGBAT nennt folgende Bestimmungen: § 80 des Soldatenversorgungsgesetzes, § 59 Abs. 1 des Bundesgrenzschutzgesetzes, § 47 des Zivildienstgesetzes, § 51 des Bundesseuchengesetzes und §§ 4 und 5 des Häftlingshilfegesetzes. Mittlerweile ist noch § 1 Abs. 1 des Gesetzes über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten hinzugekommen.

<sup>17</sup> S. Zacher, Materialien zum Sozialgesetzbuch, Teil D I 1.

<sup>18</sup> S. dazu eingehender Hauck, a.a.O., S. 20 f.

Die äußere Gliederung des *Artikels I* – also des bleibenden „Allgemeinen Teiles“ des SGB – wird bei genauerem Zusehen der Sache nicht immer gerecht. Ein I. Abschnitt trägt die Überschrift „Aufgaben des Sozialgesetzbuches und soziale Rechte“ (§§ 1–10). Ihm folgt ein II. Abschnitt mit der Überschrift „Einweisungsvorschriften“. Er zerfällt in einen 1. Titel „Allgemeines über Sozialleistungen und Sozialleistungsträger“ und einen 2. Titel über „Einzelne Sozialleistungen und zuständige Leistungsträger“. Der erste Titel enthält Definitionen (§§ 11, 12) und eine erste Gruppe von Sachregelungen (§§ 13–17). Der 2. Teil dagegen nimmt das Thema der einzelnen sozialen Rechte des I. Abschnittes (§§ 3–10) auf, indem er jedem sozialen Recht hinzufügt, welche gesetzlichen Regelungen und Zuständigkeiten ihm entsprechen (§§ 18–29). Der III. Abschnitt trägt die Überschrift „Gemeinsame Vorschriften für alle Sozialleistungsbereiche dieses Gesetzbuchs“ – als ob nicht auch alle anderen Abschnitte solche Vorschriften wären! Er zerfällt in drei Titel: 1. Titel „Allgemeine Grundsätze“, 2. Titel „Grundsätze des Leistungsrechts“ und 3. Titel „Mitwirkung des Leistungsberechtigten“. Zumindest die Absonderung des 1. Titels des II. Abschnitts („Allgemeines über Sozialleistungen und Leistungsträger“) von dem 1. und 2. Titel des III. Abschnittes leuchtet dabei ebenso wenig ein wie die Trennung der „sozialen Rechte“ (§§ 3–10) von den Vorschriften über „einzelne Sozialleistungen und zuständige Leistungsträger“ (§§ 18–29). Die Aussageschwäche der Überschriften entspricht der sachlichen Schwäche der Einteilungen.

Besser gelang es und offenbar einfacher war es auch, den *Artikel II* zu strukturieren. Er umschreibt in einem I. Abschnitt die „Besonderen Teile des Sozialgesetzbuchs“ (§ 1) – d. h. die Gesetze, die bis auf weiteres an die Stelle der noch zu schaffenden Besonderen Teile des Sozialgesetzbuches treten. Der II. Abschnitt über „Änderung von Gesetzen“ bringt Anpassungsvorschriften sowohl gegenüber den eingegliederten Gesetzen (§§ 2–14) als auch gegenüber der Zivilprozeßordnung und dem Sozialgerichtsgesetz (§§ 15, 16). Der III. Abschnitt enthält intertemporäres Recht: „Überleitungsvorschriften“ zu der neu eingeführten Verjährung (§ 17), zu den neuen Vorschriften über Übertragung, Verpfändung und Pfändung (§ 18), über die Vererbung (§ 19) und über neue Bestimmungen und Bezeichnungen (§ 20). Der IV. Abschnitt endlich enthält „Schlußvorschriften“: Stadtstaatenklausel (§ 21), Berlinklausel (§ 22) und die Vorschrift für das Inkrafttreten (§ 23), die eigentümlich differenziert. Neben dem 1. Januar 1976 als allgemeinen Termin des Inkrafttretns (Abs. 1 Satz 1) nennt sie für einzelne krankenversicherungsrechtliche Vorschriften vorgezogene Termine des Inkrafttretens (Abs. 1 Satz 2), vor allem aber für die Verzinsung den aufschiebenden Termin des 1. Januar 1978 (Abs. 2), der eine Anpassung der Finanzverhältnisse der Sozialleistungsträger an diese neue Belastung ermöglichen soll.

## 2. Perspektiven einer sachlich-funktionalen Analyse

Befriedigt also die äußere Gliederung des Gesetzes das Bedürfnis nach sachlicher Information über Aufgaben, Eigentümlichkeiten und Zusammengehörigkeiten der einzelnen Vorschriften nicht ganz, so muß versucht werden, zusätzliche Zugänge einer differenzierenden Erfassung des Gesetzes zu erschließen. In diesem Sinne bietet es sich an, das Gesetz einzuteilen in:

– Die allgemeine *programmatische Umschreibung des Werthorizonts* des SGB und wohl des ganzen deutschen Sozialrechts (§ 1): menschenwürdiges Dasein, freie Entfaltung der Persönlichkeit, insbesondere auch für junge

Menschen, Schutz der Familie, Erwerb des Lebensunterhalts durch freigewählte Tätigkeit; soziale Gerechtigkeit und Sicherheit, Vorsorge gegen die besonderen Belastungen des Lebens und Ausgleich derselben durch Sozialleistungen, und zwar ausdrücklich auch durch soziale Dienste und Einrichtungen und erzieherische Hilfen.

– *Definitionen der sozialen Rechte* (§ 2), *Leistungsarten* (§ 11) und *Leistungsträger* (§ 12).

– *Die sozialen Rechte* (§§ 3–10) und die korrespondierenden *Einweisungsnormen* (§§ 18–19).

– *Die eigentlichen Sachregelungen* (§§ 13–17, 30–67) und die *Überleitungsvorschriften* hierzu (Art. II §§ 17 bis 20).<sup>19</sup>

– *Die Substitution* der noch nicht vorhandenen *Besonderen Teile* durch die Gesetze, die in die Besonderen Teile überführt werden sollen (Art. II § 1), und die Vorschriften zur sachlichen Einfügung dieser Gesetze (Art. II §§ 2–14).

– *Die Änderung* weiterer Gesetze (Art. II §§ 15, 16) und die *Schlußvorschriften* (Art. II §§ 21–23).

Noch größer können die Vorschriften eingeteilt werden in:

– Vorschriften, die den Besonderen Teilen Gemeinsames, *Allgemeines* voranstellen;<sup>20</sup> das Zentralprogramm des § 1, die Definitionen jedenfalls der Leistungsarten und -träger (§§ 11, 12) und die eigentlichen Sachregelungen (§§ 13–17, 30–67) sowie die Überleitungsvorschriften hierzu (Art. II §§ 17–20);

– Vorschriften, die orientierend und verfügend *auf die Besonderen Teile hinführen*:<sup>21</sup> die sozialen Rechte und Einweisungsnormen (§§ 2–10, 18–29), und die Substitution der Besonderen Teile durch bestehende Gesetze (Art. II § 1) sowie Änderungen derselben (Art. II §§ 2–14).

## 3. Der Vierschritt der orientierenden und verfügenden Bestimmungen über den Geltungsbereich

### a) Der Charakter der „sozialen Rechte“<sup>22</sup>

Das richtige Verständnis des Allgemeinen Teils des SGB setzt gewissermaßen die Hinnahme und das Ernstnehmen einer zentralen Enttäuschung voraus. Sie besteht darin, daß die „sozialen Rechte“ keine Rechte sind, ja nicht einmal die Deklamation von Rechten, daß sie vielmehr nur auf Rechte gewährende Regelungen hinführen sollen. „Soziale Verfassungsrechte“ – wie sie sich etwa in der Weimarer Verfassung gefunden haben oder in der Bayerischen Verfassung finden,<sup>23</sup> kann das SGB nicht enthalten. Dazu fehlt ihm der Verfassungsrang. Den detaillierten Regelungen der einzelnen Leistungsbereiche kann es mit den „sozialen Rechten“ nicht voreilen, ohne hoffnungslose Konfusion zu schaffen. Dazu kommt immer wieder das Kernproblem aller „sozialen Rechte“, daß Rechtsnormen die Potentiale, die zur Erfüllung sozialer Erwartungen und Ansprüche nötig sind, nur sehr begrenzt beherrschen können. Und so beschränkt sich der Regierungsentwurf darauf, rein infor-

19 Hier und im Folgendem werden grundsätzlich Vorschriften des Allgemeinen Teils ohne Hinweis auf Art. I, Überleitungsvorschriften dagegen mit Art. II zitiert.

20 S. u. 4.

21 S. u. 3.

22 S. dazu statt älteren Schrifttums etwa Detlef Merten, Zur Problematik der Aufnahme sozialer Rechte in das Sozialgesetzbuch, Blätter für Steuerrecht, Sozialversicherung und Arbeitsrecht, 30. Jhg. (1975) S. 357 ff.; Bernd von Maydell, Die „sozialen Rechte“ im Allgemeinen Teil des Sozialgesetzbuches, DVBl. 1976, 1 ff. Zur Meinung des Verfassers s. ergänzend: Materialien S. A 45 ff., 63 ff.

23 S. dazu Hans F. Zacher, Zur sozialen Programmatisierung der Bayerischen Verfassung, in: Verfassung und Verfassungsrechtsprechung, Festschrift zum 25jährigen Bestehen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, 1972, S. 95 ff.

matorische „Rechte“ – genauer wohl: Rechtshinweise – zu gewähren. Aus den sozialen Rechten des SGB könnten „Ansprüche nur insoweit geltend gemacht oder hergeleitet werden, als deren Voraussetzungen und Inhalt durch die Vorschriften der besonderen Teile dieses Gesetzbuchs im einzelnen bestimmt sind“.<sup>24</sup>

Der federführende Sozialpolitische Ausschuß des Bundestages wollte sich damit freilich nicht begnügen. Er fügte deshalb dem § 2 einen Absatz 2 hinzu: „Die nachfolgenden sozialen Rechte sind bei der Auslegung der Vorschriften dieses Gesetzbuches und bei der Ausübung von Ermessen zu beachten; dabei ist sicherzustellen, daß die sozialen Rechte möglichst weitgehend verwirklicht werden.“<sup>25</sup> Auch dieser Zusatz ist Gesetz geworden. Zu welchen Überspannungen und Konflikten er führt, bleibt abzuwarten.

Dominierend jedenfalls bleibt die Negation des Anspruchscharakters. § 2 Satz 2 des Regierungsentwurfs wurde als § 2 Abs. 1 Satz 2 Gesetz. Und er findet sich bekräftigt in § 11 Satz 1, wonach (nur) die gesetzlich vorsehenen Dienst-, Sach- und Geldleistungen Gegenstand der sozialen Rechte sind, und in § 31, wonach „Rechte und Pflichten in den Sozialleistungsbereichen dieses Gesetzbuches . . . nur begründet, festgestellt, geändert oder aufgehoben werden“ dürfen, „soweit ein Gesetz es vorschreibt oder zuläßt.“

Im einzelnen sind die „sozialen Rechte von recht ungleichem Zuschnitt. Das Recht auf *Ausbildungsförderung* (§ 3 Abs. 1) schließt von der sozialen Situation der Ausbildung und der Bedürftigkeit auf das Recht auf individuelle Förderung. Das Recht auf *Arbeitsförderung* (§ 3 Abs. 2) schließt von der Teilnahme am Arbeitsleben auf – spezifizierte – Rechte auf Beratung, Förderung, Arbeitsvermittlung, Schutz bei Arbeitslosigkeit und bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers. Das Recht auf *Sozialversicherung* (§ 4) ist gespalten. Im Rahmen des Gesetzes bestehe ein Recht auf Zugang zur Sozialversicherung (Abs. 1). Sodann: „Wer in der Sozialversicherung versichert“ sei, habe „im Rahmen der gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung“ entsprechende Rechte auf notwendige Maßnahmen und „wirtschaftliche Sicherung“ (Abs. 2). Das Recht auf *soziale Entschädigung* bei Gesundheitsschäden (§ 5)<sup>26</sup> setzt voraus, daß „die staatliche Gemeinschaft in Abgeltung eines besonderen Opfers oder aus anderen Gründen nach versorgungsrechtlichen Grundsätzen einsteht“. Das „Recht“ schließt also von dem schon eingeraumten Anspruch auf Versorgung auf das „Recht“ auf „soziale Entschädigung“ zurück. Am großzügigsten formuliert ist das Recht auf „*Minderung des Familienaufwands*“ (§ 6): „Wer Kindern Unterhalt zu leisten hat oder leistet, hat ein Recht auf Minderung der dadurch entstehenden wirtschaftlichen Belastungen.“ Hinsichtlich des *Wohngeldes* (§ 7) wird von der sozialen Situation unzumutbaren Wohnaufwandes auf ein Recht auf Zuschuß geschlossen. Die sozialen Rechte auf *Jugendhilfe* (§ 8) und *Sozialhilfe* (§ 9) entsprechen weitgehend Vorbildern im Jugendwohlfahrtsgesetz (§ 1) und im Bundessozialhilfegesetz (§§ 1 ff.). Dabei genügt § 8 der Status des „jungen Men-

schen“, um ein Recht auf Förderung und Erziehung daran zu knüpfen. § 9 schließt demgegenüber von der sozialen Bedürftigkeit auf ein Recht auf bedarfsgerechte, zur Selbsthilfe befähigende, gesellschaftliche Teilhabe ermöglichte persönliche und wirtschaftliche Hilfe zur Führung eines menschenwürdigen Lebens. Das Recht auf *Eingliederung* Behindeter endlich (§ 10) schließt vom Tatbestand der Behinderung auf „ein Recht auf die Hilfe, die notwendig ist, um 1. die Behinderung abzuwenden, zu beseitigen, zu bessern, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder ihre Folgen zu mindern“, und 2. dem Behinderten „einen seinen Neigungen und Fähigkeiten entsprechenden Platz in der Gemeinschaft, insbesondere im Arbeitsleben, zu sichern.“

Diese Andeutungen zeigen, daß die §§ 3–10 schon ihrer Fassung nach nicht geeignet sind, gleichermaßen veritable „soziale Rechte“ im Sinne verbindlicher, gar subjektiv berechtigender Verbürgungen zu gewähren. Erstaunlicher aber ist, daß sie auch den *Informationswert*, der ihre zentrale Rechtfertigung sein soll, so nicht haben können. Sie verknüpfen nicht etwa typische elementare Situationen notwendigen sozialpolitischen Eingreifens mit jeweils der Zusage aller einschlägigen und notwendigen Maßnahmen der Abhilfe. Sie sind nicht linear durchkomponiert: etwa im Sinne des kausal-finalen Ansatzes der Vorsorge gegen soziale Risiken (wie Krankheit, Invalidität usw.); oder im Sinne der kausalen Rechtfertigung von Leistungszusagen (wie sie sich evident im sozialen Entschädigungsrecht, § 5, findet); oder im Sinne des finalen Ansatzes, daß die Fähigkeit, bestimmte soziale Ziele (wie eine angemessene Wohnung) zu erreichen, durch öffentliche Maßnahmen substituiert werden muß, wo sie dem einzelnen sonst fehlt; oder auch im Sinne eines instrumentalen Ansatzes, wenn etwa einem sozialen Problem (z. B. der Krankheit) generell durch eine soziale Einrichtung (z. B. einen staatlichen Gesundheitsdienst) begegnet wird –. Um es noch deutlicher zu sagen: diese „sozialen Rechte“ lösen die komplexe institutionelle Bündelung von sozialen Situationen, bedürftigen und zu schützenden Personengruppen, Maßnahmen, Leistungen und Institutionen, Zwecken, Ursachen und Instrumenten, die für unser historisch gewachsenes „gegliedertes Sozialleistungssystem“ so kennzeichnend ist, nicht auf. Sie überhöhen sie.

#### b) Die Einweisungsnormen

Dem entspricht denn auch, daß der Gesetzgeber die „*Information*“, die er mit den sozialen Rechten begonnen hat, durch die überaus exakte Verweisung auf bestehende gesetzliche Regelungen fortführt. Das geschieht in den Einweisungsvorschriften über „einzelne Sozialleistungen und zuständige Leistungsträger“ (§§ 18–29). Dort wird etwa gesagt, „nach dem Recht der Ausbildungsförderung können Zuschüsse und Darlehen für den Lebensunterhalt und die Ausbildung in Anspruch genommen werden (§§ 1, 8–17 Bundesausbildungsförderungsgesetz)“ (§ 18 Abs. 1). Und dem so allgemein formulierten Recht auf Minderung des Familienaufwands entspricht § 25: „(1) Nach dem Kinder geldrecht kann grundsätzlich für jedes Kind Kindergeld in Anspruch genommen werden (§§ 1–10 Bundeskindergeld gesetz). (2) Zuständig sind die Arbeitsämter.“ So stellen sich „soziales Recht“ und „Einweisungsvorschrift“ gleichermaßen als die zwei Einleitungsparagraphen oder auch nur als zwei Abschnitte einer Präambel zu den jeweiligen Besonderen Büchern dar. Nur hinsichtlich der Eingliederung Behindeter versagt dieses Prinzip. Dem Recht auf Eingliederung Behindeter (§ 10) entspricht keine überkommene komplexe Regelungseinheit. Deshalb verweist die Einweisungsvorschrift (§ 29) auf die anderen Einweisungs-

24 § 2 Satz 2 des Regierungsentwurfs eines Allgemeinen Teils = § 2 Abs. 1 Satz 2 SGBAT. S. Materialien, Teil D I 1 S. 5.

25 Beschlüsse des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuß), Deutscher Bundestag, Drucksache 7/3738 (abgedruckt in: Materialien Teil D I 3 S. 5).

26 S. zu den Vorerwägungen (die von der weiteren Entwicklung, extrem vereinfachend, in Richtung auf eine Gleichstellung von sozialem Entschädigungsrecht und erweiterter Kriegsopfersversorgung überholt wurden): Hans F. Zacher, Die Frage nach der Entwicklung eines sozialen Entschädigungsrechts, DÖV 1972, S. 461 ff. Zum jetzigen Stand der Meinungen s. etwa Bley, SGB zu § 5.

vorschriften und die in den dort in Bezug genommenen Vorschriften zugesagten, in § 29 ausführlich katalogisierten Rehabilitationsleistungen.

c) *Soziale Rechte, Einweisungsvorschriften und Besondere Teile*

Je ärmer an Rechtswirkung somit „soziale Rechte“ und „Einweisungsvorschriften“ sind, um so mehr kommt die Verantwortung für die Realität des SGB auf die Besonderen Teile zu. Damit richtet sich der Blick auf Art. II des Gesetzes. Und damit bekommen diese „Übergangs- und Schlußvorschriften“ im gegenwärtigen Stadium der Gesetzgebung auch eine ganz außergewöhnliche Bedeutung. Nach § 1 des Art. II gelten eine Reihe dort enumerierter Gesetze als Besondere Teile des SGB. Und die §§ 2–14 des Art. II bringen diese Gesetze dann auch unmittelbar auf einen Stand, der dem der Vorschriften des Art. I entspricht.

Das alles zusammen vermittelt den Eindruck eines eigentümlichen *Vierschrittes* des Gesetzgebers, dessen *zwei erste Schritte* („soziales Recht“ und „Einweisungsvorschrift“) im Art. I, dessen *zwei letzte Schritte* (Zuordnung bestehender Gesetze als Besondere Teile des SGB und Anpassung dieser Gesetze an das SGB) im Art. II vorgenommen werden. In diesem Sinne werden verknüpft:

– Recht auf *Ausbildungsförderung* und Bundesausbildungsförderungsgesetz (Art. I §§ 3, Abs. 1, 18, Art. II § 1 Nr. 1, § 2);

– Recht auf *Arbeitsförderung*, Arbeitsförderungsgesetz und Schwerbehindertengesetz (Art. I §§ 3, 19, 20, Art. II § 1 Nr. 2 und 3, § 3);

– Recht auf *Sozialversicherung* und gesetzliche Vorschriften über Krankenversicherung, Unfallversicherung, Rentenversicherung und Altershilfe für Landwirte (Art. I §§ 4, 21–23, Art. II § 1 Nr. 4–10, §§ 4–8).

– Recht auf *soziale Entschädigung* bei Gesundheitsschäden und Bundesversorgungsgesetz (nebst Anschlußregelungen und Nebengesetzen) (Art. I §§ 5, 24, Art. II § 1 Nr. 11, 12, §§ 9, 10, 11 und 18);

– Recht auf *Minderung des Familienaufwands* und Bundeskindergeldgesetz (Art. I §§ 6, 25, Art. II § 1 Nr. 13, § 12);

– Recht auf *Zuschuß für eine angemessene Wohnung* und Zweites Wohngeldgesetz (Art. I §§ 7, 26, Art. II § 1 Nr. 14, § 13);

– Recht auf *Jugendhilfe* und Jugendwohlfahrtsgesetz (Art. I §§ 8, 27, Art. II § 1 Nr. 16);

– Recht auf *Sozialhilfe* und Bundessozialhilfegesetz (Art. I §§ 9, 28, Art. II § 1 Nr. 15).

Nur beim Recht auf *Eingliederung Behindter* (Art. I § 10) ergibt sich eine Spaltung. Die Einweisungsvorschrift verweist ausschließlich auf die anderen Sozialleistungsbereiche (Art. I § 29). Art. II dagegen erwähnt ergänzend das Rehabilitationsangleichungsgesetz und das Gesetz über die unentgeltliche Beförderung von Kriegs- und Wehrdienstbeschädigten usw. (§ 1 Nr. 17 und 18).

#### 4. Die Sachregelungen

##### a) Die fragmentarische Natur

Kommt sonach dem scheinbar spektakulärsten Teil des Allgemeinen Teiles, den „sozialen Rechten“ kaum sachliche Bedeutung zu, so wächst die Erwartung, die in das gesetzt wird, was oben als „Sachnormen“ angekündigt wurde. Sie bilden freilich nicht nur äußerlich, wie schon

vermerkt, kein geschlossenes Ganzes. Sie sind es auch in der Sache nicht. Der Allgemeine Teil hat an Allgemeinem nicht das sachlich Gebotene, sondern das rascher Machbare vorweggenommen. Der Gesetzgeber hat nicht dem Bedarf an allgemeinen Ordnungen nachgefragt und versucht, ihn zu befriedigen. Er hat den angetroffenen Regelungsvorrat gesammelt und durchgesehen und an Hand der Kriterien der Vorfindlichkeit von Fertigem, der geringeren Widerstände gegen Fixierung von Altem oder Anordnung von Neuem ausgewählt, was sich eignete, im Allgemeinen Teil „verallgemeinert“ zu werden.<sup>27</sup> Das bedeutet, daß allgemeine sozialrechtliche Normen nicht wirklich im Allgemeinen Teil des SGB konzentriert sind. Vielmehr konkurrieren als „Fundorte“ allgemeiner sozialrechtlicher Normen andere „Allgemeine Teile“ des SGB (die Gemeinsamen Vorschriften für die Sozialversicherung, vor allem auch das X. Buch über Verwaltungsverfahren und Beziehungen der Leistungsträger untereinander und zu Dritten), die Besonderen Teile (mit der in ihnen verbliebenen Fülle harmonischer, harmonisierter oder harmonisierbarer<sup>28</sup> Vorschriften gleichen oder verwandten Gegenstandes oder gleicher oder verwandter Funktion) und nach wie vor eine vermeidbare Masse von ungeschriebenem Recht, zu meist richterrechtlichem lückenfüllendem Normgut.

Das bedingt in großem Maße Unausgewogenheiten und Mißverständlichkeiten. Ein Beispiel bietet etwa § 32. Er trägt die Überschrift „Verbot nachteiliger Vereinbarungen“. Der Text aber spricht nur davon, daß „privatrechtliche Vereinbarungen, die zum Nachteil des Sozialleistungsberechtigten von Vorschriften dieses Gesetzbuchs abweichen“, nichtig sind. Man mag sich schon fragen, ob das überhaupt ein regelungsbedürftiges Problem ist. Warum aber werden öffentlich-rechtlicher Vertrag und Vergleich nicht erwähnt? Sie werden vermutlich im Verwaltungsverfahrensrecht (also in dem in Aussicht genommenen Zehnten Buch) behandelt. Der Verzicht auf Sozialleistungen aber ist im Allgemeinen Teil geregelt (§ 46). Als besonders wirkungsvoll erwies sich diese rechtspychologisch erklärbare, rechtssystematisch jedoch zufällige Eklektik in bezug auf § 30. Der Gesetzgeber glaubte, eine Aussage über den persönlichen und territorialen Geltungsbereich schuldig zu sein. Er knüpft deshalb die Geltung des Sozialgesetzbuches an den Wohnsitz oder den gewöhnlichen Aufenthalt im Geltungsbereich des Gesetzes (§ 30 Abs. 1). Dabei behielt er zwar die Geltung abweichenden Rechts der Besonderen Teile vor (§ 30 Abs. 2). Die Regelung der Verzinsung aber findet sich im Allgemeinen Teil (§ 44). Sollen nun Zinsen an Rentner im Ausland nicht gezahlt werden?

Eine andere Schwäche ist, daß Zusammengehöriges selbst innerhalb des Allgemeinen Teiles nicht selten auf unerklärliche Distanz gebracht ist. Davon, daß das Verbot nachteiliger Vereinbarungen in § 32, der Verzicht in § 46 geregelt ist, war schon die Rede. Ein anderes Beispiel ist etwa, daß das rechtliche Gehör (§ 34) getrennt von der Masse der verwaltungsverfahrensrechtlichen Vorschriften des Allgemeinen Teils (§§ 15–17) geregelt ist.

Schon die ersten Monate der Anwendung haben gezeigt, daß die Verlustliste systematischer Vollständigkeit und systematisch richtiger Zuordnung groß ist, und daß sie bei weitem nicht nur theoretische Bedeutung hat. Das Heraustrennen von Normen als „allgemein“ primär nach den Prinzipien der raschen Machbarkeit eines Allgemeinen Teiles, insbesondere der Vorfindlichkeit der Inhalte und des Kon-

27 S. ergänzend Materialien S. A 37 f.

28 S. dazu Materialien S. A 42 ff., 51 ff.

senses über ihre verallgemeinernde Überhöhung führte zur Isolierung, wo Einbettung von Zusammengehörigem notwendig gewesen wäre, zur Ansiedlung von sachlich Benachbartem in verschiedenen Ebenen – von allgemeinen und besonderen Regelungseinheiten, von geschriebenem und ungeschriebenem Recht –. Das verursacht Interpretationschwierigkeiten und Reibungsverluste im Rechtsvollzug. Und es beeinträchtigt den Zweck der Kodifikation, das Sozialrecht durchschaubar und verständlicher zu machen.

#### b) Die positiven Züge der Kodifikation

Doch können alle diese Bedenken und Zweifel an der Richtigkeit von Auswahl und Anordnung nicht verdunkeln, daß gerade die Sachnormen Wichtiges, auch wichtiges Neues bringen. Hierin ist sogar der wesentliche Nutzen der Kodifikation zu sehen.

Die Zusammenhänge, in denen die Prinzipien wertvoller Neugestaltung realisiert sind, entsprechen so gut wie nirgends der äußeren Einteilung des Gesetzes.<sup>29</sup> Um so mehr drängt es sich auf, diese Sinnlinien durch das Gesetz hindurch zu verfolgen.

#### aa) Einheit des Sozialleistungssystems

Zu den bedenklichsten Nachteilen des geltenden deutschen Sozialrechts gehört seine gesetzestehnische und institutionelle Zersplitterung. Während das Leistungsniveau des deutschen Sozialrechts relativ hoch ist, leidet der Effekt sozialer Befriedung und Befriedigung nicht zuletzt unter dieser Zersplitterung. Darum ist jeder Schritt, die Ganzheit des Sozialleistungssystems besser zum Ausdruck zu bringen, wichtig.

Das SGB dient dem schon durch sein zentrales Bemühen der Kodifikation des ganzen Sozialrechts. Darüber hinaus aber fördern diesen Zweck nun Vorschriften über zentrale Auskunftsstellen (§ 15), über die Zuständigkeit aller Sozialleistungsträger zur Entgegennahme von Anträgen (§ 16) und über die Zusammenarbeit der Sozialleistungsträger (§ 17) einschließlich der „freien“ Träger (§ 17 Abs. 3). Unterschätzt werden darf auch in diesem Zusammenhang nicht die Bedeutung der Vorschriften über vorläufige Leistungen (§ 43). Der Streit um die Zuständigkeit von Leistungsträgern soll den Leistungsempfänger so wenig als möglich beeinträchtigen. Ergänzt werden diese Normen durch die Gleichstellung verschiedener Leistungsträger bei der Verrechnung (§ 52).

#### bb) Sozialrecht und Information

Recht lebt nur, wenn und wie es gekannt und gewußt wird. Das ist für das Sozialrecht von ganz besonderer Bedeutung. Während Recht sich sonst mitunter nur an begrenzte Kreise wendet, von denen auch erwartet werden kann, daß sie es kennen, richtet sich Sozialrecht auch und gerade an die Ärmsten der Armen, von denen mitunter gerade nicht erwartet werden kann, daß sie Zugang zu üblichen juristischen Informationsquellen und -kanälen haben. Sozialrecht muß daher in ganz besonderer Weise informatorisch gepflegt werden. Ein verwandtes Problem ist, daß die Differenziertheit eines entwickelten Sozialleistungssystems ihrerseits Unsicherheit und Schwierigkeiten der Vergewisserung schafft.

Der Allgemeine Teil des SGB versucht gerade insofern durch eine umfassende Aufklärungs-, Beratungs- und Auskunftspflicht (§§ 13–15) Abhilfe zu schaffen. Entfernt kann man auch die Gewährleistung der Anhörung Beteiligter (§ 34) in diesem Zusammenhang sehen – obwohl diese

Vorschrift viel zu sehr am Eingriffssakt und viel zu wenig an den Bedürfnissen leistender Verwaltung orientiert ist.

#### cc) Die Effektivierung der Sozialleistungsansprüche

Sowohl die Vorschriften, die der Darstellung der Einheit des Sozialleistungssystems dienen,<sup>30</sup> als auch die verbesserte Information über das Sozialrecht<sup>31</sup> tragen wesentlich dazu bei, die (objektiven) Sozialleistungssysteme und die (subjektiven) Sozialleistungsansprüche wirkungsvoll zu gestalten. Besonders zu nennen ist hier etwa die Erleichterung der Antragstellung (§ 16). Dieses Ziel effektiver Rechtsverwirklichung kommt aber auch in zahlreichen anderen Vorschriften zum Ausdruck. Schon die allgemeine Grundnorm (§ 1) sagt, daß die zur Erfüllung der durch das Sozialrecht gestellten „Aufgaben erforderlichen sozialen Dienste und Einrichtungen rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen“ müssen (§ 1 Abs. 2; s. a. § 17 Abs. 1 Nr. 2). § 17 bemüht sich darüber hinaus um umfassende und schnelle Erfüllung von Sozialleistungsansprüchen sowie darum, daß der Zugang zu den Sozialleistungen möglichst einfach gestaltet wird (§ 17 Abs. 1 Nr. 1 und 3). Nicht nur im Sinne der Rechtsklärung, sondern auch durch ihren auf prompte Rechtsverwirklichung drängenden Inhalt gehen in diese Richtung auch die Vorschriften über Entstehen und Fälligkeit von Leistungen (§§ 40, 41). Wichtige Verbesserungen bringen die Vorschriften über Vorschüsse (§ 42) und vorläufige Leistungen (§ 43). Am Rande gehören auch Regelungen hierher wie die Auszahlung von Leistungen, die der Sicherung des Lebensunterhalts dienen, an Unterhaltsberechtigte, wenn der unmittelbar Leistungsberechtigte die Unterhaltpflicht verletzt oder untergebracht ist (§§ 48, 49). Vor allem aber ist hier eine der umstrittenen Neuerungen zu nennen: die Verzinsung von Geldleistungen (§ 44).

#### dd) Die Ausgestaltung der Subjektssphäre

Nicht von gleicher Geschlossenheit sind die Regelungen, die dazu dienen, die Interessen des einzelnen zu betonen und seine Gestaltungsmöglichkeiten zu erweitern. Gleichwohl fällt auch eine Tendenz in dieser Richtung auf. Zu nennen ist die Rücksichtnahme auf die persönlichen Verhältnisse bei der Rechtsanwendung (§ 33), die Anhörung der Beteiligten (§ 34), der Schutz der Persönlichkeitssphäre durch Geheimhaltung (§ 35), die Ausweitung der Handlungsfähigkeit Minderjähriger (§ 36) oder die Sicherung des Leistungsdestinärs gegen nachteilige Vereinbarungen (§ 32) und Verzichte (§ 46). Die Regelung der Mitwirkungspflichten (§§ 60–67) ist insofern ambivalent. Daß ihre klärende Regelung aber auch dem Interesse der betroffenen Einzelnen dient, ist nicht zu leugnen.

#### ee) Die Regelung der Mitwirkungspflichten

So sehr das SGB die „sozialen Rechte“ zu betonen meint, so bringt es doch auch – wenn auch nicht so im Vordergrund – „soziale Pflichten“. Sie sind nicht primär, nicht selbstständig, d. h. sie bestehen nur im Verbund mit Geltendmachung und Verwirklichung von Sozialleistungsansprüchen. Das SGB spricht deshalb von diesen Pflichten auch unter der Überschrift „Mitwirkung des Leistungsberechtigten“ (§§ 60–67). Immerhin findet sich hier die Regelung sozialer Pflichten in bemerkenswerter Geschlossenheit. Daß diesen Mitwirkungspflichten bei knapper werdenden wirtschaftlichen Mitteln möglicherweise mehr Bedeutung zu kommen wird als dies in der Zeit sozialpolitischer Blütenräume für wahrscheinlich gehalten wurde, erhöht die Bedeutung dieser Vorschriften – auch und gerade im Sinne des Schutzes des Leistungsempfängers. Er weiß nun besser,

29 S. a. nochmals oben III 1.

30 S. o. aa.

31 S. o. bb.

was von ihm erwartet werden darf. Der ambivalente Charakter ist auch hier zu betonen. Insgesamt geht es um Abwägung und Abgrenzung, nicht einseitig um Inpflichtnahme.

#### f) Die Betonung des Legalitätsprinzipes

Ein wieder anderer Nenner, auf den einige Vorschriften dieses Allgemeinen Teiles gebracht werden können, ist der, daß der Vorbehalt und Vorrang des Gesetzes auch für das Sozialrecht betont wird (§§ 2 Abs. 2 Satz 2, 11, 31 und 38). Er wird ausgebaut gegenüber schädlichen Vereinbarungen (§ 32) und Verzichten (§ 46). Zugleich aber wird dem Mißverständnis vorgebaut, Legalität und soziale Zielsetzung schlössen einander aus. Der soziale Zweck der Gesetze ist bei ihrer Auslegung (§ 33, s. a. § 2 Abs. 2) und bei der Konkretisierung von Ermessen (§ 39) zu realisieren.

#### gg) Schuld-, erb- und vollstreckungsrechtliche Klarstellungen

Eine große Gruppe von Vorschriften des Allgemeinen Teils – unter ihnen schon genannte – ist durch die Gemeinsamkeit verknüpft, für Rechtsprobleme, wie sie auch aus dem Schuldrecht, aus dem Erbrecht und aus dem Vollstreckungsrecht vertraut sind, teils schon partikular vorhandene Regelungen zu verallgemeinern, teils neue Regelungen zu schaffen. Hierher zählen vor allem die Vorschriften über das Entstehen und die Fälligkeit von Ansprüchen (§§ 40, 41), über die objektive Ungewißheit der Leistungspflicht und die ihr entsprechende Vorschußpflicht (§ 42), über die subjektive Ungewißheit der Leistungspflicht und die entsprechende Möglichkeit vorläufiger Leistungen (§ 43), über die Verzinsung (§ 44) über die Erfüllungsmodalitäten und -surrogate (§§ 47–52), über die Übertragung, Verpfändung und Pfändung von Forderungen (§§ 53–55) und über die Sonder- und allgemeine -rechtsnachfolge in Sozialleistungsansprüche (§§ 56–59). Die Klage über mißverständliche Isolierung<sup>32</sup> bezieht sich jedoch gerade auf dieses Vorschriften. Sie – wie übrigens auch die insofern besonders schwierigen personenrechtlichen Sondervorschriften in §§ 30 und 36 – leiden besonders darunter, daß die systematischen Netze, in denen sie sich befinden, und in die sie gerade der Jurist kraft seiner privatrechtlichen Schulung hineindeutet, so sehr verdrängt sind.

### IV. Abschließende Bemerkungen

Zusammenfassend<sup>33</sup> kann folgendes gesagt werden: Der Allgemeine Teil bringt im einzelnen viel Wichtiges und

32 S. o. III 4 a.

Nützliches. Insgesamt erscheint er aber als ein – am Maßstab idealer Gesetzgebung gemessen – noch unvollkommener Anfang des SGB. Er dient dazu, den Durchbruch zur Kodifikation zu schaffen. Mit der Gesamtkodifikation zuzuwarten, bis alle Teile eines SGB in einem ausgereiften Konzept vorgelegt werden können, hätte nach der besorgten Meinung vieler das Gesamtwerk gefährdet. Der Allgemeine Teil ist für das Kodifikationsvorhaben des SGB gleichsam der „Fuß in der Tür“ einer schnellebigen Rechtsgeschichte. Die weiteren Teile haben länger Zeit. Möglicherweise kommt sie ihnen zugute.

Aber wie immer auch die Qualität des SGB sein wird: die rechtspolitische, rechtsdogmatische und rechtspychologische Situation wird durch das SGB wesentlich verändert. Es wird den Gesetzgeber zwingen, eine mehr auf äußere und innere Geschlossenheit achtende Sozialrechtspolitik zu treiben. Oder vielleicht realistischer gesagt: Es wird es dem Gesetzgeber schwerer machen, das Sozialrecht beliebig durch neue Akzente und Regelungseinheiten zu zersplittern. Das SGB wird der Wissenschaft innerhalb und außerhalb der Hochschulen Impulse geben, sich mit dem Sozialrecht als einem übergreifenden Ganzen und nicht nur mit einzelnen Sozialleistungssystemen zu befassen. Schon jetzt ist deutlich, daß das SGB die literarische Bemühung um das Sozialrecht gewaltig stimuliert hat<sup>34</sup>. Neben viel Spreu ist dabei auch viel Weizen sichtbar. Wissenschaftliche Strukturierung und Integration des Sozialrechts ist aber nicht Selbstzweck. Es ist Dienst an einem Zweck: Dienst am Sozialen, am Menschen.

Am wenigsten wird erwartet werden können, daß der Bürger unmittelbar von dem neu erreichten Maß an Überschaubarkeit des Sozialrechts Nutzen hat. Das Sozialrecht ist nach wie vor zu umfangreich und zu kompliziert, als daß eine Steigerung der Transparenz bis dahin möglich wäre, daß der Bürger immer die Antwort auf seine sozialrechtlichen Fragen aus dem Text eines SGB ablesen könnte. Aber mehr Transparenz ist besser als weniger. Und vor allem darf erwartet werden, daß zugunsten des Bürgers die Regelungen, die sich um seine Information, um die Einheit des Sozialleistungssystems, um die Effektivierung seiner Leistungsansprüche und um die Entfaltung seiner Interessen bemühen, wohltätig wirken.

33 Natürlich konnten die ausgewählten Aspekte nicht vollständig sein. Ergänzend sei insbesondere erwähnt, daß Helmar Bley (Die rechtsdogmatische Konzeption des Allgemeinen Teils des Sozialgesetzbuches, Zeitschrift für Sozialreform, 22. Jhg. 1976 S. 69 ff.) den Allgemeinen Teil vor allem auf den Nenner des „Sozialrechtsverhältnisses“ bringt, das der Verfasser dieser Zeilen hingegen gerade zu fragmentarisch angesprochen findet.

34 S. nochmals Anm. 9.

# Bayerische Verwaltungsblätter

Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung

---

## Herausgeber

Dr. Theodor Maunz

Professor des öffentlichen Rechts an der Universität München  
Staatsminister a. D.

Ludwig Schäfer

Präsident des Bayerischen Obersten Landesgerichts

Dr. Johann Schmidt

Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs

Dr. Siegwin Süß

Ministerialdirektor im Bayerischen Staatsministerium des Innern

## Schriftleiter

Dr. Dr. Helmut Kalkbrenner

» Oberlandesanwalt beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof

22. Jahrgang

(neue Folge)

1976

107. Jahrgang der Gesamtfolge  
(Blätter für administrative Praxis)

2 29



RICHARD BOORBERG VERLAG MÜNCHEN



#### Bayerische Verwaltungsblätter (BayVBl.)

Schriftleiter: Dr. Dr. Helmut Kalkbrenner, Oberlandesanwalt beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, Ludwigstraße 23/III, 8000 München 34. Sämtliche mit Verfasserangabe versehenen Beiträge stellen die Meinung des Verfassers, nicht die der Schriftleitung oder der Herausgeber dar. Die veröffentlichten Lösungsskizzen zu den Prüfungsaufgaben der juristischen Staatsprüfungen stellen die von den Verfassern dieser Aufgaben zum Zeitpunkt der Prüfungstermine verfertigten Musterlösungen dar; die Schriftleitung übernimmt für ihre inhaltliche Richtigkeit keine Gewähr. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Beiträge werden nur angenommen, wenn sie ausschließlich der „Bayerischen Verwaltungsblättern“ zum Abdruck angeboten sind.

Verlag und Anzeigenverwaltung: Richard Boorberg Verlag, Levelingstraße 8, Postfach 80 03 40, 8000 München 80, Telefon (0 89) 43 20 55.

Konten: Bayerische Landesbank München (BLZ 700 500 00) Nr. 20/34 220; Postscheckamt München (BLZ 700 100 80) Nr. 39 12-802.

Alle Urheber- und Verlagsrechte bleiben vorbehalten. Auswertung für Datenträger, Vervielfältigung jeder Art oder Nachdruck von Beiträger und Gerichtsentscheidungen sind nur mit vorheriger Genehmigung des Verlages gestattet. Die Genehmigung ist in jedem Einzelfall einzuholen

Satz und Druck: Rudolf Eimannsberger, Hirtenstraße 26, 8000 München 2.

Erscheinungsweise: am 1. und 15. jeden Monats.

Bezugspreis: monatlich DM 12,40, für Studenten und Referendare (gegen Nachweis) DM 10,20, jeweils zuzüglich Versandkosten; Einzelheft DM 7,- Die Berechnung des Abonnements erfolgt jährlich im voraus.

Bestellungen nehmen der Verlag, die Postämter und alle Buchhandlungen entgegen. Abbestellungen können frühestens zum nächsten Quartalsende gültig werden, wenn sie sechs Wochen vorher dem Verlag vorliegen.

Anzeigenpreisliste Nr. 10 ist zur Zeit gültig.

P 962

# **Inhaltsverzeichnis**

Verfasser: Regierungsdirektor Rudolf W. Schmitt, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen

## **Übersicht**

I. Verzeichnis der Abhandlungen . . . . .	Seite	V
II. Verzeichnis der kleinen Beiträge und Mitteilungen . . . . .	Seite	VI
III. Verzeichnis der Entscheidungen . . . . .	Seite	VI
IV. Beiträge für den jungen Juristen . . . . .	Seite	IX
V. Verzeichnis des besprochenen Schrifttums . . . . .	Seite	IX
VI. Sachverzeichnis (nach Stichworten in der Buchstabenfolge) . . . . .	Seite	XI
VII. Systematisches Verzeichnis (nach Sachgebieten) . . . . .	Seite	XXXII
Verzeichnis der Mitarbeiter . . . . .	Seite	XLVI

## I. Verzeichnis der Abhandlungen

(alphabetisch geordnet nach dem Namen des Verfassers)

	Seite		Seite		
<i>Badura</i>	Die Standortentscheidung bei der Unternehmergenehmigung mit planungsrechtlichem Einschlag	515	<i>Körner</i>	Der Ölunfall aus rechtlicher Sicht	38
<i>Birk</i>	Zulässigkeit von Bauvorhaben im „Geltungsbereich“ eines für nichtig erklärten Bebauungsplans	297	<i>Küchenhoff</i>	Reform des Staatshaftungsrechts?	740
<i>Birk</i>	Rechtsschutz gegen die gemeindliche Bau- leitplanung	744	<i>Landt</i>	Voraussetzungen der Erschließungsbe- tragspflicht	104
<i>Blumenwitz</i>	Verfassungsbeschwerde und politischer Vertrag	520	<i>Lerche</i>	Verfassungsrechtliche Aspekte neuer kom- munikationstechnischer Entwicklungen	530
<i>Börner</i>	Die Benutzung landwirtschaftlicher Grund- stücke durch Energieleitungen	33	<i>März</i>	Fragen aus dem Recht der Freiheitsent- ziehung und Unterbringung	165
<i>Börner</i>	Gefährdungshaftung für Pipelines aus Ver- trag zugunsten Dritter?	645	<i>Matloch</i>	Die Abschnittsbildung bei der Abrechnung von Erschließungsanlagen	8
<i>Engels</i>	Der bayerische Staatshaushalt im Span- nungsfeld zwischen mittelbarer und unmit- telbarer Demokratie	201	<i>Maunz</i>	Das Hochschulrahmengesetz des Bundes	289
<i>Eyermann</i>	Leistungsprinzip und Kooperation hand- werklicher Selbstverwaltungseinrichtungen	225	<i>Maunz</i>	Bundesverfassungsgericht zu Grundrechten und Europarecht	360
<i>Fessmann</i>	Volksbegehren und Volksentscheid im Verhältnis zum Verbot des Art. 73 BV	389	<i>Mayer</i>	Der Bannwaldbegriff des Waldgesetzes für Bayern	134
<i>Freudling</i>	Eigentum an Gewässern	141	<i>Möble</i>	Die Antragsbefugnis im Normenkontroll- verfahren nach § 47 VwGO	609
<i>Gaisbauer</i>	Die Sperrzeitregelung im Gaststättenrecht	452	<i>Obermayer</i>	Bemerkungen zu Begriff, Aufgaben und Methode der Verwaltungslehre	535
<i>Gallwas</i>	Das Grundrecht auf Ausbildung gemäß Art. 128 Abs. 1 der Bayerischen Verfas- sung	385	<i>Ostler</i>	Die Rechtsanwaltschaft heute und morgen	193
<i>Giehl</i>	Das Verwaltungsverfahrensgesetz	321	<i>Petzke</i>	Jagdscheinversagung oder Jagdschein- sperrfrist?	101
<i>Giehl</i>	Volksgesetzgebung und Staatshaushalt	486	<i>Petzke</i>	Förmliche Aufhebung von Landesrecht durch den Bundesgesetzgeber?	294
<i>Götz</i>	Die Teilungserlaubnis gemäß Art. 17 des Waldgesetzes für Bayern	617	<i>Pötz</i>	Die Präsentation des Gewissens	97
<i>Graba</i>	Der Verwahrungsantrag nach dem Bayeri- schen Verwahrungsgesetz	231	<i>Proksch</i>	Die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung bei nichtiger Anordnung der so- fortigen Vollziehung	6
<i>Grasser</i>	Rechtliche Probleme bei Beschlusswahlen nach Art. 51 Abs. 3 GO	429	<i>Proksch</i>	Die gerichtliche Vernehmung von Partei- gutachtern	649
<i>Gruber</i>	Die Bindung der Gerichte an Entscheidun- gen des Bayerischen Verfassungsgerichts- hofs	76	<i>Puhr – Westerheide</i>	Versorgungsleitung und Enteignung	460
<i>Hein</i>	Das Waldgesetz für Bayern	129	<i>Renck</i>	Rechtsschutz gegen die Vollstreckung aus Verwaltungsakten	682
<i>Herzog</i>	Zur Auslegung des Sozialstaatsprinzips	161	<i>Riegel</i>	Das Grundrechtsproblem als Kollisions- problem im europäischen Gemeinschafts- recht	353
<i>von der Heydte</i>	Gedanken zur Stellung des Beamten im modernen Staat	528	<i>Riegel</i>	Die Rechtsstaatlichkeit der europäischen Gemeinschaftsrechtsordnung	395
<i>Hofmann</i>	Wesen und Bedeutung der städtebaulichen Entwicklungsplanung	65	<i>Ruland</i>	Der Anwendungsbereich der Amtshaftung	581
<i>Jaumann</i>	Die verfassungsrechtliche Verantwortung der Länder für die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur	737	<i>Samper</i>	Das neue Polizeiorganisationsgesetz	641
<i>Kalkbrenner</i>	Ein Staat ohne Staatsangehörige	714	<i>Schäfer</i>	Verfassungsbeschwerde und Erschöpfung des Rechtswegs durch Gegenvorstellung	679
<i>Klein</i>	Die Bund-Länder-Streitigkeiten nach dem Grundgesetz und dem Bundesverfassungs- gerichtsgesetz	257	<i>Schenke</i>	Rechtsschutz gegen die Vollstreckung aus Verwaltungsakten	680
<i>Knöpfle</i>	Verwaltung und Verwaltungswissenschaft ber. auf S. 512	417	<i>von Scheurl</i>	Volksgesetzgebung und Staatshaushalt	486
<i>König</i>	Der ablehnende Bescheid im Gestaltungs- recht	577	<i>Schmidt</i>	Inzidente Prüfung und Verwerfung von Normen im Range unter dem Gesetz durch die Exekutive?	1
<i>Kopp</i>	Zum Rechtsschutz des Bürgers gegenüber innerdienstlichen Weisungen durch die Ge- richte und im Verwaltungsverfahren	719	<i>G. Schmitt</i>	Entwicklung und Bedeutung der Orden und Ehrenzeichen	324

	Seite		Seite		
<b>K. Schmitt</b>	Allzuständigkeit der Bezirke in der Eingliederungshilfe für Behinderte und weitere Änderungen des AGBSHG	673	<b>Vehse</b>	Die innerdienstliche Weisung mit rechtsrechberlicher Auswirkungen gegenüber Dritten	490
<b>Sening</b>	Das Grundrecht auf Naturgenuß im Widerstreit der Meinungen	72	<b>Voigt</b>	Unterschiede in der Rechtsstellung der direkt gewählten Abgeordneten und der Listenabgeordneten im Bundestag und Bayerischen Landtag?	361
<b>Spanner</b>	Die neue Abgabenordnung	541	<b>Werner</b>	Aspekte des Rechtsschutzes bei der kommunalen Neugliederung in Bayern	705
<b>Stern</b>	Nahtstellen zwischen Bundes- und Landesverfassungsgerichtsbarkeit	547	<b>Wipfelder</b>	Geschäftsgrundlage und öffentliches Interesse	423
<b>Stober</b>	Rechtsbehelfsbelehrungspflicht bei Anordnung der sofortigen Vollziehung?	169	<b>Witschel</b>	Koordinierung der Zusammenarbeit von innerer Verwaltung und Flurbereinigung	41
<b>Strunz</b>	Effektiver Führungsstil in unserer Zeit	481	<b>Zacher</b>	Das Sozialgesetzbuch und sein Allgemeiner Teil	552
<b>Süß</b>	Der Stand der Funktionalreform in Bayern	449			
<b>Tiemann</b>	Privatisierung öffentlicher Verwaltungstätigkeit	261			

## II. Verzeichnis der kleinen Beiträge und Mitteilungen

(alphabetisch geordnet nach dem Namen des Verfassers)

<b>Czermak</b>	Zur gerichtlichen Nachprüfung der Vollziehungsanordnung bei verwaltungsbehördlicher Fahrerlaubnisentziehung	106	<b>Tiemann</b>	Zur Rechtsstellung Behindter im Prüfungsverfahren	650
<b>Hausen</b>	Zur Erschließungsbeitragspflicht für beim Inkrafttreten des BBauG noch nicht vollständig hergestellte Straßen	336	<b>Wischnath</b>	Gesundheits- oder Hygieneschutz durch Rauchverbot?	10
<b>Kopp</b>	Das Verhältnis von immissionsrechtlicher zu baurechtlicher Genehmigung	204	<b>Wollen-schläger</b>	Grenzfragen des innerdeutschen Asylrechts	268
<b>Madel</b>	Zur notwendigen Abstandsfläche von Transformatorenurmstationen	588	<b>Ohne Verfasserangabe</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Verstärkung des Umfangs der Bayerischen Verwaltungsblätter</li> <li>- Ministerialdirigent a. D. Dr. Panz †</li> <li>- Geschäftsverteilung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs</li> <li>- Zum 75. Geburtstag von Theodor Maunz</li> <li>- Staatsrechtslehrer-Tagung 1976</li> </ul>	10
<b>Renck</b>	Zum Entstehungszeitpunkt der Erschließungsbeitragspflicht	235			78
<b>Renck-Laufke</b>	Rechtsfragen der Vollstreckung verwaltungsgerechtlicher Vergleiche	621			78

## III. Verzeichnis der Entscheidungen

(mit Anmerkungen; geordnet nach der zeitlichen Reihenfolge, bei gleichem Datum nach Senaten/Kammern bzw. nach Aktenzeichen)

Bundesverfassungsgericht		Bayerischer Verfassungsgerichtshof	
B. v. 2. 4. 1974 — 1 BvR 92/70, 97/70	507	E. v. 15. 5. 1975 — Vf. 5—VII—73	173
B. v. 4. 6. 1975 — 2 BvR 824/74	111	E. v. 18. 7. 1975 — Vf. 41—VI—74	445
B. v. 10. 6. 1975 — 2 BvR 1018/74	81	E. v. 17. 10. 1975 — Vf. 74—VI—74	44
B. v. 10. 6. 1975 — 2 BvR 1074/74	45	B. v. 14. 11. 1975 — Vf. 76—VI—74	143
U. v. 14. 10. 1975 — 1 BvL 35/70, 1 BvR 307/71 u. a.	144	E. v. 20. 11. 1975 — Vf. 14—VII—73	493
B. v. 29. 10. 1975 — 2 BvR 812/73	207	E. v. 21. 11. 1975 — Vf. 66—VI—74	271
U. v. 5. 11. 1975 — 2 BvR 193/74	12	E. v. 3. 12. 1975 — Vf. 61—VI—74	301
B. v. 16. 12. 1975 — 2 BvL 7/74	236	E. v. 4. 12. 1975 — Vf. 11—VII—74	80
B. v. 14. 1. 1976 — 1 BvL 4/72, 5/72	207	E. v. 18. 12. 1975 — Vf. 5—VII—75	107
B. v. 27. 1. 1976 — 1 BvR 2325/73	302		
B. v. 10. 2. 1976 — 2 BvG 1/74	364	E. v. 23. 1. 1976 — Vf. 15—VII—73	205
B. v. 10. 3. 1976 — 1 BvR 355/67	559	E. v. 26. 2. 1976 — Vf. 7—VII—75	269
U. v. 7. 4. 1976 — 2 BvH 1/75 mit Anmerkung Maunz	337	E. v. 27. 2. 1976 — Vf. 76—VI—75	652
B. v. 26. 5. 1976 — 2 BvR 995/75	463	B. v. 23. 4. 1976 — Vf. 8—VI—75	721
B. v. 30. 6. 1976 — 2 BvR 164/76	687	E. v. 30. 4. 1976 — Vf. 12—IV—75, 13—VII—75	431
B. v. 12. 7. 1976 — 2 BvR 280/76	688	B. v. 3. 6. 1976 — Vf. 7—VI—73	604
U. v. 13. 10. 1976 — 1 BvR 135/75	723	E. v. 13. 7. 1976 — Vf. 2—VII—74	589, 622
U. v. 13. 10. 1976 — 1 BvR 92, 103—114, 140—143, 187/76	722	B. v. 16. 7. 1976 — Vf. 65—VI—75	653
		E. v. 21. 7. 1976 — Vf. 16—V—74	751

Seite	Seite
<b>Bundesverwaltungsgericht</b>	
U. v. 22. 2. 1974 — IV C 18.73 . . . . .	27
U. v. 27. 6. 1974 — I C 10.73 . . . . .	758
B. v. 28. 6. 1974 — II B 81.73 . . . . .	414 u. 478
U. v. 23. 8. 1974 — IV C 38.73 . . . . .	27
U. v. 20. 9. 1974 — IV C 32.72 . . . . .	27
U. v. 20. 9. 1974 — IV C 70.72 . . . . .	20
U. v. 4. 10. 1974 — IV C 59.72 . . . . .	23
U. v. 4. 10. 1974 — IV C 9.73 . . . . .	21
U. v. 15. 10. 1974 — V C 30.72 . . . . .	52
U. v. 18. 10. 1974 — V C 37.73 . . . . .	54
U. v. 13. 12. 1974 — IV C 26.73 . . . . .	24
U. v. 31. 1. 1975 — IV C 46.72 . . . . .	27
U. v. 31. 1. 1975 — IV C 55.72 . . . . .	57
B. v. 31. 1. 1975 — VII B 63.74 . . . . .	187
U. v. 28. 2. 1975 — IV C 37.72 . . . . .	375
U. v. 14. 3. 1975 — IV C 34.73 . . . . .	25
U. v. 4. 4. 1975 — IV C 1.73 . . . . .	277
U. v. 17. 4. 1975 — V CB 4.74 . . . . .	55
U. v. 17. 4. 1975 — V C 38.74 . . . . .	53
U. v. 24. 4. 1975 — VIII A 1.73 . . . . .	213
U. v. 22. 5. 1975 — V C 43.74 . . . . .	187
U. v. 23. 5. 1975 — IV C 28.72 . . . . .	89
U. v. 23. 5. 1975 — IV C 51.73 . . . . .	26
U. v. 23. 5. 1975 — IV C 73.73 . . . . .	278
B. v. 23. 5. 1975 — VII C 15.74 . . . . .	121
B. v. 23. 5. 1975 — VII A 1.73 . . . . .	121
U. v. 5. 6. 1975 — V C 57.73 . . . . .	187
U. v. 5. 6. 1975 — V C 5.74 . . . . .	187
U. v. 6. 6. 1975 — IV C 15.73 . . . . .	90
U. v. 6. 6. 1975 — IV C 27.73 . . . . .	280
U. v. 11. 6. 1975 — I C 8.71 . . . . .	185
B. v. 11. 6. 1975 — VII P 15.73 . . . . .	121
U. v. 11. 6. 1975 — VIII C 12.74 . . . . .	187
B. v. 19. 6. 1975 — VI C 9.75 . . . . .	121
B. v. 23. 6. 1975 — VII C 45.73 . . . . .	121
U. v. 24. 6. 1975 — I C 25.73 . . . . .	151
U. v. 24. 6. 1975 — I C 45.74 . . . . .	153
U. v. 1. 7. 1975 — I C 35.70 . . . . .	183
U. v. 1. 7. 1975 — I C 44.70 . . . . .	405
B. v. 2. 7. 1975 — I C 20.73 . . . . .	154
U. v. 2. 7. 1975 — VI C 59.74 . . . . .	91
U. v. 11. 7. 1975 — VI C 2.71 . . . . .	759
U. v. 11. 7. 1975 — VI C 44.72 . . . . .	759
B. v. 21. 7. 1975 — VII P 1.74 . . . . .	121
U. v. 24. 7. 1975 — V C 28.74 . . . . .	187
U. v. 4. 8. 1975 — VI C 30.72 . . . . .	92
U. v. 8. 1975 — IV C 74.73 . . . . .	281
U. v. 22. 8. 1975 — IV C 58.72 . . . . .	311
U. v. 22. 8. 1975 — IV C 7.73 . . . . .	282
U. v. 22. 8. 1975 — IV C 11.73 . . . . .	245
U. v. 5. 9. 1975 — IV C 2.73 . . . . .	313
B. v. 5. 9. 1975 — VI C 113.74 . . . . .	29
U. v. 16. 9. 1975 — I C 27.74 . . . . .	120
U. v. 16. 9. 1975 — I C 44.74 . . . . .	118
U. v. 16. 9. 1975 — V C 76.74 . . . . .	248
U. v. 23. 9. 1975 — II C 19.71 . . . . .	285
U. v. 7. 10. 1975 — I C 46.69 . . . . .	406
mit Anmerkung Wollenschläger	
U. v. 7. 10. 1975 — I C 34.71 . . . . .	411
U. v. 7. 10. 1975 — I C 24.72 . . . . .	410
U. v. 10. 10. 1975 — VII C 26.73 . . . . .	215
U. v. 10. 10. 1975 — VII C 64.74 . . . . .	251
U. v. 16. 10. 1975 — II C 43.73 . . . . .	216
U. v. 17. 10. 1975 — IV C 66.72 . . . . .	759
B. v. 24. 10. 1975 — VII P 11.73 . . . . .	284
B. v. 24. 10. 1975 — VII P 14.73 . . . . .	285
U. v. 30. 10. 1975 — V C 60.73 . . . . .	252
U. v. 30. 10. 1975 — V C 15.74 . . . . .	252
U. v. 30. 10. 1975 — V C 13.75 . . . . .	252
U. v. 7. 11. 1975 — VII C 25.73 . . . . .	285
U. v. 12. 11. 1975 — VIII C 47.74 . . . . .	285
U. v. 13. 11. 1975 — II C 16.72 . . . . .	182
U. v. 14. 11. 1975 — IV C 76.73 . . . . .	759
U. v. 14. 11. 1975 — IV C 84.73 . . . . .	246
U. v. 14. 11. 1975 — IV C 2.74 . . . . .	759
U. v. 28. 11. 1975 — IV C 45.74 . . . . .	315
U. v. 28. 11. 1975 — VII C 47.73 . . . . .	373
U. v. 3. 12. 1975 — VIII C 50.74 . . . . .	252, 596
U. v. 3. 12. 1975 — VIII C 20.75 . . . . .	594
U. v. 5. 12. 1975 — VI C 129.74 . . . . .	346
U. v. 11. 12. 1975 — II C 3.74 . . . . .	758
U. v. 12. 12. 1975 — IV C 71.73 . . . . .	248
B. v. 19. 12. 1975 — VI CB 78.75 . . . . .	216
B. v. 19. 12. 1975 — VII P 15.74 . . . . .	759
U. v. 29. 1. 1976 — II C 47.73 . . . . .	442
U. v. 30. 1. 1976 — IV C 12. und 13.74 . . . . .	440
U. v. 30. 1. 1976 — IV C 26.74 . . . . .	500
U. v. 13. 2. 1976 — IV C 44.74 . . . . .	759
U. v. 13. 2. 1976 — IV C 72.74 . . . . .	441
B. v. 13. 2. 1976 — VII P 4.75 . . . . .	759
U. v. 24. 2. 1976 — I C 35.74 . . . . .	376
U. v. 27. 2. 1976 — IV C 74.74 . . . . .	568
U. v. 27. 2. 1976 — VII C 44.74 . . . . .	759
U. v. 17. 3. 1976 — VIII C 145.72 . . . . .	598
U. v. 17. 3. 1976 — VIII C 48.75 . . . . .	598
U. v. 19. 3. 1976 — VI C 81.75 . . . . .	502
U. v. 19. 3. 1976 — VII C 71.72 . . . . .	692
U. v. 9. 4. 1976 — IV C 75.74 . . . . .	470
U. v. 9. 4. 1976 — IV C 21.75 . . . . .	473
B. v. 3. 5. 1976 — VI CB 91.75 . . . . .	477
U. v. 20. 5. 1976 — V C 48.74 . . . . .	759
U. v. 21. 5. 1976 — IV C 38.74 . . . . .	661
U. v. 21. 5. 1976 — IV C 49-52.74 . . . . .	663
U. v. 21. 5. 1976 — IV C 80.74 . . . . .	658
U. v. 21. 5. 1976 — IV C 24.75 . . . . .	664
B. v. 31. 5. 1976 — VI CB 24.76 . . . . .	569, 640
U. v. 2. 7. 1976 — VI C 109.75 . . . . .	757
U. v. 2. 7. 1976 — VI C 21.76 . . . . .	764
U. v. 2. 7. 1976 — VII C 71.75 . . . . .	729
mit Anmerkung Petzke	
730	
<b>Bayerischer Verwaltungsgerichtshof</b>	
U. v. 26. 4. 1974 Nr. 65 XII 72 . . . . .	46
U. v. 31. 7. 1974 Nr. 2 IV 72 . . . . .	753
U. v. 24. 10. 1974 Nr. 57 VIII 72 . . . . .	691
B. v. 26. 11. 1974 Nr. 234 II 74 . . . . .	114
U. v. 4. 12. 1974 Nr. 263 II 72 . . . . .	115
U. v. 5. 12. 1974 Nr. 113 VI 69 . . . . .	15
U. v. 6. 12. 1974 Nr. 76 I 70 . . . . .	495
U. v. 23. 1. 1975 Nr. 150 VII 74 . . . . .	691
U. v. 30. 1. 1975 Nr. 122 VI 74 . . . . .	465
U. v. 3. 3. 1975 Nr. 25 III 74 . . . . .	276
U. v. 4. 3. 1975 Nr. 114 II 73 . . . . .	115
U. v. 11. 3. 1975 Nr. 50 V 70 . . . . .	148
U. v. 13. 3. 1975 Nr. 7 IX 74 . . . . .	18
B. v. 9. 4. 1975 Nr. 105 IV 75 . . . . .	176
U. v. 10. 4. 1975 Nr. 168 I 72 . . . . .	207
U. v. 11. 4. 1975 Nr. 54 XIII 73 . . . . .	51
U. v. 15. 4. 1975 Nr. 91 I 71 . . . . .	175
U. v. 24. 4. 1975 Nr. 75 XIII 72 . . . . .	47
U. v. 24. 4. 1975 Nr. 61 XIII 75 . . . . .	50
U. v. 9. 5. 1975 Nr. 130 III 74 . . . . .	30
U. v. 2. 6. 1975 Nr. 256 VI 73 . . . . .	16
U. v. 4. 6. 1975 Nr. 87 IV 72 . . . . .	276
U. v. 5. 6. 1975 Nr. 319 III 69 . . . . .	276
U. v. 6. 6. 1975 Nr. 278 VIII 71 . . . . .	211
U. v. 11. 6. 1975 Nr. 4 IX 74 . . . . .	83
U. v. 12. 6. 1975 Nr. 51 VII 75 . . . . .	691
U. v. 13. 6. 1975 Nr. 10 IX 74 . . . . .	19
U. v. 11. 7. 1975 Nr. 56 III 75 . . . . .	60
U. v. 17. 7. 1975 Nr. 155 XIII 74 . . . . .	50
B. v. 23. 7. 1975 Nr. 8 XI 74 . . . . .	178
U. v. 25. 7. 1975 Nr. 185 IV 70 . . . . .	208
U. v. 25. 7. 1975 Nr. 116 VI 73 . . . . .	464
U. v. 28. 7. 1975 Nr. 24 I 71 . . . . .	305
U. v. 28. 7. 1975 Nr. 19 VI 73 . . . . .	16
U. v. 31. 7. 1975 Nr. 116 VI 74 . . . . .	210
B. v. 18. 8. 1975 Nr. 183 IV 75 . . . . .	275
B. v. 24. 9. 1975 Nr. 138 VII 74 . . . . .	241
B. v. 26. 9. 1975 Nr. 3 X 75 . . . . .	276
B. v. 2. 10. 1975 Nr. 50 V 75 . . . . .	178
U. v. 3. 10. 1975 Nr. 108 XIII 73 . . . . .	48



	Seite	Seite
B. v. 24. 8. 1976 — 3 Ob OWi 73/76 . . . . .	732	<b>Oberlandesgericht Nürnberg</b>
U. v. 14. 9. 1976 — RReg. 3 St 99/76 . . . . .	731	
B. v. 16. 9. 1976 — 3 Ob OWi 58/76 . . . . .	732	
B. v. 28. 9. 1976 — 4 Ob OWi 74/76 . . . . .	760	
<b>Oberlandesgericht München</b>		
U. v. 30. 4. 1975 — 1 U 1176/75 . . . . .	157	
U. v. 11. 3. 1976 — 1 U 4759/75 . . . . .	475	
<b>Bundessozialgericht</b>		
B. v. 10. 11. 1975 — 4 W 32/75 . . . . .	218	
U. v. 14. 5. 1975 — 1 RA 11/74 . . . . .	217	

## IV. Beiträge für den jungen Juristen

(Prüfungsaufgaben; Entscheidungen sind im „Verzeichnis der Entscheidungen“ unter III. berücksichtigt)

### 1. Aufgaben der ersten jur. Staatsprüfung

Aufgabe 6 der ersten jur. Staatsprüfung 1973/II Lösungsskizze hierzu	30 58
Aufgabe 7 der ersten jur. Staatsprüfung 1973/II Lösungsskizze hierzu	158 189
Aufgabe 8 — Wahlfachgruppe 4 — der ersten jur. Staatsprüfung 1973/II Lösungsskizze hierzu	286 318
Aufgabe 8 — Wahlfachgruppe 5 — der ersten jur. Staatsprüfung 1973/II Lösungsskizze hierzu	415 447
Aufgabe 6 der ersten jur. Staatsprüfung 1974/I Lösungsskizze hierzu	604 636
Aufgabe 7 der ersten jur. Staatsprüfung 1974/I Lösungsskizze hierzu	733 765

### 2. Aufgaben der zweiten jur. Staatsprüfung

Aufgabe 8 der zweiten jur. Staatsprüfung 1970/II, II. Abteilung Lösungsskizze hierzu	350 381
Aufgabe 11 der zweiten jur. Staatsprüfung 1970/II, II. Abteilung Lösungsskizze hierzu	221 253
Aufgabe 12 der zweiten jur. Staatsprüfung 1970/II, II. Abteilung Lösungsskizze hierzu	94 123
Aufgabe 10 der zweiten jur. Staatsprüfung 1971/I, II. Abteilung Lösungsskizze hierzu	667 698
Aufgabe 11 der zweiten jur. Staatsprüfung 1971/I, II. Abteilung Lösungsskizze hierzu	478 509

## V. Verzeichnis des besprochenen Schrifttums

(alphabetisch geordnet nach dem Namen des Verfassers; Name des Besprechers in Klammern)

<i>Arndt/ Baumgärtel</i>	Recht der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst = Bd. IV des Gesamtkommentars Öffentliches Dienstrecht, hrsg. von <i>Fürst</i> (Hacker)	704	<i>Eberl/ Schiedermaier</i> (Oestreicher)	Bayerisches Denkmalschutzgesetz	191
<i>Bartlspurger</i>	Die Werbenutzungsverträge der Gemeinden (Hueber)	671	<i>Petzet</i>		
<i>Berner</i>	Polizeiaufgabengesetz (Mayer)	223	<i>Eberle</i>	Was früher in Bayern alles Recht war (Kalkbrenner)	734
<i>Bielenberg/ Kerneck/ Roosch</i>	Städtebauförderungsgesetz (Molodovsky)	511	<i>Erichsen/ Martens (Hrsg.)</i>	Allgemeines Verwaltungsrecht (Czermak)	191
<i>Birkenheier</i>	Wahlrecht für Ausländer (Henkel)	736	<i>Feneberg/ Simader</i>	Bundeswahlgesetz mit Bundeswahlordnung (Petzke)	735
<i>Böhret/ Junkers</i>	Führungskonzepte für die öffentliche Verwaltung (Boettcher)	510	<i>Friauf</i>	Die Abgrenzung der Gesetzgebungskompetenzen im Bereich der beruflichen Bildung unter besonderer Berücksichtigung des Fernunterrichts und berufsbezogener schulischer Bildungsgänge (Franke)	448
<i>Bosse</i>	Der subordinationsrechtliche Verwaltungsvertrag als Handlungsform öffentlicher Verwaltung (Renck)	95	<i>Friauf</i>	Verfassungsrechtliche Probleme der Neuordnung des Bildungswesens im Sekundarbereich (Franke)	448
<i>Clemens/ Millack/ Engelking/ Lantermann/ Henkel</i>	Besoldungsrecht des Bundes und der Länder (Hacker)	95, 768	<i>Friauf</i>	Verfassungsrechtliche Probleme einer Reform des Systems zur Finanzierung der beruflichen Bildung (Franke)	448
<i>Dollinger</i>	Politik, Staat und Verfassung der Bundesrepublik Deutschland (Weingart)	415	<i>Fürst/ Schinkel</i>	Gesamtkommentar Öffentliches Dienstrecht. Bd. III: Besoldungsrecht des Bundes und der Länder (Hacker)	160
<i>Donhauser/ Hürholz/ Schwing- hammer</i>	Kommunalabgabenrecht in Bayern (Knemeyer)	351	<i>Fürst (Hrsg.)</i>	Gesamtkommentar Öffentliches Dienstrecht. Bd. IV: Recht der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst (Hacker)	704

	Seite		Seite		
<i>Fürst/ Dodenhoff/ Dörffler/ Weyreuther</i>	Bundesbaurecht (Bosch)	671	<i>Maurach/ Behrendt/ Maunz (Hrsg.)</i>	WEX 7: Staatslehre – Verfassungsgeschichte (Kalkbrenner)	669
<i>Fuß</i>	Der Grundrechtsschutz in den Europäischen Gemeinschaften aus deutscher Sicht (Spanner)	480	<i>Mayer-Tasch</i>	Die Verfassungen der nicht-kommunistischen Staaten Europas (Kalkbrenner)	224
<i>Gaentzsch</i>	Die Bodenwertschöpfung im Städtebauförderungsgesetz (Steiner)	511	<i>Molodovsky</i>	Enteignungsrecht in Bayern (Sasowski)	415
<i>Geiger/ Schneider</i>	Der Umgang mit Computern (Tubies)	639	<i>Müller- Volbehr</i>	Fonds- und Investitionshilfekompetenz des Bundes (Hablitzel)	384
<i>Geißelmann</i>	Die kommunalen Spitzenverbände (Wegmann)	288	<i>Neidhart</i>	Föderalismus in der Schweiz (Grézer)	575
<i>Gleich</i>	Die Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik (Zeitler)	416	<i>von Oertzen (Hrsg.)</i>	„Demokratisierung“ und Funktionsfähigkeit der Verwaltung (Boettcher)	63
<i>Gorski</i>	Der Streitgegenstand der Anfechtungsklage gegen Steuerbescheide (Renck)	480	<i>Oestreicher</i>	Bundessozialhilfegesetz (L. Schmitt)	607
<i>Gottwald</i>	Die Revisionsinstanz als Tatsacheninstanz (Plötz)	32	<i>Pagenkopf</i>	Einführung in die Kommunalwissenschaft (Wegmann)	352
<i>Hahn</i>	Föderalismus – Die demokratische Alternative (Grézer)	159	<i>Pagenkopf</i>	Kommunalrecht, Bd. I: Verfassungsrecht (Wegmann)	320
<i>Hahn/ Kinsky/ Fuchs u. a.</i>	Der integrale Föderalismus – Föderalismus als Gesellschaftslehre (Grézer)	575	<i>Pietzker</i>	Verfassungsrechtliche Anforderungen an die Ausgestaltung staatlicher Prüfungen (Theuersbacher)	256
<i>Haun</i>	Die Bundesaufsicht (Franke)	64	<i>Pippke</i>	Karrieredeterminanten der öffentlichen Verwaltung – Hierarchiebedingte Arbeitsanforderungen und Beförderungspraxis im höheren Dienst (Wollenschläger)	224
<i>Heermann</i>	Der Gemeinderatsbeschuß (Papistella)	575	<i>Reißig</i>	Gemeindliche Bauleitplanung (Simon)	605
<i>Heigl/Hosch</i>	Raumordnung und Landesplanung in Bayern (Stich)	62	<i>Rill (Hrsg.)</i>	Zeitschrift für Verwaltung (Kopp)	703
<i>Heinze</i>	Bundesbaugesetz (Bosch)	63	<i>Saage/ Göppinger</i>	Freiheitsentziehung und Unterbringung (März)	165
<i>von Heyl</i>	Wahlfreiheit und Wahlprüfung (Petzke)	126	<i>Samper</i>	Kommentar zum bayerischen Polizeiaufgabengesetz (Mayer)	223
<i>Kopp</i>	Verwaltungsgerichtsordnung (Schwarzer)	575	<i>Schinkel</i>	Besoldungsrecht des Bundes und der Länder = Bd. III des Gesamtkommentars Öffentliches Dienstrecht, hrsg. von <i>Fürst</i> (Hacker)	160
<i>Krumbiegel</i>	Der Sonderopferbegriff in der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (Riegel)	319	<i>Schmid</i>	Die weißblaue Botschaft (R. Schmitt)	639
<i>Lauterbach/ Hartmann/ Albers</i>	Kostengesetze (Renck)	640	<i>Schreiber</i>	Handbuch des Wahlrechts zum Deutschen Bundestag (Henkel)	735
<i>Linhart</i>	Form, Aufbau und Inhalt von Schreiben, Bescheiden und Rechtsnormen in der Verwaltung (Boettcher)	191	<i>Schreml</i>	Bayerisches kommunales Haushaltrecht (Schieder)	607
<i>Lohmar/ Ortner (Hrsg.)</i>	Die deutsche Hochschule zwischen Numerus clausus und Akademikerarbeitslosigkeit (Maunz/Reich)	255	<i>Seidel</i>	Die Zustimmung der Bundesregierung zu Verträgen der Bundesländer mit auswärtigen Staaten gemäß Art. 32 Abs. 3 GG (Kalkbrenner)	127
<i>Mang/ Maunz/ Mayer/ Obermayer</i>	Staats- und Verwaltungsrecht in Bayern (Süß)	31	<i>Tiemann</i>	Die staatsrechtliche Stellung der Finanzkontrolle des Bundes (Henle)	767
<i>Mang/Simon</i>	Bayerische Bauordnung (Heitzer)	670	<i>Tipke/ Kruse</i>	Kommentar zur Abgabenordnung (Klein)	574
<i>Mannlicher/ Quell</i>	Das Verwaltungsverfahren (Kopp)	287	<i>Trachternach</i>	Parteien in der kommunalen Selbstverwaltung (Schröder)	702
<i>Maunz/ Dürig/ Herzog</i>	Kommentar zum Grundgesetz (Spanner)	668	<i>Tschirla/ Schmitt- Glaeser</i>	Grundriß des Verwaltungsprozeßrechts (Kopp)	383
<i>Maurach/ Behrendt/ Knöpfle/ Thieme</i>	Verwaltungslehre (Maunz)	447	<i>Ule</i>	Verwaltungsprozeßrecht (Renck)	383
			<i>Wolst</i>	Die Bundesauftragsverwaltung als Verwaltungsform (Franke)	64
			<i>Würtenberger</i>	Probleme der VwGO (Kopp)	670
			<i>Wurzel</i>	Gemeinderat als Parlament? (Papistella)	703
			<i>Zacher</i>	Internationales und europäisches Sozialrecht (Schmatz)	574

## VI. Sachverzeichnis

(alphabetisch geordnet nach Stichworten; die Klammerzusätze nach den Seitenzahlen bedeuten: A = Aufsätze und Beiträge, B = Buchbesprechungen, P = Prüfungsaufgaben; Seitenzahlen ohne Klammerzusätze = Entscheidungen)

Seite	Seite		
<b>A</b>			
Abbruch von Wohnungen	400	Amtsgericht (Zweigstellenauflösung)	178, 474
Abendgymnasium (Ausbildungsförderung)	252	Amtshandlungsgebühr	495
Abfall (Autowracks)	371	Amtspflichtverletzung	
Abfindung nach FlurbG	48, 50, 52, 53, 54	— Anwendungsbereich der Amtshaftung	581 (A)
Abgabenordnung		— Bauvorbescheid	599
— AO 1977	541 (A)	— Bebauungsplan (Zusage, Änderung)	378, 694
— Kommentar zur Reichs-A.	574 (B)	— Einvernehmen der Gemeinde zu Baugenehmigung	122
Abgeordneter		— Staatshaftungsrechts-Reform	581 (A), 740 (A)
— Alimentation	12	— Strafgefangenenvergütung	157
— Fraktionsstatus	431	— Verjährung	634
— Rechtsstellung (Bundestag u. Landtag)	361 (A)	— Zollabfertigung	157
Abkommen		Amtsprüfung (Anordnung der sofortigen Wirksamkeit einer Freiheitsentziehung)	243
— Ausländerausweisung und internationale A.	166 (A, B)	Amtsverlust eines Gemeinderats	341, 751
— Gebietsabgrenzungs-A. bei Energieversorgungsunternehmen	18	Anbau an Grenzbau	146, 147
Ablehnung		Anbauverbot bei Fernstraßen	311
— aller Mitglieder eines Spruchkörpers	346, 757	Änderung	
— einer Wahl zum Präsidium eines Gerichts?	121	— genehmigter Bauwerke	564
— im Zweitantragsverfahren	757	— Bebauungsplan(entwurf)	562, 694
Abmahnung (statt Versagung der Gewerbeerlaubnis)	120	— Bundesbaugesetz	65 (A)
Abschiebung, Abschiebungshaft für Ausländer	56, 165 (A, B), 242, 403, 408, 410, 411, 502	— Flurbereinigungsplan	52, 54
Abschnittsbildung im Erschließungsrecht	8 (A), 15, 16, 21	— Gebiets-Ä. und Flächennutzungsplan	440
Abstandsflächen		— Klage-Ä.	495
— Erhöhung der Außenmauern	237	— Nutzungs-Ä. ohne Genehmigung (Art. 100 BayBO)	691
— Grenzbau	146, 147	— der Sach- und Rechtslage (VA mit Dauerwirkung)	30/59 (P), 94/124 (P)
— Grenzgaragen	207, 562	— von Verkehrswegen bei Kanalausbau	375
— Trafostation	285, 588 (A)	Androhung (Zwangsgeld-A.)	86, 632
— Vorbauten	630	Anerkennung der DDR	416 (B)
Abstellen von stillgelegtem Kfz. auf öffentlicher Straße	760	Angebot zum freihändigen Erwerb eines Grundstücks (statt Enteignung)	156
Abstimmung der Bauleitplanung benachbarter Gemeinden	112	Anfechtung	
Abwägungsgebot nach § 1 BBauG	70 (A), 305	— Auflagen	658
Abwasser		— Bestandskraft eines Ausgangsbescheides	241
— Anschlußbeitrag an Kanalisation	221/255 (P), 251, 276	— innerdienstliche Weisung	490 (A), 719 (A)
— Benutzungsgebühren	276, 277	— Klageänderung bei A.-Klage	495
— Haftung der Gemeinde	413	— kommunale Neugliederung	705 (A)
— Hauskläranlagen	599	— nichtiger Verwaltungsakte	756
Abwehrrecht		— Richterwahl	121
— gegen Eingriffe in Naturschönheiten	72 (A), 76 (A), 83	— Streitgegenstand der A.-Klage	480 (B)
— gegen Straßenausbau	157	— Vorbescheid (Nachbar)	237
Adelsprädikat	148	— Wahlrechtsangelegenheiten	271
ADO (Rechtsnatur der Allgemeinen Dienstordnung)	173	— Zinsen	565
Aktenanforderung (Prozeßgebühr)	732	Angestelle(r)	
Akteneinsicht		— Abgeordnete	12
— Allgemeine Dienstordnung	173	— Bürgermeister	276
— Beamter (Personalakten)	92	— Höhergruppierung	759
— Bewerber um Lehrauftrag	759	— Inkompatibilität	341
Alimentation der Abgeordneten	12	— Recht der A. im öffentlichen Dienst	704 (B)
Allgemeine Dienstordnung (Rechtsnatur)	173	Anhörung	
Allgemeines Verwaltungsrecht	191 (B)	— vor Ausweisung von Ausländern	56
Allgemeinverfügung (Verkehrszeichen)	116	— der Gemeinde bei Verkehrsregelung	693
Almkaser	570	— Verwaltungsverfahren/AO	542 (A)
Amberg-Sulzbach (Kreissitz)	205	„Anlage“ (i. S. des Art. 100 BayBO)	114
Amtsblatt (Hinweis auf Beitrags-Satzung)	760	Anlieger	
		— Ausbaubeiträge	760
		— Räum- und Streupflichten	180
		Anmerkungen zu Gesetzestexten (Staatsprüfung)	60
		Annexkompetenz des Bundes	217

Seite	Seite
<b>Anordnung</b>	
— Beseitigungs-A. 86, 90, 114, 115, 437, 564, 631, 632, 691	
— Bestattungs-A. 310	
— einstweilige 112, 178, 272, 274, 402, 722, 725, 747 (A)	
— Fahrtenbuch 728	
— Halteverbots-A. 692	
— Nutzungsuntersagung 402	
— sicherheitsrechtliche A. (Bestimmtheit) 30/60 (P)	
<b>Anordnung der sofortigen Vollziehung</b>	
— Ausweisung von Ausländern 275	
— Begründung 690	
— Besitzeinweisung 690	
— Fahrerlaubnisentziehung 106 (A)	
— Freiheitsentziehung 242	
— Nichtigkeit 6 (A)	
— Rechtsbehelfsbelehrung 169 (A)	
— Streitwert 276	
<b>Anschuß (Kanalisation)</b>	221/255 (P), 251, 276, 277
<b>Anspruch</b>	
— auf Abstimmung der Bauleitplanung 112	
— auf Akteneinsicht 92, 759	
— auf Baugenehmigung bei nichtigem Bebauungsplan 298 (A)	
— auf weitere Bebauung im Außenbereich? 437	
— auf behördliches Einschreiten? 175, 685 (A)	
— auf bestimmte Erschließungsmaßnahmen 23	
— auf Erhaltung von Baudenkälern? 239	
— aus Forschungsgrundrecht 273	
— Krankenhausplanung 348	
— auf Lärmschutzauflage 658, 661, 663	
— Sozialstaatsprinzip begründet keinen A. 163 (A)	
— auf Übernahme von Grünflächen 504	
— auf Verordnung zur Gemeindegebietsreform 711 (A)	
— auf Widerspruchsbescheid? 241	
<b>Antrag</b>	
— auf Anordnung der Abschiebungshaft 88, 166 (A, B)	
— auf Bodenverkehrsgenehmigung 176, 470, 473	
— A.-Monopol (Verwaltungsbehörde bei Abschiebung) 166 (A, B)	
— Negativattest nach § 19 BBauG 473	
— Normenkontroll-A. nach § 47 VwGO 178, 475, 609 (A)	
— Teilungsgenehmigung 470	
— Verwahrung 231 (A), 443	
— Wiederherstellung der aufsch. Wirkung 6 (A), 115, 239, 368	
— Zweit-A. 757, 759	
<b>Arbeiter im öffentlichen Dienst</b>	704 (B)
<b>Arbeitslosigkeit (Akademiker-A.)</b>	255 (B)
<b>Arbeitszeit</b>	
— Bäckereien 478/509 (P)	
— Verlängerung bei Staatsprüfung 656	
<b>Armenrecht</b>	114, 440
<b>Asylrecht</b>	
— trotz Abschiebungsvoraussetzungen 410, 412	
— begünstigte Gewährung des A. 405	
— Inhalt und Grenzen des Grundrechts 406	
— innerdeutsches A. 268 (A)	
— Mißbrauch 403	
— Republikflucht 411	
<b>Aufenthaltserlaubnis</b>	
— Versagung (trotz Schulden) 438	
— Versagung bei EG-Ausländern 209	
— vorläufiger Rechtsschutz 275	
<b>Aufenthaltsraum (Hobbyraum)</b>	630
<b>Aufhebung von Landesrecht durch Bundesgesetzgeber?</b>	294 (A)
<b>Auflage</b>	
— Anfechtung 658	
— Fahrtenbuch 728	
— Schutz-A. nach § 17 FStrG 658, 661, 663, 664	
— Streitwert 188	
<b>Aufrechnung mit Steuerforderung</b>	158/190 (P)
<b>Aufschiebende Wirkung eines Rechtsbehelfs</b>	
— Antragsbefugnis 239	
— Ausländerrecht 275	
— Besitzeinweisung (LBG) 690	
— Nachbarklage 368	
— Steuerbescheid 176	
— Wiederherstellung 6 (A), 115, 239, 368	
<b>Aufsicht</b>	
— A.-Beschwerde e. Strafgefangenen 301	
— Bundes-A. 64 (B)	
— Forst-A. 133 (A)	
— A.-Pflicht des Gaststätteninhabers 118	
— Steuer-A. 542 (A)	
— A.-Vertretung (FlurbG) 48	
<b>Auftrag (A.-Verwaltung)</b>	64 (B)
<b>Augenleiden (jur. Staatsprüfung)</b>	656
<b>Augenscheinseinnahme</b>	93
<b>Ausbau von Straßen</b>	
— Abwehranspruch 157	
— Bundeswasserstraße (Kreuzungskosten) 375	
<b>Ausbildung</b>	
— Grundrecht auf A. 385 (A)	
— A.-Vergütung 210	
<b>Ausbildungsförderung</b>	
— Abendgymnasium 252	
— erhöhter Bedarf 252	
— Fachoberschüler 252	
<b>Ausfertigung von Leistungsbescheiden bzw. Ausstandsverzeichnissen</b>	218
<b>Ausgleichsbehörde (Zustimmung zu Mietzinserhöhung)</b>	759
<b>Ausgleichszulage</b>	655
<b>Auskunft</b>	
— Allgemeine Dienstordnung 173	
— AO 1977 543 (A)	
— Bebauungsplanänderung 694	
— öffentliches Interesse 428 (A)	
<b>Auslagenerstattung</b>	187, 317
<b>Ausländer</b>	
— Abschiebung(shaft) 56, 165 (A, B)	
— 242, 403, 408, 410, 411, 502	
— Ausweisung 56, 88, 154, 185, 275, 403, 406	
— 410, 411, 438	
— Demonstrationsverbot 183	
— privatrechtliche Verpflichtungen 438	
— als Rechtsanwälte 195 (A)	
— Rechtsmittelbelehrung 45, 88	
— Verfassungsbeschwerderecht 721	
— Versagung der Aufenthaltserlaubnis 209, 275	
— vorläufiger Rechtsschutz 275	
— Wahlrecht 736 (B)	
<b>Auslegung (Interpretation)</b>	
— Geschäftsverteilungsplan 569	
— des Art. 4 Abs. 3 GG 97 (A)	
— Klage und Widerspruch von Ehegatten 759	
— Preisangaben-VO 117	
— des Sozialstaatsprinzips 161 (A)	
— verfassungskonforme A. 81, 89, 155, 523 (A)	
<b>Auslandsstudium (Studienplatzvergabe)</b>	187
<b>Auslegung von Bebauungsplänen</b>	562
„Ausnahmefall“ für zweite Wiederholungsprüfung	344
<b>Aussage-Protokollierung</b>	414, 477, 478, 764

	Seite	Seite	
Ausscheiden von Gemeinderatsmitgliedern (Art. 31 Abs. 3 GO)	751	Baulast	760
Ausschließung von Richtern wegen Befangenheit	55, 346, 758	— Beleuchtung	375
Ausschluß		— Kreuzung mit Bundeswasserstraße	313
— von einer Einrichtung des zweiten Bildungsweges	302	— Ortsdurchfahrt	
— von Gemeinderatsmitgliedern bei der Abstimmung	341, 754	Bauleitplanung	
Ausschlußfrist des Art. 125 AGBGB	16, 104 (A), 154, 217, 235 (A)	— Abstimmung zwischen Nachbargemeinden	112
Außenbereich		— gemeindliche B.	605 (B), 744 (A)
— Anspruch auf weitere Bebauung (Bestandsschutz)	437	— Inzidentprüfungsrecht der Exekutive	1 (A)
— Austragshaus	689	— Naturschutz	85
— Ausuferungsgefahr vorhandener Bebauung	442	— Rechtsschutz gegen B.	725, 744 (A)
— Bebauungsgenehmigung	89	Bauordnung, Bayerische	670 (B)
— Bienenhaltung	369	Baurecht (Bundes-B.)	671 (B)
— „forstwirtschaftlicher Betrieb“	90	Bausperre, faktische	155
— Hecken	114	Bauverbot (Entschädigung)	154
— Holzhütte (Rauminhalt)	654	Bauvoranfrage, Bauvorbescheid	89, 599
— Jagdhütte	115	Bayerische Bauordnung	670 (B)
— Landschaftsbeeinträchtigung	90	Bayerische Verfassung (Staatsangehörigkeit)	714 (A)
— Naturschutz	85	Bayerische Verwaltungsblätter	
— Straße als Erschließungsanlage im A.?	20	— Mitherausgeber Panz †	78 (A)
Außenprüfung (AO 1977)	543 (A)	— Verstärkung des Umfangs	10 (A)
Aussetzung, Streitwert im A.-Verfahren (§ 80 Abs. 5 VwGO)	276	Bayerischer Verfassungsgerichtshof (Bindung der Gerichte an Entscheidungen des BayVerfGH)	76 (A)
Ausstandsverzeichnis	218	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof (Geschäftsverteilung 1976)	78 (A)
Austragshaus (Außenbereich)	689	Bayerisches Denkmalschutzgesetz	191 (B)
Austritt aus Kirche	466	Bayerisches kommunales Haushaltsgesetz	607 (B)
Auswärtige Gewalt		Bayerisches Polizeiaufgabengesetz	223 (B)
— Verfassungsrechtsprechung	520 (A)	Beamte(r)	
— Verträge der Bundesländer	127 (B)	— Abgeordnete als B.	12
Ausweis (Staatsangehörigkeits-A.)	566	— Amtspflichtverletzung in Bausachen	122, 694
Ausweisung von Ausländern	56, 88, 154, 185, 275, 403, 406, 410, 411, 438	— Änderung dienstlicher Aufgaben	273
Autowracks	371	— Ausgleichszulage	655
<b>B</b>		— Bürgermeister	276
Bäckerei (Arbeitszeit)	478/509 (P)	— Dienstenthebung, vorläufige	178
Baggersee	141 (A)	— dienstliche Beurteilung	182
Bahnhof (Kosten der Umbenennung)	157	— Dienstunfall	442, 758
Bahnhofsverbot	731	— Einsicht in Personalakten	92
Bannwald	130 (A), 134 (A)	— Hilflosigkeitszuschlag	758
Bar (Preisverzeichnis)	117	— kommunale Wahl-B.	655
Baudenkmal (Anspruch auf Erhaltung?)	239, 652	— Nebentätigkeit	285
Baugenehmigung		— Stellung im modernen Staat	528 (A)
— Anspruch auf B.	298 (A)	— Unterhaltsbeitrag für Witwe	691
— Aufhebung (Mitverschulden)	252	— Wahl zum Personalrat	80
— Bebauungsgenehmigung	89	— Zoll-B. (Amtspflichten)	157
— Einfriedung für „Erwerbsgartenbau“?	115	Bebauungsgenehmigung	89, 246
— Einvernehmen der Gemeinde	122	Bebauungsplan	
— Erlaubnis nach § 9 VbF	368	— Abstimmung zwischen Nachbargemeinden	112
— Erlöschen	277	— Änderungen des B.-Entwurfs	562
— u. immissionsrechtliche Genehmigung	204 (A)	— Auskunft über Änderung des B.	694
— Nachbar-Zusage	759	— enteignende Wirkung	157
— Prüfungsaufgaben	94/123 (P), 286/318 (P)	— Ergänzung	500
— Vergleich	246	— Erschließungsbeitragspflicht bei noch nicht in	
— vorläufige B.?	402	— Kraft getretenem B.	21
— Widerruf	286/319 (P), 564	— Erschließungspflicht aufgrund B.?	23, 315
— Zurücknahme (Entschädigung)	497	— Flächennutzungsplan als Voraussetzung	174, 440
Baulandsachen		— Genehmigungsvorbehalt	500
— Sprungrevision	157	— Grünflächenfestsetzung	504
— Vertreter öffentlicher Interessen	157	— Nichtigkeit	297 (A)
		— Normenkontrolle (einstw. AO)	725, 745 (A)
		— Rechtsschutz	725, 745 (A)
		— Zusage über Aufstellung eines B.	378
		Bedürfnis für Schußwaffentragung	151, 345
		Befangenheit	
		— Richter	55, 346, 757
		— Vorstand der Teilnehmergemeinschaft	51
		Beförderung von Beamten	224 (B)
		Beförderung, unentgeltliche	
		— (Schwerbehinderte im Nahverkehr)	187

	Seite		Seite
Begnadigung	215	Beschlußwahlen nach Art. 51 GO	429 (A)
Begründung		Beschwer	
— Freiheitsentziehung	243	— Verfassungsbeschwerde	604
— Nachschieben einer B.	15, 29, 94/126 (P)	— Widerspruchsbescheid	495
— sofortige Vollziehung einer Besitzeinweisung	690	Beschwerde	
Behinderte		— Flurbereinigungsverfahren	52
— Eingliederungshilfe	673 (A)	— gegen Klagerücknahme (Fiktion)	478/509 (P)
— im Prüfungsverfahren	650 (A), 656	— Nichtzulassungs-B.	44
Behörde		— gegen Streitwertfestsetzung	350
— Anspruch auf Einschreiten der B.	175, 685 (A)	Beseitigungsanordnung	
— Aufsichtsvertretung	48	— des gesamten Bauwertes bei ungenehmigter	
— Statusfeststellung nach RuStAG	566	Änderung	564
Beihilfe (Heilpraktiker)	691	— Bestimmtheit	631, 691
Beilaufung		— Blockhütte	90
— Kosten des Beigeladenen	286	— Einfriedung von Kfz.-Stellplätzen	437
— Streit um Schutzauflage nach § 17 FStrG	661	— Fristsetzung	86
Beitragsbescheid (Zustellung)	756	— Handlungsstörer	115
Beitragssatzung		— Hecken	114
— Rückwirkung	25, 315, 760	— örtliche Zuständigkeit	726
— Verkündung	760	— Teile eines Bauwerks	631
Beitritt zu Länder-Streitigkeit vor BVerfG	337	— Vollstreckung	86, 115, 631, 632
Bekanntmachung, Bekanntgabe		Besitzteinweisung, vorläufige	
— Jugendschutzvorschriften	504	— Flurbereinigung	46
— Schätzwertfeststellung (FlurbG)	47	— Landbeschaffungsgesetz	690
— Verwaltungsakt (Widerspruchsfrist)	94/124 (P)	— Rechtsberatungskosten	379
Belehrung über Rechtsbehelfe	45, 88, 169 (A), 568, 691	— Richter-Mitwirkung (Vorverfahren)	55
Beleuchtung von Straßen (Beitragssatzung)	763	Besoldung	
Benecke (Otto-B.-Stiftung)	268 (A)	— Ausgleichszulage nach KWBG	655
Benotung		— „Gleichzubewertendes Amt“ (§ 130 BRRG)	759
— mündliche Schülerleistungen	691	Besoldungsrecht des Bundes und der Länder	95 (B), 160 (B), 768 (B)
— Rechtsreferendare	572	„Besonderes Gewaltverhältnis“	
Beratervertrag für Abgeordnete	12	— innerdienstliche Weisung	490 (A)
Berichtigung		— Schule	303
— Tatbestands-B. (Urteil)	764	Bestandskraft von Verwaltungsakten	545 (A), 580 (A)
— Verwaltungsakte	545 (A)	Bestandsschutz	
— Wohngeldbescheide	187	— Bebauung im Außenbereich	20, 437
Berichtigungsersuchen nach § 79 FlurbG	50	— Gewerbebetrieb	249
Berufliche Bildung	448 (B)	— Umfang	564
Berufsausbildung		Bestattung (Bestimmung von Art und Ort)	310
— Ausbildungsvergütung	210	Bestellung von Sachverständigen	
— Grundrechtsschutz	304	(Rücknahme/Widerruf)	758
Berufsbeamtentum, Grundsätze des B.		Bestimmtheit	
(Wahlrecht zum Personalrat)	80	— Beseitigungsanordnungen	372, 631, 632, 691
Berufsfreiheit		— Fahrtenbuch-Auflage	729
— Europäische Gemeinschaft	397 (A)	— Geschäftsverteilungsplan	569
— Gewerbebetrieb (Beschränkung/Untersagung)	30/58 (P)	— Ordnungsmaßnahmen einer Schule	304
	119, 158/189 (P)	— sicherheitsrechtlicher Anordnungen	30/60 (P)
		— Verordnungsermächtigung	439, 453 (A)
		Betretungsrecht (Art. 141 BV)	73 (A)
Berufsschule als eigene Dienststelle einer Gemeinde		Beurteilung	
(BayPVG)	276	— dienstliche	182
Berufung, Berufungsverfahren		— landesplanerische	517 (A), 653
— Lückenschließung durch B.-Gericht	759	Beweislast	
— Streitwert	572	— Bedürfnis für Schußwaffentragung	151
— Unterschrift	444	— Rückforderung zuviel gezahlten Wohngelds	187
— Zinsanspruch erstmals im B.	566	Bewerbung (Einsicht in Personalakten)	92, 759
— nachträgliche Zustimmung zum Ausbau einer		Bewertung	
Erschließungsanlage während B.	26	— mündliche Schülerleistungen	691
Berufszusage (Professor)	272	— Rechtsreferendare	572
Beschlagnahmeverbot (Fahrtenbuch)	728	Bezeichnung von Lebensmitteln	213, 732
		Bezirk	
		— Allzuständigkeit für Eingliederungshilfe	673 (A)
		— Kosten der Freiwilligen Erziehungshilfe	276
		Bienenhaltung im Außenbereich	369
		Bildungsweg, zweiter (Ausschluß)	302

Seite	Seite
<b>Bindung, Bindungswirkung</b>	
— § 31 BVerfG	82, 399 (A), 400, 523 (A)
— an Ermittlungsraum bei Abschnittsbildung bei Erschließungsanlagen	10 (A)
— der Exekutive an Gesetz und Recht	1 (A), 247
— des Gerichts an Ausweisungsverfügung	56, 88, 166 (A, B), 243
— der Gerichte an BayVerfGH-Entscheidungen	76 (A)
— an Revisionszulassung?	121
— des Stichentscheidungsprüfers an Vorzensuren	308
— Vorbescheidurteil	94/125 (P)
— an verfassungskonforme Auslegung durch BVerfG	82
— an Verweisungsbeschuß	213
— von Zusagen nach der AO 1977	544 (A)
<b>Blinde (Hilfsmittel)</b>	187
<b>Blockwahlsystem (Richterwahl)</b>	121
<b>Bodenverkehrsgenehmigung</b>	
— Antragsrecht	176, 470, 473
— Auflage (Streitwert)	188
— Austragshaus	689
— Negativbescheinigung	176, 473
— Teilungskauf	470, 473
— Versagung (Haftung)	599
— Zustellung (Notar)	689
<b>Bodenwertabschöpfung nach StBauFG</b>	511 (B)
<b>Bonus-malus-Regelung bei Studienplatzvergabe</b>	337
<b>Botschaft, weißblaue</b>	639 (B)
<b>Brandmauer</b>	175
<b>Brandverhütung</b>	732
<b>Brennbare Flüssigkeit (Erlaubnis nach VbF)</b>	368
<b>Briefgeheimnis (Strafgefangener)</b>	301
<b>Brücke (Kosten einer Straßen-B. über Kanal)</b>	375
<b>Bund-Länder-Streitigkeiten</b>	257 (A)
<b>Bundesaufsicht</b>	64 (B)
<b>Bundesauftragsverwaltung</b>	64 (B)
<b>Bundesbahn, Deutsche</b>	
— Bahnhofsumbenennung (Kosten)	157
— Bahnhofsverbot	731
— Haftung bei Streupflichtverletzung	179
— Schutz durch Kontingentierung des Güterkraftverkehrs	144
<b>Bundesbaugesetz</b>	62 (B), 65 (A)
<b>Bundesbaurecht</b>	671 (B)
<b>Bundes-Finanzkontrolle</b>	767 (B)
<b>Bundesfreundliches Verhalten (Studienplatzvergabe)</b>	337
<b>Bundesgerichtshof (Rechtsprechung zum Sonderopferbegriff)</b>	319 (B), 744 (A)
<b>Bundesgesetzgeber (Aufhebung von Landesrecht?)</b>	294 (A)
<b>Bundespost</b>	
— Fernmeldeanlagen — Genehmigung	213
— Fernmeldelinie — Verlegung	285
— Nebentätigkeit von Beamten der B.	285
<b>Bundesregierung (Zustimmung zu auswärtigen Verträgen der Länder)</b>	127 (B)
<b>Bundessozialhilfegesetz</b>	607 (B), 673 (A)
<b>Bundesstaat</b>	
— auswärtige Verträge der Länder	127 (B)
— bayerische Staatsangehörigkeit	716 (A)
— Bund-Länder-Streitigkeiten	257 (A)
— Gemeinschaftsaufgaben	737 (A)
<b>Bundestag</b>	
— Rechtsstellung der Abgeordneten	361 (A)
— Wahlrecht	735 (B)
<b>Bundesverfassungsgerichtsbarkeit und Landes-V.</b>	547 (A)
<b>Bundeswahlgesetz und -ordnung</b>	735 (B)
<b>Bundeswaldgesetz</b>	129 (A), 137 (A)
<b>Bundeswasserstraßenausbau</b>	375
„Bürgerliches Recht“ i. S. des Art. 74 GG	561
<b>Bürgermeister</b>	
— Angestelltenvertrag (nichtiger)	276
— Beanstandung von Gemeinderatsbeschlüssen	733/765 (P)
— Hausverbots-Anordnung?	667/700 (P)
<b>Bußgeldbescheid (an Ausländer)</b>	45
<b>Buttermilch (Mengenangabe)</b>	732
<b>C</b>	
<b>Campingplatz (Lärm)</b>	30/59 (P)
<b>Chancengleichheit</b>	
— bei Prüfungen	30, 572, 650 (A)
— und Sozialstaatlichkeit	164 (A)
— Verhältniswahlrecht	107
<b>Clausula rebus sic stantibus</b>	423 (A)
<b>Codes Maximilianeus Bavanicus Civilis</b>	734 (B)
<b>Computer (Umgang mit C.)</b>	639 (B)
<b>Culpa in contrahendo, Bebauungsplan (Zusage)</b>	378
<b>D</b>	
<b>Dach (D.-Terrasse auf Grenzgarage)</b>	207
<b>Datenverarbeitung</b>	
(Berichtigung fehlerhafter Bescheide)	187
<b>Dauerverwaltungsakt</b>	30/59 (P), 103 (A)
<b>DDR</b>	
— Anerkennung	416 (B)
— Grundvertrag (BVerfG)	521 (A)
<b>Delegation</b>	
— Funktionalreform	449 (A)
— von Verantwortung	484 (A)
<b>Demarkationsverträge</b>	
(zwischen Energieversorgungsunternehmen)	18
<b>Demokratie (prinzip)</b>	
— Abgeordnetendäten	12
— Europäisches Parlament	415/447 (P)
— Finanzkontrolle des Bundes	767 (B)
— Föderalismus als d. Alternative	159 (B)
— Schulverhältnis	303
— Staatshaushalt (Volksbegehren)	201 (A), 486 (A)
— Verhältniswahlrecht	108
— Volksbegehren und -entscheid u. Art. 73 BV	389 (A)
<b>Demokratisierung und Funktionsfähigkeit der Verwaltung</b>	63 (B)
<b>Demonstration (polizeiliches D.-Verbot)</b>	183
<b>Denkmalschutz</b>	
— Anspruch auf Erhaltung von Baudenkmälern?	239
— Bayerisches D.-Gesetz	191 (B)
— Subjektives Recht des Bürgers?	652
<b>Deutsche Bundesbahn</b>	
— Bahnhofsumbenennung (Kosten)	157
— Bahnhofsverbot	731
— Haftung bei Streupflichtverletzung	179
— Schutz durch Kontingentierung des Güterkraftverkehrs	144
<b>Deutsche Sprache</b>	
(Gerichts-/Verwaltungsverfahren)	45, 56, 167 (A, B)
„Deutscher Volkszugehöriger“	566
<b>Deutscher Familienverband</b>	
(Volksbegehren)	201 (A), 389 (A), 486 (A)

Seite	Seite		
Devolutiveffekt (Widerspruch)	691	„Einleiten“ von Schadstoffen in Gewässer	347
Diäten der Abgeordneten	12	Einleitung eines Disziplinarverfahrens	178
Dienstbarkeit		„Einmaliges Sonderprogramm für Gebiete mit speziellen Strukturproblemen“	364
— Forstrechte	570	Einschreibungsfrist-Verlängerung	722
— Versorgungsleitung	18, 19, 33 (A), 460 (A)	Einsicht in Akten	92, 173, 759
Dienstenthebung, vorläufige	178, 691	Einstellung von Privatklageverfahren	604
Dienstliche Beurteilung eines Beamten	182	Einstweilige Anordnung	
Dienstordnung, Allgemeine (Rechtsnatur)	173	— Abstimmung der Bauleitplanung zwischen Gemeinden	112
Dienstpostenbesetzung (Personalratsmitwirkung)	759	— Bebauungsplan	725, 747 (A)
Dienstrecht, öffentliches (Gesamtkommentar)	160 (B), 704 (B)	— gegen Hochschul-Umorganisation	272
Dienststelle (Begriff i. S. des BayPVG)	276	— Normenkontrolle nach § 47 VwGO	178, 725
Dienststellenleiter (Wahlrecht zum Personalrat)	80	— für Parkstudenten	722
Dienstunfall eines Beamten	442, 758	— Sexualkunde-Unterricht	274
Dirnenunterkunft, Gaststättenerlaubnis (Versagung)	118, 120	— vorläufige Baugenehmigung?	402
Disziplinarmaßnahmen		Eintragung in Handwerksrolle	311
— homosexuelle Lehrer	691	Einvernehmen der Gemeinde zu Baugenehmigung	122
— Ordnungsgeld gegen Kreisratsmitglied	498	Einwilligung in Sprungrevision	157
Disziplinarverfahren (Einleitung)	178	Eltern (Erziehungsrecht)	274
Drittberechtigte im Flurbereinigungsverfahren	50	Emmentaler-Käse	213
Duldungsbescheid gegen Rechtsnachfolger	27	Energieversorgung	
		— Gefährdungshaftung	645 (A)
		— E.-Leitung (Zwangsbelastung)	18, 19, 33 (A), 460 (A)
<b>E</b>		Enteignung, enteignender Eingriff	
Edding-Kommission (berufliche Bildung)	448 (B)	— Angebot zum freihändigen Erwerb	156
Ehegatten		— Bauvorbescheid	601
— nicht gleichzeitig Gemeinderatsmitglieder	751	— Bebauungsplan	157
— Klage und Widerspruch	759	— Eigentümerwechsel	27
Ehrenamt		— Energieleitung	18, 19, 33 (A), 460 (A), 645 (A)
— e. Gemeinderat	341	— Folgeschäden	157
— e. Kreistagsmitglied	498	— Graphitgesetz	493
— e. Richter	121	— Grünflächenfestsetzung	505
Ehrenzeichen	324 (A)	— Kleingarten (Kündigungsschutz)	657
Eidesstattliche Versicherung (Stimmabgabe bei Personalratswahl)	122	— Naturschutzgebietsfestsetzung	759
Eigenheim (II. WoBauG)	252, 596	— Polizeiverstaatlichung	622
Eigentum(sgarantie)		— E.-Recht in Bayern	415 (B)
— Bestandsschutz	20, 437, 564	— Staatshaftungsrechts-Reform	743 (A)
— Energieleitungen	33 (A)	— Strafgefangenenvergütung	157
— Europäische Gemeinschaft	398 (A)	— Teil-E.	27
— Fiskus	19	— Versagung des Einvernehmens zu Baugenehmigung	123
— Gewässer	141 (A)	— Vorteilsausgleich	475
— Gewerbebetrieb	158/189 (P), 249, 604/638 (P)	— Wasserschutzone	28, 34 (A)
— Graphitgesetz (Staatsvorbehalt)	493	— Zurücknahme einer Baugenehmigung keine E.	497
— Grundstücksentwässerung (Inhalt u. Schranke des E.)	599	— Zwangsbelastung von Grundstücken	18, 19, 33 (A), 460 (A)
— kommunale Wohnungsvermittlung	630		
— Naturgenuß	72 (A), 83	Entlassung von Verwahrten	167 (A, B)
— öffentliches E. (Haftung/Hausrecht)	559, 731	Entschädigung	
— Polizeiverstaatlichung	590, 622	— für Abgeordnete	12
— Teilungserlaubnis nach dem Waldgesetz	617 (A)	— Bayerisches Waldgesetz	132 (A)
Eigentumswohnung (II. WoBauG)	592	— Eigentümerwechsel	27
Einbahnstraße (Sackstraße)	115	— Energieleitung	18, 19, 33 (A)
Einbürgerung	405, 566	— Erschließungsaufwand bei nachträglicher E.	27
Einfriedung		— Grünflächenfestsetzung	505
— als „Anlage“ i. S. des Art. 100 BayBO	114	— Kleingarten (Kündigungsschutz)	657
— Beseitigungsanordnung	437	— Polizeiverstaatlichung	622
— für „Erwerbsgartenbau“ (Art. 83 BayBO)	115	— Verjährung/Erlöschen	154
— von Kfz.-Stellplätzen	437	— Versagung einer Bodenverkehrsgenehmigung	599
Einfuhr von Lebensmitteln	213	— Versagung des gemeindl. Einvernehmens (§ 36 BBauG)	123
„Eingeschossiges Gebäude“ (Art. 7 BayBO)	285	— Vorteilsausgleich	475
Eingliederungshilfe für Behinderte	673 (A)	— Wasserschutzone	28
Einigungsverfahren über Personalratsmitwirkung	759	— Zurücknahme der Baugenehmigung	497
Einkommensteuer (Enteignungsentzädigung)	157	Entstaatlichung	263 (A)
		Entwicklungsplanung	65 (A)
		Erbengemeinschaft	
		— (Zustellung von Beitragsbescheiden)	756

	Seite	Seite
Erdgasleitung	19, 35 (A), 645 (A)	27
Erdrosselungswirkung einer Steuer	343	25, 315
Ergänzung		
— eines Bebauungsplans	500	281
— der Kostenentscheidung	286	20
Erlaß (Erschließungsbeitrag)	27	16, 21
Erlaubnis		
— brennbare Flüssigkeiten	368	759
— Flugmodelle	664, 666	280
— gaststättenrechtliche	118, 120	280
— Gestattungsrecht	578 (A)	104 (A)
— Teilungserlaubnis nach Waldgesetz	617 (A)	24, 277, 278, 282
Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplan	305	23, 314, 633
Erledigung der Hauptsache		
— Armenrechtsverfahren	440	282, 633, 759
— Streitwert im Berufungsverfahren	572	Erschließungspflicht einer Gemeinde
— Untätigkeitsklage	241, 632	44, 679 (A), 687
— Zweitbescheid	691	Erschöpfung des Rechtswegs (Verfassungsbeschwerde)
Erlöschen von Ansprüchen (Art. 124, 125 AGBGB)	16, 104 (A), 154, 217, 235 (A)	Erstattung von Kosten
Ermächtigung		
— amtsgerichtliche Zweigstellen	474	— Rechtsberatungskosten (Umlegung)
— Beitragserhebung durch Gemeinden	760	— Streitwert im Widerspruchsverfahren
— zu kommunaler Neugliederung	708 (A)	— Widerspruchsgebühr
— zu Sperrzeitverordnung	453 (A)	
— zu Verordnungen (Prüfungsaufgabe)	604/636 (P)	
— zu Werbeanlagenverordnung	439	
Ermessen		
— Ausweisung von Ausländern	88, 186, 243	
— Einschreiten der Behörde	175	
— Fernsehen bei Tuberkulosehilfe?	187	
— Flurbereinigungsverfahren	51	
— Gestattungsrecht	578 (A)	
— Informationsstand für politische Partei	211	
— Kiesweiher	141 (A)	
— Krankenhausplanung	348	
— Lohnsummensteuer	371	
— Planungs-E. der Gemeinde	307, 515 (A)	
— Realsteuerhebesätze	341	
— Reduzierung auf Null	733/765 (P)	
— Schätzung des Frischwasserbezuges	276	
— Sperrzeitregelung für Gaststätten	455 (A)	
— Streitwertfestsetzung im Widerspruchsverfahren	187	
— Zurückstellen von Bauanträgen	94/124 (P)	
Erörterungspflicht (Änderung des Flurbereinigungsplans)	52	
ERP-Programme	737 (A)	
Ersatzliste bei Gemeinderatswahl	751	
Ersatzvornahme	49	
Erschließungsanlagen		
— Abschnittsabrechnung	8 (A), 15, 16, 21	
— Anspruch Dritter auf E.?	23	
— Hinterliegergrundstück	17	
— Ortsdurchfahrt	311, 313	
— Straße im Außenbereich	20	
— Zustimmung zum Ausbau	26	
Erschließungsbeiträge		
— Abschnittsabrechnung	8 (A), 15, 16, 21	
— Bebauungsplan (Aufstellung, Fehlen)	21, 315	
— Duldungsbescheid	27	
— Eigentümerwechsel	27	
— „endgültige Herstellung“	245, 315, 336 (A)	
— Entstehungszeitpunkt	235 (A), 245	
— Erlaß	27	
— Hinterliegergrundstück	17	
— Kostenspaltung	15, 281	
— Miteigentümer	27	
— nachträgliche Entschädigung	27	
— Ortsdurchfahrt	313	
		<b>F</b>
Fachoberschüler (Ausbildungsförderung)	252	
Fahrerlaubnis (Entziehung)	106 (A)	
Fahrtenbuch	728	
Fahrzeug (Abstellen auf Straße bei Stillegung)	760	
Faires Verfahren (Rechtsmittelbelehrung an Ausländer)	46	
Faktische Bausperre	155	
Familienheim (II. WoBauG)	595, 597	
Familienverband, Deutscher (Volksbegehren)	201 (A), 389 (A), 486 (A)	
F.D.P. (Fraktionsstatus)	431	
Ferienhaus (Steuerbegünstigung?)	594	
Fernmeldeanlagen	213, 285	
Fernsehen (als Hilfe zum Lebensunterhalt / in besonderer Lebenslage)	187	
Fernunterricht	448 (B)	
Fertigpackungen	213, 732	
Feststellungsklage		
— Aufnahme ins Wählerverzeichnis	729	
— Berichtigungsersuchen nach § 79 FlurbG	50	

	Seite		Seite
— Geschäftsverteilungsplan eines Gerichts	373	„Forstkultur“ (Art. 83 BayBO)	115
— Hausverbot	667/698 (P)	„Forstwirtschaftlicher Betrieb“ (§ 35 BBauG)	90
— Nichtigkeit eines Verwaltungsakts	756	Fotokopie eines Gutachtens (bei Verwahrungsantrag)	443
— Personalratsauflösung	284	Frakitionsstatus einer Partei	431
— Prüfungsaufgabe	221/253 (P)	„Freies Mandat“ von Abgeordneten	431
— Staatsangehörigkeit	566	Freihändiger Grundstückserwerb (statt Enteignung)	156
— Vollstreckung aus Verwaltungsakten	681 (A)	Freiheitsentziehung	
— vorbeugender Rechtsschutz	27, 750 (A)	— Anordnung der sofortigen Wirksamkeit	242
Film (Vorführung in Schaukästen)	213	— und Unterbringung	165 (A, B)
Finanzhilfen des Bundes	364, 737 (A)	Freising, Domberg (Denkmalschutz)	652
Finanzkontrolle des Bundes	767 (B)	Freiwillige Erziehungshilfe	276
Finanzplanungsgesetz 1975 (Volksbegehren)	201 (A)	Fremdenverkehrsabgabe	
Flächennutzungsplan		— Notare?	208
— Bebauungsplan (Entwicklung aus F.)	174, 440	— Verfassungsmäßigkeit	463
— Erläuterungsbericht	305	Frischwasser (Kanalbenutzungsgebühr nach F.-Bezug)	276
— Gebietsänderung	440	Friseurhandwerk (Ladenschluß)	603
— Rechtsschutz	745 (A)	Frist	
Flaschenetikett bei Tafelwein	603	— Äußerungs-F. (Entscheidung vor Ablauf einer A.)	679 (A), 687
Flüchtlinge		— Bodenverkehrsgenehmigung	176
— Ausweisung	406	— Einschreibungs-F.	722
— Rechtsstellung	405, 406	— Fortsetzungsfeststellungsklage	667/699 (P)
Flughafen — Genehmigung	515 (A)	— Jagdscheinsperr-F.	101 (A)
Flugmodelle (Erlaubnis)	664, 666	— Klageänderung nach F.-Ablauf	495
Flurbereinigung		— F.-Setzung für Zwangsgeldandrohung	86
— Abfindung	48, 52	— F. Überschreitung für Urteilsabfassung	91, 502
— Aufsichtsvertretung	48, 50	— F.-Versäumung (W. i. v. S.)	46, 82, 94/125 (P)
— befangenes Vorstandsmitglied	51	— Widerspruchs-F.	94/124(P), 568, 691
— Berichtigungsersuchen	50	— Zweitantrag/Klage-F.	759
— Drittberechtigte	50	„Führerscheinentzug“	106 (A)
— Ermessen	51	Führungsstil, effektiver	481 (A), 510 (B)
— Planänderung	52, 54	Funkanlagen	213
— Richterausschließung	55	Funktionalreform	449 (A)
— Schätzwertfeststellung	47, 53	Funktionsfähigkeit	
— vorläufige Besitzeinweisung	46	— (Demokratisierung und F. der Verwaltung)	63 (B)
— Zusammenarbeit mit innerer Verwaltung	41 (A)	Fürsorgepflicht des Dienstherrn	
— Zuständigkeiten	46	— (Einsicht in Personalakten)	92
Föderalismus		<b>G</b>	
— auswärtige Verträge der Länder	127 (B)	Garage	
— Bund-Länder-Streitigkeiten	257 (A)	— Abstandsflächen	207, 562
— Bundes- u. Landesverfassungsgerichtsbarkeit	549 (A)	— Dachterrasse auf Grenz-G.	207
— die demokratische Alternative	159 (B)	— planungsrechtliche Würdigung	562
— Finanzhilfen des Bundes	366	Gartenbau	
— Gemeinschaftsaufgaben	737 (A)	— („Erwerbs-G.“ i. S. des Art. 83 BayBO)	115
— integraler F.	575 (B)	Gasölbetriebshilfe	690
— in der Schweiz	575 (B)	Gaststätte	
— Staatsangehörigkeit in den Ländern	716 (A)	— Bekanntmachungspflicht nach JSchÖ	504
Folgekosten		— Erlaubnis (Versagung)	118, 120
— F.-Vertrag	378	— Preisverzeichnis	117
— Versorgungsleitung	19, 463 (A)	— Prüfungsaufgabe	733/765 (P)
Folgenbeseitigung (Ablehnung eines Bauantrages)	94/124 (P)	— Sperrzeitregelung	452 (A), 464, 465
Folgeschäden einer Enteignung	157	Gebäude (eingeschossiges)	285
Fonds- und Investitionshilfekompetenz des Bundes	383 (B)	Gebäudeversicherungsmonopol	207
„Fordernkönnen“ nach Art. 125 AGBGB	155	Gebietsabgrenzungsabkommen (Versorgungsleitung)	18
Form		Gebietsreform	
— F., Aufbau und Inhalt von Schreiben etc.		— Flächennutzungsplan	440
— in der Verwaltung	191 (B)	— Kreissitzbestimmung	206
— Belehrung über F. des Widerspruchs	568, 691	— Neugliederung (Rechtsschutz)	705 (A)
— kommunale Gebietsänderungen	705 (A)	Gebühr, Gebühren	
— Unterschrift	444, 445	— Anschluß an Kanalisation	221/255 (P), 251, 276
— Verwaltungsvereinbarung über Bundes-Finanzhilfen	364	— Konkurrenz behördlicher Genehmigungen	204 (A)
Forschung (Grundrecht)	273		
Forst			
— Bayerisches Forstgesetz durch BayWaldG abgelöst	129 (A)		
— Rechtsnatur der F.-Rechte	570		

	Seite	Seite	
— Nachbarwiderspruch	495	Genehmigung	
— Prozeß-G. nach Klagerücknahme	732	— Bäcker-Arbeitszeit	478/510 (P)
— Rechtsanwalts-G.	199 (A)	— Bebauungsplan (G.-Verfahren)	500
— Verhandlungs-G.	93	— für Fernmeldeanlagen	213
— Widerspruchs-G.	57	— immissionsrechtliche	204 (A), 248
Gefahr (polizeiliche G.-Abwehr)	183, 684 (A)	— Kaserhaltungsrecht (Veräußerung)	570
„Gefährdungshaftung“		— Sachanträge-Niederschrift	414, 478
— Beschädigung von Straßen u. Wegen	562	— Unternehmer-G. mit planungsrechtlichem	
— für Pipelines	645 (A)	— Einschlag	515 (A)
Gefangener		— vormundschaftsgerichtliche (Staatsangehörigkeit)	150
— Grundrechtseinschränkungen	207	— Zweckentfremdung von Wohnraum	400
— Vergütung für Arbeit?	157	Generalklausel (Gewissensfreiheit)	97 (A)
Gegenvorstellung nach § 33 a StPO	679 (A), 687, 688	Gericht	
Geheimhaltung		— amtsgerichtliche Zweigstellen	178, 474
(Berücksichtigung zu Lasten von Rechtssuchenden?)	405	— „Behörde“ i. S. des § 47 VwGO?	475
Gehör, rechtliches		— Bindung an Ausweisungsverfügung	56
— Einstellung des Privatklageverfahrens	604	— Bindung an BayVerfGH-Entscheidungen	76 (A)
— Europäische Gemeinschaft	399 (A)	— Fristüberschreitung für Urteilsabfassung	91, 502
— Form der Unterschrift	445	— Geschäftsverteilungsplan	78 (A), 373
— Gegenvorstellung nach § 33 a StPO	679 (A), 687, 688	— G.-organisation	178
— Rechtsmittelbelehrung an Ausländer	46	— Zweigstellenverlegung	178
— Sicherungsverwahrung	143	Gerichtsvollzieher (Vollstreckung von	
— Verwaltungsverfahren	285	— öffentlich-rechtlichen Geldforderungen)	218
— Wiedereinsetzung i. v. S.	46, 82	Gesamtkommentar Öffentliches Dienstrecht	160 (B), 704 (B)
Gehweg		Geschäftsgrundlage und öffentliches Interesse	423 (A)
— Informationsstand	211	Geschäftsordnung des Landtags	431
— Räum- und Streupflicht	179	Geschäftsraum (II. WoBauG)	594
— Straßenausbaubeitrag	762	Geschäftsverteilung	
Gemeinde		— des Bayer. Verwaltungsgerichtshofs	78 (A)
— Abstimmung der Bauleitplanung	112	— Bestimmtheit	569
— Antragsbefugnis nach § 47 VwGO	178	— G.-Plan (Zuweisung von Geschäften)	373, 569
— Dienststellen (Schulen) i. S. des BayPVG	276	Geschoßflächenzahl (Kanalanschlußbeitrag)	251
— Einvernehmen zu Baugenehmigung	122	Gesetzgebungskompetenz der Länder	
— Entschädigungspflicht bei Versagung der		— Aufhebung von Landesrecht	294 (A)
Bodenverkehrsgenehmigung	599	— berufliche Bildung	448 (B)
— Erschließungspflicht	23, 314, 633	— Bund-Länder-Streitigkeiten	257 (A)
— Gebietsänderung	440	— Erlöschen von ö.-rechtlichen Ansprüchen	217
— Grundrechtsschutz	589	— Forstrecht	137 (A)
— Haftung für Abwasser	413	— Fremdenverkehrsabgabe	463
— Halteverbot im Ortskern	692	— Gebäudeversicherungsmonopole	207
— Hebesatz-Festsetzung	341, 370	— Haftung für öffentliches Eigentum	559
— Herstellung von Ortsstraßen	633	— Naturschutz	85
— Investitionshilfen des Bundes	364	— Vergnügungssteuer	111
— Klagerecht gegen Erlaubnis für Flugmodelle	664, 666	— Vollstreckung aus Verwaltungsakten	681 (A)
— Ortsdurchfahrten (Baulast)	313	„Gesetzlicher Richter“	569
— Polizeiverstaatlichung	589, 622	Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	
— Rechtshilfe für Sozialversicherungsträger	276	— Abschiebung von Ausländern	412
— Verfassungsbeschwerderecht	548 (A)	— EG-Recht	395 (A)
— Werbenutzungsverträge	671 (B)	— Versagungsakt	578 (A)
— Wohnungsvermittlung	628	Gestattungsrecht (ablehnender Bescheid)	577 (A)
— Zusage über Bebauungsplanaufstellung	378	Gesundheitsamt	
Gemeinderat		(Gutachten bei Verwahrungsantrag)	233 (A), 443
— Amtsverlust	341	Gesundheitsschutz durch Rauchverbot	10 (A), 31
— Ausschluß von Abstimmungen im G.	341, 754	Gewaltenteilung	
— Beschußwahlen	429 (A)	— Finanzkontrolle des Bundes	767 (B)
— Ersatzliste	751	— kommunale Neugliederung	708 (A)
— Grundsteuerhebesätze	341	— Verwerfungskompetenz der Exekutive	2 (A)
— Hausverbot	667/698 (P)	Gewaltverhältnis, allgemeines (Amtshaftung)	583 (A)
— als Parlament?	703 (B)	Gewaltverhältnis, besonderes	
— Rechtsnatur u. Verfahren bei G.-Beschuß	575 (B)	— innerdienstliche Weisung	490 (A)
— „Vetternwirtschaft“	751	— Schule	303
Gemeindliche Bauleitplanung	1 (A), 112, 605 (B), 744 (A)	Gewässer	
Gemeingebrauch	760	— Eigentum an G.	141 (A)
Gemeinschaftsaufgabe „Wirtschaftsstruktur“	737 (A)	— Einleiten von Schadstoffen	347
		— Ölunfall	38 (A)

	Seite		Seite
Gewerbe, Gewerbebetrieb		Grundvertragsurteil	523 (A)
— Bestandsschutz	249	Grünfläche (Übernahmeanspruch)	504
— Enteignung?	604/638 (P)	Gutachten	
— Frischwasserbezug	276	— zur beruflichen Bildung	448 (B)
— Gaststätenerlaubnis (Versagung)	118, 120	— verfassungsgerichtliche	549 (A)
— Immissionsschutz	248	— Vernehmung von Parteigutachtern	649 (A)
— Lärm	30/58 (P)	— Verwahrung	233 (A), 443
— Prüfungsaufgabe	30/58 (P), 158/189 (P), 604/638 (P)	Güterkraftverkehr (Kontingentierung)	144
Gewerbesteuer		Gymnasium	
— Hebesätze (Rückwirkung)	370	— Abend-G. (Ausbildungsförderung)	252
— Lohnsummensteuer	370	— als Dienststelle einer Gemeinde (BayPVG)	276
Gewissensfreiheit (Präsentation des Gewissens)	97 (A)		
Gleichartigkeit von Steuern (Art. 105 GG)	111		
Gleichbehandlungs-, Gleichheitssatz		<b>H</b>	
— Abgeordnetenentschädigung	12	Haft	
— Behinderte	650 (A), 656	— Abschiebungs-H.	56, 166 (A, B), 242, 411, 502
— Bemessung des Kanalanschlußbeitrags	251	— Straf-H. (Gefangenenvergütung?)	157
— Energieversorgungsleitung (Haftung)	646 (A)	— Vorbereitungs-H.	56
— Ersatzliste bei Gemeinderatswahlen	751		
— Europäische Gemeinschaft	397 (A)	Haftung	
— Fraktionsstatus einer Partei	431	— Abwasser einer Gemeinde	413
— Gemeinde	591, 693	— Anwendungsbereich der Amts-H.	581 (A)
— Hundesteuer	269	— AO 1977	543 (A)
— kommunale Wohnungsvermittlung	630	— Auskunft	694
— Kreissitzbestimmung	207	— Bauvorbescheid	599
— unterschiedliche Landesgesetze	560, 574	— Bundesbahn (Streupflicht)	179
— Richterwahl (Präsidium)	236	— „Einleiten“ von Schadstoffen in Gewässer	347
— und Sozialstaatlichkeit	164 (A)	— Energieversorgungsleitung	19, 462 (A), 645 (A)
— Sperrzeiten für Gaststätten	454 (A)	— Erschließungsbeitrag	27
— Staatsprüfung	30, 60, 572, 650 (A), 656	— Gefährdungs-H.	562, 645 (A)
— Verhältniswahlrecht	107	— Handlungs-H. des Störers	30/60 (P)
— Wahlrecht zum Personalrat	80	— öffentliches Eigentum (Beschädigung)	559
— Wiederholungsprüfung	345	— Schlachthof	156
„Gleichzubewertendes Amt“ (§ 130 BRRG)	759	— Staats-H. (Reform)	581 (A), 740 (A)
Gnadenakt	215	— Strafgefangenen-Vergütung	157
Graphit (Staatsvorbehalt)	493	— Verjährung bei Amts-H.	634
Graphologe	758	— Versagung gemeindlichen Einvernehmens	122
Grenzbau (Anbauen)	146, 147	— Zustands-H.	175
Grenzgarage	207, 562		
Grundbuch, Berichtigung (§ 79 FlurbG)	50	Halteverbot	116, 692
Gründe			
— Nachschieben von G.	15, 29, 94/126 (P)	Handlungsfreiheit	
— Urteils-G. (Fristüberschreitung)	91, 502	— Abwehrrecht gegen Umweltbeeinträchtigungen?	86
Grundgesetz-Kommentar	668 (B)	— Unterlassungsklage gegen kommunale	
Grundrecht(e)		— Wohnungsvermittlung	630
— auf Asyl	406	— „unternehmerische Freiheit“	604/637 (P)
— auf Ausbildung	385 (A)		
— Bindung der Exekutive an G.	1 (A)	Handlungstörer (Sicherheits-/Baurecht)	30/60 (P), 115
— Bindung Privater an G.	265 (A)		
— Europäische Gemeinschaft	353 (A), 360 (A),	Handwerk	
	396 (A), 480 (B)	— Friseur (Ladenschluß)	603
		— Kooperation von Selbstverwaltungseinrichtungen	225 (A)
		— Nebenbetrieb	213
— Gemeinde	589, 693		
— juristische Personen	83, 226 (A), 589	Handwerksrolle (Mitteilung über Eintragung/Lösung)	311
— auf Naturgenuss	72 (A), 76 (A), 83	Härte, unbillige (i. S. des § 135 BBauG)	280
— und Sozialstaatlichkeit	164 (A)		
— Strafgefangene	207, 301	Hauptfürsorgestelle (Zustimmung zu Kündigung	
Grundsteuer (Hebesatz-Festsetzung)	341	— nach SchwBeschG.)	187
Grundstück(e)			
— Eigenheim i. S. des II. WoBauG	252	Hauptsacheerledigung	
— Einbeziehung in Wasserschutzzone	28, 34 (A)	— Armenrechtsverfahren	440
— Erschließung	17	— Streitwert im Berufungsverfahren	572
— freiändiger Erwerb statt Enteignung	156	— Untätigkeitsklage	241, 632
— Grenzfestlegung	54	— Zweitbescheid	691
— Kaser	570		
— landwirtschaftliches	33 (A)	Haushalt	
— Übernahme (Grünfläche)	504	— Bayerisches Kommunales H.-Recht	607 (B)
— II. WoBauG	596	— Volksbegehren zum Staats-H.	201 (A), 389 (A),
— Zwangsbelastung	18, 19, 33 (A), 460 (A)		486 (A)
		Hauskläranlage	599
		Hausrecht der Bundesbahn	731
		Hausverbot	677/698 (P)
		Hebesatz-Festsetzung durch Gemeinde	341, 370
		Hecken im Außenbereich (Beseitigung)	114

	Seite		Seite
Heilpraktiker (Beihilfe)	691		J
Heilung von Zuständigkeitsmängeln	760	Jagdhütte im Außenbereich	115
Hilfeleistung eines Beamten bei Heimfahrt vom Dienst	442	Jagdschein	101 (A)
„Hilflosigkeitszuschlag“ (§ 138 BBG)	758	Joghurt (Bezeichnung)	732
Hilfsmittel für Blinde	187	Jugendamt (Kosten der Freiwilligen Erziehungshilfe)	276
Hinterlandbebauung	441	Jugendschutz (Bekanntmachungspflicht)	504
Hinterliegergrundstück (Erschließung)	17	Juristische Person (Grundrechtsträger?)	83, 226 (A), 589
Hobbyraum (beim Aufenthaltsraum)	630	Justitiabilität von Klagen in Gnadensachen	215
Hochschule		Justizvollzugsanstalt (Stellungnahme bei Sicherungsverwahrung)	143
— Hochschulrahmengesetz	289 (A)		
— Numerus clausus	255 (B)		
— Quereinstieg	723		
— Parkstudenten	722		
— Umorganisation	272		
Höchstzahlen (Festsetzung von H. im Güterkraftverkehr)	144		
Höchstzahlverfahren (d'Hondt)	107		
Höhergruppierung von Angestellten	759		
Holzhütte im Außenbereich (Rauminhalt)	654		
Homosexuelle Handlungen von Lehrern	691		
d'Hondt'sche Verhältnisrechnung	108		
Hundesteuer	269		
Hygieneschutz durch Rauchverbot	10 (A)		
	I		
Immissionsschutz			
— anhängige Verfahren	248		
— Baugenehmigung und immissionsrechtliche Genehmigung	204 (A)		
— Bestandsschutz	249		
— Flugmodelle	664, 666		
— Gewerbebetrieb (Lärm)	30/59 (P)		
— Schutzauflagen gegen Verkehrslärm	658, 661, 663, 664		
— Ziegelei	249		
Import			
— von Lebensmitteln	213		
— von Tafelwein (Etikett)	603		
Informationsstand einer Partei	211		
Inkompatibilität (Angestellte gemeindlicher Unternehmen)	341		
Innerdienstliche Weisung	490 (A), 719 (A)		
Innere Verwaltung (Zusammenarbeit mit Flurbereinigung)	41 (A)		
Innung (Kooperation)	226 (A)		
In-sich-Prozeß	733/766 (P)		
Interesse, öffentliches			
— Geschäftgrundlage und ö. I.	423 (A)		
— Krankenhausplanung	348		
— Vertreter des ö. I. in Baulandsachen	157		
— Verzicht auf Erschließungsbeitrag	280		
Inverkehrbringen von Lebensmitteln	213		
Investitionen			
— Finanzhilfen des Bundes	364, 737 (A)		
— Fonds- und I.-Hilfekompetenz des Bundes	383 (B)		
— I.-Zulagen	737 (A)		
Inzidentprüfungsrecht der Exekutive	1 (A)		
Iranische Staatsangehörige (Demonstrationsverbot während Kaiserbesuch)	183		
Italien (Import von Tafelwein)	603		
	J		
Jagdhütte im Außenbereich	115		
Jagdschein	101 (A)		
Joghurt (Bezeichnung)	732		
Jugendamt (Kosten der Freiwilligen Erziehungshilfe)	276		
Jugendschutz (Bekanntmachungspflicht)	504		
Juristische Person (Grundrechtsträger?)	83, 226 (A), 589		
Justitiabilität von Klagen in Gnadensachen	215		
Justizvollzugsanstalt (Stellungnahme bei Sicherungsverwahrung)	143		
	K		
Kabelfunk	530 (A)		
Kanal			
— K.-Deckel (Verkehrsgefährdung)	475		
— Mittelland-K. (Kreuzung)	375		
Kanalisation			
— Anschlußbeitrag	221/255 (P), 251, 276		
— Benutzungsgebühren	276, 277		
— Haftung der Gemeinde	413		
— Hauskläranlagen	599		
Karrieredeterminanten in der öffentlichen Verwaltung	224 (B)		
Käse (Emmentaler)	213		
Kaser (Forstrecht?)	570		
Käufer (Antrag auf Teilungsgenehmigung oder Negativattest)	470, 473		
Keller (Hobbyraum)	630		
Kfz. (Stellplätze, Abstellen)	437, 760		
Kiesgrube			
— Baugenehmigung	286/318 (P)		
— Gewässereigentum	141 (A)		
Kind			
— Ausweisung von Ausländern mit deutschem K.	185		
— Staatsangehörigkeitserwerb	150		
— Zündhölzer	732		
Kirche (Austrittserklärung)	466		
Klageänderung			
— von Feststellungs- auf Leistungsklage	478/510 (P)		
— nach Fristablauf	495		
— Rückzahlungsantrag?	566		
Klagebefugnis			
— Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung	239		
— Erlaubnis für Flugmodelle	664, 666		
— innerdienstliche Weisung	490 (A)		
— Teilungskäufer	470, 473		
Klagefrist			
— Anspruch auf Widerspruchsbescheid?	241		
— Fortsetzungsfeststellungsklage	667/699 (P)		
— Klageänderung	495		
— Wiedereinsetzung i. v. S. gegen Versäumung	29		
— Zweitantrag	759		
Klagerücknahme			
— Fiktion	478/509 (P)		
— Prozeßgebühr	732		
Klageschrift (durch Ehegatten)	759		
Kläranlage (Haftung)	413, 599		
Kleingarten (Kündigungsschutz)	657		
Koalitionsfreiheit (Handwerk)	227 (A)		
Kollegordnung (Ausschluß vom zweiten Bildungsweg)	302		
Kollision (Grundrechte in der EG)	353 (A), 360 (A)		

	Seite	Seite	
Kommentierungen zu Gesetzestexten (Staatsprüfung)	60	Ladung ehrenamtlicher Richter	121
Kommunalabgabenrecht	351 (B)	Lagerung von Öl	39 (A)
Kommunale Spitzenverbände	288 (B)	Landbeschaffungsgesetz (Besitzteinweisung)	690
Kommunale Wahlbeamte		Länder	
— Ausgleichszulage	655	— Abschluß auswärtiger Verträge	127 (B)
— „Gleichzubewertendes Amt“ (§ 130 BRRG)	759	— Bund-L.-Streitigkeiten	257 (A)
Kommunale Wohnungsvermittlung	628	— Finanzhilfen des Bundes	364, 737 (A)
Kommunales Haushaltsrecht	607 (B)	— Gesetzgebungskompetenzen	85, 111, 559, 681 (A), 737 (A)
Kommunalrecht	320 (B)	— Streitigkeit nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 4 GG	337
Kommunalverfassungsrecht (Rechtsschutz)	753	— Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur	737 (A)
Kommunalwissenschaft, Einführung	352 (B)	Landesplanung	
Kommunikationstechnische Entwicklungen	530 (A)	— landesplanerische Beurteilung	517 (A), 653
Konjunktur (Investitionshilfeprogramm des Bundes)	364, 737 (A)	— Raumordnung und L. in Bayern	62 (B)
Kontingentierung (Möbelfernverkehr)	144	Landesrecht (Aufhebung durch Bundesrecht?)	294 (A)
Kooperation handwerklicher Selbstverwaltungs-einrichtungen	225 (A)	Landesverfassungsgerichtsbarkeit (und Bundes-V.)	547 (A)
Koppelungsgeschäfte	238	Landesverordnung über die Verhütung von Bränden	732
Kosten		Landschaftsschutz (§ 35 BBauG)	90
— Anwaltskosten	379	Landtag, Bayerischer	
— K.-Aufhebung	636	— Franktionsstatus einer Partei	431
— Bahnhofsumbenennung	157	— Geschäftsordnung	431
— des Beigeladenen	286	— Rechtsstellung der Abgeordneten	361 (A)
— Beschädigung von öffentlichem Eigentum	559	Lärm	
— Brücke über Straße	375	— Flugmodelle	664, 666
— Erschließungs-K.	8 (A), 15, 16	— Gewerbebetrieb	30/58 (P), 250
— Freiwillige Erziehungshilfe	276	— Schutzauflagen gegen Verkehrs-L.	658, 661, 663, 664
— Hauptsaheerledigung	241, 632	— Verkehrs-L. als Enteignung?	37 (A)
— Öl-Unfall	41 (A)	Lava-Ausbeutung (Naturschutz)	759
— Privatklage (Einstellung)	604	Lebensmittel	
— Schulweg-K. (Freiheit)	201 (A), 389 (A), 486 (A)	— Buttermilch	732
— Straßen-K. (Beitrag)	16, 756, 760	— Einfuhr	213
— Streitgenossen	696	— Emmentaler-Käse	213
— Umlegungsverfahren	379	— Joghurt	732
— Verkündungstermin — Teilnahme	317	Lebensunterhalt	
— Verlegung einer Fernmeldelinie	285	— Ausbildungsvergütung	210
— Vermessungs-K. (Erschließungsaufwand)	759	— Hilfe zum L. nach BSHG	187
— vorzeitige Besitzteinweisung	379	Legislatives Unrecht	743 (A)
— Widerspruchsgebühr	57, 187, 495	Lehrauftrag (Bewerbungsakten)	759
Kostenentscheidung (Ergänzung)	286	Lehrer	
Kostenfestsetzungsverfahren (Streitwert im Widerspruchsverfahren)	187	— Bewertung mündlicher Schüler-Leistungen	691
Kostengesetz, Bayerisches (Aufhebung des Art. 24 durch Bundesgesetz)	294 (A)	— Homosexuelle Handlungen	691
Kostengesetze (Kommentar)	640 (B)	Lehrstuhl (Umorganisation)	272
Kostenspaltung (Erschließungsbeiträge)	8 (A), 15, 16, 281	Leistungsbescheid (Vollstreckung)	218
Kostenvorschuß	294 (A), 440, 478/509 (P)	Leistungsklage	
Kraftfahrzeug (Wracks, Stellplatz, Abstellen)	371, 437, 760	— innerdienstliche Weisung	719 (A)
Krankenhaus (Bedarfsplan)	348	— gegen kommunalverfassungsrechtliche Entscheidung	754
Kreisbaumeister (Zusagen in Bauangelegenheiten)	115	Leistungsprinzip	225 (A)
Kreistag (Ordnungsgeld gegen ehrenamtliches K.-Mitglied)	498	Lernmittelfreiheit (Volksbegehren)	201 (A), 389 (A), 486 (A)
Kreisverwaltung (Sitz)	205	Lichtreklame	439
Kreittmayr (Codex Maximilianeus)	734 (B)	„Lindauer Abkommen“	128 (B)
Kreuzung mit Bundeswasserstraße	375	Listenabgeordnete (Rechtsstellung)	361 (A)
Kriegsdienstverweigerung	97 (A)	Lohnsummensteuer	370
Kündigung		Lösung einer Eintragung in die Handwerksrolle	311
— von Kleingärten	657		
— eines Schwerbeschädigten	187	M	
		Märchenwald (Vergnügungssteuer)	177
Ladenschluß		Maunz, Theodor (75. Geburtstag)	513 (A)
— Friseurhandwerk	603	Mehrbedarf (Eigentumswohnung, II. WoBauG)	593
— Informationshefte für Sportveranstaltungen	376	Meinungsfreiheit	
		— kommunikationstechnische Entwicklungen	532 (A)
		— Strafgefängner	301
		Mengenangabe für Buttermilch	732

	Seite	Seite
<b>Menschenrechtskonvention</b>		
— Ausweisung von Ausländern	56, 89, 186, 503	
— deutsche Sprache	167 (A, B)	
— Unschuldsvermutung	88	
<b>Menschenwürde</b>		
— Naturgenuß	76 (A)	
— Versagung des rechtlichen Gehörs	679 (A)	
<b>Miete (Zustimmung der Ausgleichsbehörde)</b>	759	
<b>Milch</b>		
— Butter-M.	732	
— Joghurt	732	
<b>Minderheitenschutz (Fraktionsstatus)</b>	431	
<b>Minderjährige</b>		
— Aufsichtspflicht des Gaststätteninhabers?	118	
— Verfahrensfähigkeit bei Ausländern	168 (A, B)	
<b>Mischverwaltung (Verbot)</b>	367	
<b>Mißbrauch</b>		
— Ablehnung von Richtern	757	
— Asylantrag	403	
— von Handlungsformen bei Gemeinde- gebietsreform	707 (A)	
<b>Miteigentümer (Erschließungsbeitragsbescheid)</b>	27	
<b>Mitteilung (Eintrag/Löschtung in Handwerksrolle)</b>	311	
<b>Mittelandkanal (Kreuzungskosten)</b>	375	
<b>Mitverschulden (Aufhebung einer Baugenehmigung)</b>	252	
<b>Möbelfernverkehr</b>	144	
<b>Monopol (Gebäudeversicherungs-M.)</b>	207	
<b>Moskauer Vertrag</b>	522 (A)	
<b>Motorradhandel und -werkstätte</b>	213	
<b>Musikbox (Lärm)</b>	30/60 (P)	
<b>N</b>		
<b>Nachbar, Nachbarklage</b>		
— Anspruch auf behördliches Einschreiten	175	
— aufschiebende Wirkung einer N.-Klage	368	
— Brandmauer	175	
— enteignende Wirkung eines Bebauungsplan wegen Baumöglichkeit für N.	157	
— Immissionen eines Gewerbebetriebs	249	
— „Nachteil“ i. S. des § 47 VwGO	611 (A)	
— Sperrzeitregelung für Gaststätten	452 (A), 464, 465	
— Streitgenossen (Streitwert)	696	
— Vorbescheidsanfechtung	237	
— Widerspruch gegen Baugenehmigung	252, 495	
— Zusage über Baugenehmigung	759	
<b>Nachholung einer Zustimmung der höheren   Verwaltungsbehörde</b>	26	
<b>Nachschieben von Gründen</b>	15, 29, 94/126 (P)	
<b>Nachtlokal</b>		
— Schußwaffe für Inhaber?	345	
— Sperrzeitregelung	455 (A), 464, 465	
<b>„Näheres“ i. S. des Art. 104 a Abs. 4 GG</b>	364	
<b>Nahtstellen zwischen Bundes- und Landes-   verfassungsgerichtsbarkeit</b>	547 (A)	
<b>Nahverkehr (unentgeltliche Beförderung   Schwerbehinderter)</b>	187	
<b>Namensführung</b>	148	
<b>Naturgenuß, Grundrecht</b>	72 (A), 76 (A), 83	
<b>Naturschutz</b>		
— Festsetzung eines N.-Gebiets	759	
— Grundrecht auf Naturgenuß	72 (A), 76 (A), 83	
— Streitwert bei Verhinderung von Industrieansiedlung	666	
<b>O</b>		
<b>„Öffentliche Einrichtungen“ (Art. 5 KAG)</b>	760	
<b>„Öffentliche Sache“, öffentliches Eigentum“</b>	142 (A), 559, 731	
<b>Öffentliches Dienstrecht (Gesamtkommentar)</b>	160 (B), 704 (B)	
<b>Öffentliches Interesse</b>		
— Geschäftsgrundlage und ö. I.	423 (A)	
— Krankenhausplanung	348	
— Vertreter des ö. I. in Baulandsachen	157	
— Verzicht auf Erschließungsbeitrag	280	
<b>Öl</b>		
— Baugenehmigung/Erlaubnis für Lager	368	
— Unfall	38 (A)	
— Wasserverunreinigung	413	
<b>Opportunitätsprinzip</b>	684 (A)	
<b>Oppositionsfreiheit</b>	431	
<b>Orden</b>	324 (A)	

	Seite		Seite
Ordnungsgeld gegen Kreistagsmitglied	498	Plan, Planfeststellung, Planung	
Ordnungsmaßnahmen im Schulverhältnis	302	— Auflagen gegen Verkehrslärm	658, 661, 663
„Ordre public“ (politische Verträge)	525 (A)	— Entwicklungsplanung	65 (A)
Organisation		— Ergänzung	500
— Aufhebung gemeindlicher O.-Akte	756	— Flurbereinigungsplan	47, 51, 52, 54
— Führungsstil und O.	484 (A)	— Inzidentprüfung durch Exekutive	1 (A)
— Gerichte	178	— Krankenhaus-P.	348
— Hochschule	272, 293 (A)	— Landesplanung	62 (B)
— kommunale Neugliederung	706 (A)	— Rahmenplanung (Gemeinschaftsaufgabe)	739 (A)
— Polizei	589, 622, 641 (A)	— Rechtsschutz gegen (Bauleit-)Planung	725, 745 (A)
— Schulen	276	— Unternehmertenehmigung	515 (A)
— Verwaltung	417 (A)	— wasserrechtliche Planfeststellung	141 (A)
Organstreit(verfahren)		Planungshoheit der Gemeinde	113, 122, 378, 661, 664, 666, 693
— außenpolitische Akte	521 (A)	Politik, Staat und Verfassung der Bundesrepublik Deutschland	415 (B)
— Bundes- und Landesverfassungsgerichtsbarkeit	547 (A)	Polizei	
— um Fraktionsstatus einer Partei	431	— P.-Aufgabengesetz	223 (B)
Örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern	111	— Demonstrationsverbot	183
Ortsdurchfahrt		— P.-Organisationsgesetz	641 (A)
— Anbauverbot	311	— Rechtsschutz	684 (A)
— Baulast	313	— Unterbringung geisteskranker Personen	232 (A)
— Erschließungsfunktion	311	— Verstaatlichung	589, 622
Österreich		Popularklage	
— Anerkennung ö. Staatsbürger als Vertriebener?	727	— Allgemeine Dienstordnung	173
— Verwaltungsverfahrensgesetze	287 (B)	— Gemeinde (Selbstverwaltungsrecht)	589
Ostverträge	520 (A)	— Graphitgesetz (vorkonstitutionell)	493
Otto-Benecke-Stiftung (Tagung)	268 (A)	— Grundrecht auf Naturgenuss	74 (A)
<b>P</b>		— kommunale Gebietsreform	705 (A)
Panz, Dr. Wilhelm, †	78 (A)	— Kreisitzbestimmung	205
Parkplatz (Straßenausbaubeitrag)	762	— Normenkontrolle nach § 47 VwGO	612 (A)
Parkstudenten (§ 32 HRG)	722, 723	Post	
Parlament		— Fernmeldeanlagen	213
— Abgeordnetenentschädigung	12	— Fernmeldelinien-Verlegung	285
— Europäisches P.	415/447 (P)	— Nebentätigkeit von P.-Beamten	285
— Fraktionen	431	Präsidentenanklage (außenpolitischer Vertrag)	521 (A)
— Gemeinderat als P.?	703 (B)	Präsidium	
Partei, politische		— Geschäftsverteilungsplan des P. eines Gerichts	373
— Informationsstand	211	— Wahl eines P. eines Gerichts	121, 236
— kommunale Selbstverwaltung	702 (B)	Preisauszeichnung (Gaststätten)	117
— Organstreit vor BVerfG	260 (A)	Presse und Rundfunk	531 (A)
— Verhältniswahlrecht	107	Privatisierung öffentlicher Verwaltungstätigkeit	261 (A)
Parteigutachter (Vernehmung)	649 (A)	Privatklage, Einstellung	604
Passivlegitimation der Bundesbahn (Streupflichtverletzung)	179	Professor (Anspruch bei Umorganisation)	272
Persien (Niederlassungsabkommen)	185	Prostitution (Gaststätteneraubnis-Versagung)	118, 120
Personalakten (Einsicht)	92, 759	Protokoll	
Personalrat		— Sitzungs-P.	414, 477, 478
— Auflösung (Feststellungsklage)	284	— Unterbleiben von Partei- und Zeugenaussagen	477, 764
— eigene Dienststelle	276	Prozeßfähigkeit	
— Mittelbehörde/Unterbehörde	759	— Nichtigkeitsklage wegen fehlender P.	213
— Mitwirkung bei Höhergruppierung	759	— eines Rechtsanwalts	507
— Stimmabgabe (Zeugenaussage)	122	Prozeßgebühr (Klagerücknahme)	732
— Verhinderung	285	Prüfung	
— Wahlrecht (Dienststellenleiter)	80	— „Ausnahmefall“ für 2. Wiederholungs-P.	344
— Wahlvorschläge	121, 122	— Außen-P. (AO 1977)	543 (A)
— Zuständigkeit	759	— Behinderte	650 (A), 656
Personalversammlung (Mitglieder der Stufenvertretung)	284	— Chancengleichheit	30, 572, 650 (A)
Persönlichkeitsgrundrecht		— Rauchen	30
— Bestattungsbestimmung	310	— Rechtsreferendare	572
— Rauchen während der Prüfung	31	— Stichentscheid	308
Petition (Strafgefängner)	301	— verfassungsrechtliche Anforderungen	256 (B)
Pfändungs- und Überweisungsbeschuß	276	Prüfungspflicht des Gerichts bei Vorbereitungshaft	56
Pipeline (Gefährdungshaftung)	645 (A)	<b>Q</b>	
		„Quereinstieg“ von Parkstudenten	723

R	Seite	Seite	
Rahmenplanung	739 (A)	— kommunale Neugliederung	708 (A)
Rauchverbot	10 (A), 30	— Prozeßfähigkeit eines Anwalts	508
Raum, umbauter (Berechnung)	654	— Rechtsetzungsverfahren (VO)	604/636 (P)
Räum- und Streupflicht	179	— Rückwirkung von Beitragssatzungen	762
Raumordnung und Landesplanung in Bayern	62 (B)	— Sachzusammenhang der Verfahrensabschnitte	49
Realsteuerhebesätze	341, 370	— Schulverhältnis	303
Rechnungshof (Finanzkontrolle des Bundes)	767 (B)	— und Sozialstaatlichkeit	163 (A)
Rechtliches Gehör		— Verwaltungsverfahrensgesetz	322 (A)
— Einstellung des Privatklageverfahrens	604	— Wahlrecht zum Personalrat	80
— Europäische Gemeinschaft	399 (A)	— Werbeanlagenverordnung	439
— Form der Unterschrift	445		
— Gegenvorstellung nach § 33 StPO	679 (A), 687, 688	Rechtsstellung	
— Rechtsmittelbelehrung an Ausländer	46	— Abgeordnete	12, 361 (A)
— Sicherungsverwahrung	143	— Flüchtlinge	405, 406
— Verwaltungsverfahren	285		
— Wiedereinsetzung i. v. S.	46, 81	Rechtsweg	
Rechtsanwalt		— Abwehrrecht gegen Straßenausbau	157
— ausländische R.	195 (A)	— Aufnahme in Wählerverzeichnis	729
— Beschwerde gegen Streitwertfestsetzung	350	— Belehrungspflicht	171 (A)
— Einwilligung in Sprungrevision (ohne R.?)	157	— Entschädigung nach Art. 96 BayBO	497
— Gebühren	93	— Erschöpfung des R.	
— Protokollbeanstandung	414, 477, 478, 764	(Verfassungsbeschwerde)	44, 679 (A), 687
— Prozeßfähigkeit	507	— Europäische Gemeinschaft	399 (A)
— Rechtsanwaltschaft heute und morgen	193 (A)	— Freiheitsentziehung	166 (A, B)
— Rechtsverletzung nach § 3 BRAO	220	— Geschäftsverteilung durch Gerichtspräsidium	373
— Sorgfaltspflicht	29	— Gnadsachen	215
— mehrere Streitgenossen	696	— Hausverbot	667/698 (P)
— Umlegungsverfahren	379	— Kosten einer Bahnhofsumbenennung	157
— Unterschrift	444	— Sozial-R. (Rechtshilfe für Versicherungsträger)	276
— Verkündungstermin	317	— Staatsvertrag über Studienplatzvergabe	337
— Vollmachtwiderruf	220		
Rechtsbehelfs-, Rechtsmittelbelehrung	45, 88, 94/125 (P), 169 (A), 221/254 (P), 568, 691	Referendare, Chancengleichheit	30, 572
Rechtsberatungskosten (Umlegungsverfahren)	379	Referentenwahlen	429 (A)
Rechtshilfe (Gemeinde für Sozialversicherungsträger)	276	Reform	
Rechtskraft (Verbescheidungsurteil)	94/125 (P)	— berufliche Bildung	448 (B)
Rechtsmitteleinlegung (in Baulandsachen)	157	— Europäisches Parlament	415/447 (P)
Rechtsnachfolge(r), Störerhaftung	30/60 (P)	— Funktional-R.	449 (A)
Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zum Sonderopferbegriff	319 (B), 744 (A)	— Staatshaftungsrecht	581 (A), 740 (A)
Rechtsreferendare, Prüfung (Chancengleichheit)	30, 572	— Verwaltungs-R.	288 (B)
Rechtsschutz		Regionale Wirtschaftsstruktur	737 (A)
— gegen Bebauungsplan	725, 744 (A)	Reichsabgabenordnung (Kommentar)	574 (B)
— R.-Bedürfnis	221/255 (P), 241, 284, 350	Reklame (Licht-R.)	439
— Hochschulorganisation	272	Religionsfreiheit (Kirchenaustritt)	467
— kommunale Neugliederung	705 (A)	Reparaturwerkstätte	213
— gegen kommunalverfassungsrechtliche Entscheidungen	753	Republikflucht als Asylgrund	411
— gegen polizei- und ordnungsrechtliche Maßnahmen	684 (A)	Revision, Revisionsverfahren	
— Prozeßfähigkeit eines Anwalts	507	— Bindung an R.-Zulassung?	121
— gegen Vollstreckung aus Verwaltungsakten	680 (A)	— fehlende Gründe eines Urteils	91, 502
— vorbeugender R.	27, 71 (A), 86, 112, 272, 275, 747 (A)	— R.-Instanz als Tatsacheninstanz	32 (B)
— in Wahlrechtsangelegenheiten	271	— Nichtzulassungsbeschwerde	44
— innerdienstliche Weisung	490 (A), 719 (A)	— rechtliches Gehör (§ 33 a StPO)	679 (A), 688
Rechtsstaat, Rechtsstaatsprinzip		— Sprung-R.	157
— Abgeordnetenräten	12	— unterbliebene Protokollierung von Aussagen	477
— AO 1977 (Beratung/Auskunft)	543 (A)	— Zulassung	121, 216
— Ausbaubeträge für abgerechnete Maßnahmen?	762		
— Entstaatlichung	266 (A)	Richter	
— Europäische Gemeinschaft	395 (A)	— Ablehnung wegen Befangenheit	55, 346, 757
— faires Verfahren	46	— ehrenamtliche R.	121
— Finanzkontrolle	767 (B)	— Geschäftsverteilung	373, 569
— Fraktionsstatus einer Partei	431	— „gesetzlicher R.“	569
— Geheimhaltung von Vorgängen	406	— Unabhängigkeit	121, 143
— Inzidentprüfungsrecht der Exekutive	1 (A)	— Urteilsverkündung	216
		— Wahl des Präsidiums	121, 236
		Rückforderung	
		— bezahlter Gebühren	565
		— Verzinsung von R.-Ansprüchen	690
		— Wohngeld	187
		Rücknahme	
		— Baugenehmigung	286/319 (P), 497, 759
		— Bescheid	221/253 (P)
		— Bestellung von Sachverständigen	758
		— Wahlvorschlag	121
		— Widerspruch	220, 241, 495

	Seite		Seite
<b>Rückwirkung</b>		<b>Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden</b>	
— von Beitragssatzungen	25, 315, 760	— Antragsbefugnis nach § 47 VwGO	178
— Hebesatz-Festsetzung?	370	— Baugenehmigungserteilung	286/318 (P)
— einer Zustimmungserklärung?	26	— Halteverbot im Ortskern	692
<b>Ruhestandsbeamte</b>		— Klage gegen Erlaubnis für Flugmodelle	664, 666
— „Hilflosigkeitszuschlag“	758	— kommunale Neugliederung	712 (A)
— Unterhaltsbeitrag für Witwe	691	— Kreissitzbestimmung	205
<b>Rundfunk</b>	530 (A)	— Lärmschutz der Gemeindebürger	661, 664, 666
		— Polizeiverstaatlichung	589, 622
		— Popularklage	589
		— Realsteuerhebesätze	343
		— Verfassungsbeschwerde	548 (A)
<b>S</b>		<b>Sexualkundeunterricht</b>	274
<b>Sachanträge (Verlesung u. Genehmigung?)</b>	414	<b>Sicherungsverwahrung</b>	143
<b>Sachenrecht, öffentliches</b>	141 (A)	<b>Sitz der Kreisverwaltung</b>	205
<b>Sachverständige(r)</b>		<b>Sofortige Vollziehungsanordnung</b>	
— Bestellung (Rücknahme/Widerruf)	758	— Ausweisung von Ausländern	275
— Graphologe	758	— Begründung	690
— Vernehmung von Parteigutachtern	649 (A)	— Besitzeinweisung	690
— Zusagen des Kreisbaumeisters in Bauangelegenheiten	115	— Fahrerlaubnisentziehung	106 (A)
<b>Sackstraße (Einbahn-Regelung)</b>	115	— Freiheitsentziehung	242
<b>Sahnejoghurt (Bezeichnung)</b>	732	— Nichtigkeit	6 (A)
<b>Saldierung (Erschließungskosten)</b>	15	— Rechtsbehelfsbelehrung	169 (A)
<b>Sammleinbürgerung</b>	566	— Streitwert	276
<b>„Sammelstraße“ (Erschließungsbeiträge)</b>	281	<b>Sondernutzungserlaubnis</b>	
<b>Satzung, gemeindliche</b>		— Abstellen stillgelegter Fahrzeuge	760
— Erschließungsbeitrags-S.	245	— Informationsstände politischer Parteien	211
— „Rückwirkung“	25, 315, 760	<b>Sonderopferbegriff (BGH-Rechtsprechung)</b>	319 (B), 744 (A)
— Straßenkostenbeitrag	16, 760	<b>Sonderprogramm für Gebiete mit speziellen Strukturproblemen</b>	364
— Verkündung	25, 315, 760	<b>Sorgfaltspflicht eines Rechtsanwalts</b>	29
<b>Schadenersatz</b>		<b>Sozialgesetzbuch</b>	552 (A)
— „Einleiten“ von Schadstoffen in Gewässer	347	<b>Sozialhilfe</b>	
— Mitverschulden bei Aufhebung einer Baugenehmigung	252	— Bundes-S.-Gesetz	607 (B), 673 (A)
<b>Schädlingsbekämpfungsmittel (Lebensmittel)</b>	213	— Fernsehen	187
<b>Schätzung im Flurbereinigungsverfahren</b>	47, 53	— Schreibmaschine u. Tonband	187
<b>Schaukasten (Film)</b>	213	<b>Sozialrecht (Internationales und Europäisches)</b>	574 (B)
<b>Schaumlavaausbeutung (Naturschutz)</b>	759	<b>Sozialstaatsprinzip</b>	
<b>Schlachthof (Haftung)</b>	156	— AO 1977 (Beratung/Auskunft)	543 (A)
<b>Schreibmaschine für Blinde</b>	187	— Auslegung	161 (A)
<b>Schriftsachverständige</b>	758	— Entstaatlichung	267 (A)
<b>Schule</b>		<b>Sozialversicherungsträger (Rechtshilfe durch Gemeinde)</b>	276
— berufliche Bildung	448 (B)	<b>Sperrzeitregelung für Gaststätten</b>	452 (A), 464, 465
— Bewertung mündlicher Leistungen	691	<b>Spitzenverbände, kommunale</b>	288 (B)
— als Dienststelle der Gemeinde i. S. des BayPVG	276	<b>Sport (Verkauf von Informationsheften)</b>	376
— Grundrecht auf Ausbildung	385 (A)	<b>Sprungrevision</b>	157
— Ordnungsmaßnahmen	302	<b>Staats- und Verwaltungsrecht in Bayern</b>	31 (B)
— Sexualkunde-Unterricht	274	<b>Staatsangehörigkeit</b>	
<b>Schulwegkosten (Volksbegehren)</b>	201 (A), 389 (A), 486 (A)	— bayerische S.	714 (A)
<b>Schutzauflage nach § 17 FStrG</b>	658, 661, 663, 664	— Erwerb der deutschen S. (Kind)	150
<b>Schutzgesetz i. S. des § 823 BGB (LVVB)</b>	732	— Namensführung	148
<b>Schweiz (Föderalismus)</b>	575 (B)	— Österreicher (Vertriebene)	727
<b>Schwerbeschädigte</b>		— Ostverträge	526 (A)
— unentgeltliche Beförderung im Nahverkehr	187	— Status-Feststellung	566
— Kündigung des Arbeitsverhältnisses	187	<b>Staatsanwalt (Schußwaffe)</b>	153
<b>„Sekundarbereich“ im Bildungswesen</b>	448 (B)	<b>Staatshaftungsrecht (Reform)</b>	581 (A), 740 (A)
<b>Selbstverwaltung</b>		<b>Staatshaushalt, bayerischer</b>	201 (A), 389 (A), 486 (A)
— Handwerk	225 (A)	<b>Staatslehre</b>	669 (B)
— Parteien in der kommunalen S.	702 (B)	<b>Staatsprüfung, juristische</b>	
— richterliche	121	— Behinderte	650 (A), 656
		— Rauchen	30
		— Unterschleif	60
		<b>Staatsrechtslehrer-Tagung 1976</b>	684 (A)
		<b>Staatsregierung, Bayerische (Kreissitzbestimmung)</b>	205

	Seite	Seite
<b>Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen</b>		
— Hochschulrahmengesetz	289 (A)	
— Parkstudenten	722, 723	
— Verwaltungsrechtsweg	337	
<b>Staatsvorbehalt nach dem Graphitgesetz</b>	493	
<b>Städtebau</b>		
— Bodenwertabschöpfung	511 (B)	
— Entwicklungsplanung	65 (A)	
— S.-Förderungsgesetz	511 (B)	
<b>Standesamt (Kirchenaustrittserklärung)</b>	466	
<b>Standort (Unternehmernachahmung)</b>	515 (A)	
<b>Stationierungsschäden</b>	157	
<b>Stellplätze für Kraftfahrzeuge</b>	437	
<b>Steuer(n)</b>		
— Abgabenordnung	541 (A), 574 (B)	
— Abgeordnetenentschädigung	12	
— Aufrechnung mit S.-Forderung	158/190 (P)	
— S.-begünstigter Wohnraum (II. WoBauG)	593 ff.	
— S.-Bescheid (Streitgegenstand)	176, 480 (B)	
— Bestandskraft von S.-Bescheiden	545 (A)	
— auf Enteignungentschädigung	157	
— Fremdenverkehrsabgabe keine S.	463	
— Gewerbe-S.	370	
— Grund-S.	341	
— Hebesätze	341, 370	
— Hunde-S.	269	
— Kirchen-S.	466	
— Lohnsummen-S.	370	
— Prüfungsaufgabe	350/381 (P)	
— Vergnügungs-S.	111, 177	
<b>Stichentscheid bei Prüfung (Bindung an Vorzensuren?)</b>	308	
<b>Stillegung von Fahrzeugen (auf Straßen)</b>	760	
<b>Stimmkreiseinteilung</b>	107	
<b>Störer</b>		
— Handlungshaftung	30/60 (P), 115	
— Rechtsnachfolge	30/60 (P)	
<b>Strafbefehl</b>		
— an Ausländer	45	
— Fristversäumung (Wiedereinsetzung)	45, 82	
<b>Strafgefangener, Strafvollzug</b>		
— Grundrechtseinschränkungen	207, 301	
— Vergütung?	157	
<b>Straße(n)</b>		
— Abstellen stillgelegter Fahrzeuge	760	
— Ausbau	157, 756, 760	
— Beleuchtung	760	
— Bundeswasser-S.	375	
— als Erschließungsanlage	20, 336 (A)	
— Haftung bei Beschädigung	559	
— Halteverbot im Ortskern	692	
— Herstellung von Orts-S.	633	
— Kanaldeckel (Verkehrsgefährdung)	475	
— Ortsdurchfahrten	311	
— Räum- und Streupflichten	179	
— Sack-S. (Einbahn-Regelung)	115	
— Sammel-S. (Erschließungsbeiträge)	281	
— Schutzauflagen gegen Verkehrslärm	658, 661, 663, 664	
<b>Straßenkostenbeitrag</b>	16, 756, 760	
<b>Streitgegenstand</b>		
— der Anfechtungsklage	176, 480 (B)	
— bei Steuerbescheid	176, 480 (B)	
<b>Streitgenossen (Nachbarklage, Streitwert)</b>	696	
<b>Streitwert</b>		
— Aussetzungsverfahren nach § 80 Abs. 5 VwGO	276	
— Berufungsverfahren	572	
— Beschwerde gegen S.-Festsetzung	350	
— Festsetzung im Widerspruchsverfahren	187	
— Nachbarklage	696	
— Streitgenossen	696	
— Verhinderung von Industrieansiedlungen	666	
<b>Streupflicht der Bundesbahn</b>	179	
<b>Studienplätze</b>		
— Auslandsstudium	187	
— Hochschulrahmengesetz	289 (A)	
— Parkstudenten	722, 723	
— Staatsvertrag	337	
<b>Subordinationsrechtlicher Verwaltungsvertrag</b>	95 (B)	
<b>Subsidiarität</b>		
— der Amtshaftung	581 (A)	
— der Feststellungsklage	682 (A)	
— der Herstellungspflicht der Gemeinden gegenüber Erschließungsverträgen	633	
— der Staatshaftung	742 (A)	
— der Verfassungsbeschwerde	687	
— des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Bundes	323 (A)	
<b>Subventions-Rückzahlung (Zinsen)</b>	690	
<b>T</b>		
<b>Tafelwein (Etikett)</b>	603	
<b>TA-Lärm</b>	250	
<b>Tankstelle (Reparaturwerkstätte)</b>	213	
<b>Tatbestandsberichtigung</b>	764	
<b>Taxifahrer (Waffenschein)</b>	151	
<b>Teilbeträge bei Erschließungskosten</b>	8 (A), 15, 16, 21	
<b>Teilenteignung</b>	27	
<b>Teilnehmergemeinschaft (Flurbereinigung)</b>		
— Befangenheit	51	
— Vorstand (Befugnisse, Zuständigkeiten)	46, 51	
<b>Teilungserlaubnis (Art. 17 WaldG)</b>	617 (A)	
<b>Teilungsgenehmigung (§ 19 BBauG)</b>	470, 473	
<b>Territorialprinzip (Flurbereinigungsverfahren)</b>	46	
<b>Tiere (Verletzen/Töten)</b>	732	
<b>Todesstrafe (Abschiebung von Ausländern)</b>	502	
<b>Tonbandaufnahme von Gemeinderatssitzung</b>	667/700 (P)	
<b>Tonbandgerät für Blinde</b>	187	
<b>Töten von Tieren</b>	732	
<b>Trafostation</b>		
— Abstandsflächen?	285, 588 (A)	
— Kanalanschluszwang?	277	
<b>Trennungsgeld</b>	759	
<b>Treu und Glauben (Erschließungsbeitrag)</b>	278	
<b>Tuberkulosehilfe</b>	187	
<b>Türkei (Niederlassungsabkommen)</b>	186	
<b>U</b>		
<b>Überbau (Grundstück)</b>	54	
<b>Übernahme (Anspruch auf Ü. von Grünflächen)</b>	504	
<b>Übermaßverbot</b>		
— Abschiebung von Ausländern (Todesstrafe)	502	
— Fraktionsstatus einer Partei	431	
— Gewerbebetrieb (Erlaubnisuntersagung)	119	
<b>Überprüfungspflicht (Lebensmittelimport)</b>	213	

Seite	Seite		
„Umbauter Raum“ (Berechnung bei Holzhütte mit Vordach)	654	— verfassungskonforme Auslegung aufgrund V.	81
Umdeutung (Beschwerde gegen Streitwertfestsetzung)	350	— vor Verkündung einer Verordnung?	604/639 (P)
Umlegungsverfahren (Rechtsberatungskosten)	379	— in Wahlrechtsangelegenheiten?	271
Umsatzsteuer		Verfassungsgerichtshof, Bayerischer (Bindung der Gerichte an seine Entscheidungen)	76 (A)
— Enteignungsschädigung	157	Verfassungsgeschichte	669 (B)
— Gleichartigkeit mit Vergnügungssteuer?	111	Verfassungskonforme Auslegung	81, 89, 155, 523 (A)
Umzug (Kontingentierung im Güterkraftverkehr)	144	Verfassungsrechtliche Streitigkeit	337
Unabhängigkeit der Abgeordneten	362 (A)	Vergleich	
Unabhängigkeit der Richter		— über Bebauungsgenehmigung	246
— Blockwahlsystem	121	— Vollstreckung	621 (A)
— Verfassungsbeschwerde	143	— Widerspruchsgebühr	57
„Unbillige Härte“ i. S. des § 135 BBauG	280	Vergnügungssteuer	
Unerlaubte Handlung, Haftung (Bundesbahn)	179	— Landesgesetzgebungskompetenz	111
Unfall		— für Märchenwald	177
— Dienst-U. eines Beamten	442	Vergütung für Gefangenearbeit?	157
— Öl-U.	38 (A)	Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	
Universität (Umorganisation)	272	— Ausschluß vom zweiten Bildungsweg	304
Unschuldsvermutung (Art. 6 MRK)	88	— Ausweisung von Ausländern	56, 186
„Unsittlichkeit“ (§ 4 GastG)	118, 120	— Beseitigungsanordnung	564
Untätigkeitsklage (Hauptsacheerledigung)	241, 632	— Demonstrationsverbot	185
Unterbringung		— Fahrtenbuch	728
— Freiheitsentziehung und U.	165 (A, B)	— Gewerbebetrieb (Erlaubnisversagung)	119, 121
— durch Polizei	232 (A)	— Jagdschein (Versagung/Sperrfrist)	101 (A)
— vorläufige U.	443	— Unterschleif in Staatsprüfung	60
Unterhalt		— Zwangsbelastung von Grundstücken	19
— Armenrecht bei U.-Anspruch?	114	Verhältniswahlrecht	107
— U.-Beitrag für Witwe eines Ruhestandsbeamten	691	Verhinderung	
Unterlassung, Unterlassungsklage		— ehrenamtlicher Richter	121
— gegen kommunale Wohnungsvermittlung	628	— Personalratsmitglied	285
— vorbeugende U.-Klage	71 (A), 86, 112, 747 (A)	— des vorsitzenden Richters	569
Unternehmergenehmigung mit planungsrechtlichem Einschlag	515 (A)	Verjährung	
Unterschleif (jur. Staatsprüfung)	60	— Amtshaftungsanspruch	634
Unterschrift		— bundesrechtlicher Entschädigungsansprüche	155
— Berufung/Berufungsbegründung	444	— Erschließungsbeiträge	24, 104 (A), 235 (A)
— Verfassungsbeschwerde	445	— Erstattungsansprüche nach dem G	131
Untersuchungsgrundsatz (AO 1977)	542 (A)	— Ordnungsgeld gegen Kreisbürger	498
Urlaub, Abwesenheit wegen U. (Wiedereinsetzung i. v. S.)	82	Verkehr	
Urteil		— enteignungsrechtliche Bewertung	36 (A)
— Begründung	502	— V.-Gefährdung (Kanaldeckel)	475
— Fristüberschreitung für Abfassung des U.	91, 502	— Lärm	37 (A), 658, 661, 663, 664
— Verkündung	216	Verkehrssicherungspflicht	
▼		— Beleuchtung	763
Verbindung von Verfahren	18	— Staatshaftung	741 (A)
Vereinigungsfreiheit (Handwerk)	226 (A)	Verkehrswert (Minderung bei Miteigentümern)	27
Verfassung(en)		Verkehrszeichen	116
— Bayerische V. (30 Jahre)	714	Verkündung	
— nicht-kommunistischer Staaten Europas	224 (B)	— Ermächtigungsnorm und Verordnung	604/636 (P)
Verfassungsbeschwerde		— Termin (Auslagen)	317
— Ausländer	721	— Urteil	216
— Beschwer	604	Verlegung einer Fernmeldelinie	285
— Bundes- u. Landes-V.	548 (A)	Verlesung von Sachanträgen?	414, 478
— Denkmalsschutz	652	Vermittlung von Wohnungen	628
— gegen Einstellung des Privatklageverfahrens	604	Vernehmung von Parteigutachtern	649 (A)
— einer Gemeinde wegen Polizeiverstaatlichung?	589	Veröffentlichung von Beitragssatzungen	760
— gegen Gerichtsbeschuß über Sicherungsverwahrung	143	Verordnung	
— landesplanerische Beurteilung	653	— amtsgerichtliche Zweigstellen	474
— und politischer Vertrag	520 (A)	— Brandverhütung	732
— Rechtsverletzung (Art. 47 VfGHG)	143	— Ermächtigung	439, 453 (A), 474, 604/636 (P)
— Rechtswegerschöpfung	44, 679 (A), 687	— Kreissitzbestimmung durch VO	205
— Unterschrift	445	— Rechtsschutz gegen kommunale Neugliederung	
		— durch VO	705 (A)
		Verpflichtungsklage	
		— Auflagen	658, 661, 663
		— Zurücknahme einer Baugenehmigung	759
		— Zwischenurteil	691

	Seite	Seite
Versagungsakt	577 (A), 599	— Bestandskraft 545 (A)
Versammlungsfreiheit (Demonstrationsverbot für Ausländer)	184	— Bestimmtheit 372, 631, 632, 691, 729
Verschwiegenheitspflicht (Ordnungsgeld gegen Kreistagsmitglied)	498	— beurkundender V. 467
Versicherung		— Bindungswirkung 56, 88, 166 (A, B)
— Erstattungsanspruch nach G 131	217	— Dauerwirkung 30/59 (P), 103 (A)
— Gebäude-V. (Monopol)	207	— dienstliche Beurteilung kein VA 182
— Sozial-V.-Träger (Rechtshilfe)	276	— Einvernehmen der Gemeinde (§ 36 BBauG)? 122
Versorgungsleitung (Zwangsbelastung)	18, 19, 33 (A) 460 (A), 645 (A)	— Erschließungsvertrag (Durchsetzung durch V.?) 759
Verteidigerüberwachung	196 (A)	— Gebietsänderungen von Gemeinden 706 (A)
Verteidigungslasten (Zustellung von Behördenentschließungen)	157	— Gnadenakt 216
Verteilungsmaßstab (Erschließungs-/Straßenkostenbeiträge)	16, 27, 315	— Hausverbot 667/698 (P)
Vertrag		— innerdienstliche Weisung 490 (A), 719 (A)
— auswärtiger V.	127 (B), 520 (A)	— Kirchenaustrittsbescheinigung 467
— über Baulast an Ortsdurchfahrten	313	— Krankenhausbedarfsplan 348
— Erschließungsaufwand	282, 633, 759	— Mitteilung über Eintrag in Handwerksrolle 311
— Folgekosten-V.	378	— Nachschieben von Gründen 15, 94/126 (P)
— Grundvertrag	523 (A)	— Nichtigkeit 48, 238, 756
— und öffentliches Interesse	427 (A)	— Status-Feststellung nach RuStAG 566
— öffentlich-rechtlicher V.	324 (A)	— Verkehrszeichen 116
— Staats-V. über Studienplatzvergabe	337	— Versagensbescheid 577 (A)
— Straßensicherungs-V.	336 (A)	— Verwaltungsverfahrensgesetz 324 (A)
— Verfassungsbeschwerde und politischer V.	520 (A)	— Vollstreckung 86, 680 (A)
— Vergleichs-V. (Baurecht)	246	— Wiederholung eines Antrags auf Vornahme eines V. 759
— und Verwaltungsakt	759	— Zusage 246
— Verwaltungs-V.	95 (B)	— Zuständigkeit (örtliche) 726
— Werbenutzung-V.	671 (A)	— Zustellung 221/253 (P)
— zugunsten Dritter	645 (A)	— Zwangsgeldfestsetzung 248
Vertrauensschutz		Verwaltungsblätter, Bayerische
— Abschiebung von Ausländern	412	— Mitherausgeber Panz † 78 (A)
— Baugenehmigung (Aufhebung/Rücknahme)	252, 498, 759	— Verstärkung des Umfangs 10 (A)
— Berichtigung von Verwaltungsakten	545 (A)	Verwaltungsgerichtshof, Bayerischer
— Jagdschein-Sperrfrist	103 (A)	(Geschäftsverteilung) 78 (A)
— Vergleich über Bebauungsgenehmigung	246	Verwaltungsgerichtsordnung 575 (B), 670 (B)
Vertretung		Verwaltungslehre 447 (B), 535 (A)
— des Freistaates Bayern in Bonn	639 (B)	Verwaltungsprozeßrecht (Grundriß) 383 (B)
— Nichtigkeitsklage wegen mangelnder V.	213	Verwaltungsrecht
— der öffentlichen Interessen in Baulandsachen	157	— Allgemeines V. 191 (B)
Vertriebene (Österreicher)	727	— Staats- und V. in Bayern 31 (B)
Verwahrung		Verwaltungsreform und kommunale
— Antrag	231 (A), 443	Spitzenverbände 288 (B)
— Entlassung	167 (A, B)	Verwaltungsvereinbarung für Finanzhilfen des Bundes 364
— Sicherungs-V.	143	Verwaltungsverfahren
Verwaltung		— Bundesgesetz 321 (A)
— Auftrags-V.	64 (B)	— innerdienstliche Weisung 490 (A), 719 (A)
— „Demokratisierung“ und Funktionsfähigkeit	63 (B)	— österreichische V.-Gesetze 287 (B)
— Form, Aufbau und Inhalt von Schreiben, Bescheiden und Rechtsnormen	191 (B)	— rechtliches Gehör 285
— Führungsstil	481 (A), 510 (B)	— Zusammenlegungsverfahren 55
— Funktionalreform	449 (A)	Verwaltungswissenschaft 417/512 (A), 535 (A)
— Gesetzmäßigkeit der V.	395 (A), 578 (A)	Verweisung (Bindung an V.-Beschluß) 213
— Inzidentprüfungsrecht	1 (A)	Verwerfungskompetenz der Exekutive 1 (A)
— Karrieredeterminanten	224 (B)	Verwirkung
— Privatisierung	261 (A)	— Berufung auf Verfahrensmangel 477
— V.-Vertrag	95 (B)	— Vorausleistung auf Erschließungsbeitrag 278
— u. V.-wissenschaft	417/512 (A)	Verzicht auf Erschließungsbeitrag 280
— Zeitschrift für V.	703 (B)	Volksbegehren
Verwaltungsakt		— zum Staatshaushalt 201 (A), 389 (A), 486 (A)
— Abhängigmachen von Gegenleistung	238	— und Volksentscheid (Verbot des Art. 73 BV) 389 (A)
— beamtenrechtliche Maßnahmen	273	Volksbelustigung (Verkauf von Informationsheften) 376
— Bekanntgabe	94/124 (P)	Volksentscheid zum Staatshaushalt? 201, (A), 389 (A), 486 (A)
— Berichtigungsersuchen nach FlurbG?	50	Volksschule (Sexualkunde-Unterricht) 274
		„Volkszugehöriger, deutscher“ 566
		Vollmacht
		— Vorlage nach Fristablauf 478/509 (P)
		— Widerruf 220

	Seite	Seite
<b>Vollstreckung</b>		
— Anordnung im Zusammenhang mit Öl-Unfall	41 (A)	
— Beseitigungsanordnung	86, 115, 631, 691	
— öfflicher Geldforderungen durch Gerichtsvollzieher	218	
— Vergleich	621 (A)	
— aus Verwaltungsakten	86, 680 (A)	
— Zwangsgeldandrohung	86	
Vorausleistung auf Erschließungsbeitrag	24, 277, 278	282
<b>Vorbauten (Abstandsfläche)</b>	630	
<b>Vorbereitungsdienst (unterschiedlicher)</b>	572	
<b>Vorbereitungshaft</b>	56, 88	
<b>Vorbescheid</b>		
— Bebauungsgenehmigung	89, 246	
— Haftung	599	
— Nachbarklage	237	
<b>Vorbeugender Rechtsschutz</b>		
— Bauleitplanung	747 (A)	
— einstweilige Anordnung	112	
— Feststellungsklage	27	
— Hochschulumorganisation	272	
— Sexualkundeunterricht	274	
— Unterlassungsklage	71 (A), 86, 112	
<b>Vordach (Berechnung des umbauten Raums)</b>	654	
<b>Vorgärten (Kfz.-Stellplätze)</b>	437	
<b>Vorlageverfahren nach § 47 VwGO (neu)</b>	609 (A)	
<b>Vorstand der Teilnehmergemeinschaft (FlurbG)</b>		
— Befangenheit	51	
— Zuständigkeitsbereich	46	
<b>Vorteilsausgleich bei Enteignungsentschädigung</b>	475	
<b>Vorwirkungen eines Bauverbots</b>	154	
<b>Vorzeitige Besitzeinweisung</b>		
— Flurbereinigung	46	
— Landbeschaffungsgesetz	690	
— Rechtsberatungskosten	379	
— Richtermitwirkung (Vorverfahren)	55	
<b>W</b>		
<b>Waffe(n)</b>		
— Ausstellung eines W.-Scheins für Taxifahrer?	151	
— Pistole für Nachtlokalinhaber?	345	
— Schußwaffe für Staatsanwalt?	153	
<b>Wahl</b>		
— Ausländer (W.-Recht)	736 (B)	
— Beschuß-W. nach Art. 51 Abs. 3 GO	429 (A)	
— Bundes-W.-Gesetz	735 (B)	
— Europäisches Parlament	415/447 (P)	
— Gemeinderats-W. (Ersatzliste)	751	
— Listenabgeordnete/Direktwahl	361 (A)	
— Personalrats-W.	80, 121, 122	
— Richter-W.	121, 236	
— Verfassungsbeschwerde?	271	
— Verhältnis-W. in Bayern	107	
<b>Wählerverzeichnis</b>	729	
<b>Wahlfach-Examinatorium</b>	669 (B)	
<b>Wahlfreiheit und Wahlprüfung</b>	126 (B)	
<b>Wahlkampf (Informationsstand für politische Partei)</b>	211	
<b>Wahlprüfung</b>		
— Aufnahme in Wählerverzeichnis	729	
— Verfassungsbeschwerde neben W.?	271	
— Wahlfreiheit und W.	126 (B)	
<b>Wahlrecht</b>		
— Zum Deutschen Bundestag	735 (B)	
— zum Personalrat	80	
— Verfassungsbeschwerde?	271	
<b>Wahlvorschlag zum Personalrat (Zurücknahme)</b>	121	
<b>Wald</b>		
— Banwald	134 (A)	
— Bayerisches Waldgesetz	129 (A)	
— Bundeswaldgesetz	137 (A)	
— Teilungserlaubnis	617 (A)	
<b>Warschauer Vertrag</b>	522 (A)	
<b>Wasser, Gewässer</b>		
— Bundes-W.-Straßenausbau	375	
— Eigentum an Gewässern	141 (A)	
— Frischwasserbezug (Kanalbenutzungsgebühr)	276	
— Haftung für W.-Verunreinigung	413	
— Öl-Unfall	38 (A)	
— Schadensersatz bei „Unterlassen“	347	
<b>Wasserschutzzzone (enteignende Wirkung der Festsetzung)</b>	28, 34 (A)	
<b>Wein (Etikett bei Import)</b>	603	
<b>Weisung, innerdienstliche</b>	490 (A), 719 (A)	
<b>Werbeanlagen (Lichtreklame)</b>	439	
<b>Werbenutzungsverträge der Gemeinden</b>	671 (B)	
<b>Wesensgehalt von Grundrechten (Naturgenuss)</b>	83	
<b>Widerruf</b>		
— Baugenehmigung	286/319 (P), 564	
— Sachverständigen-Bestellung	758	
— Steuerbegünstigung nach II. WoBauG	595	
— Vollmacht	220	
<b>Widerspruch</b>		
— gegen Abgabenbescheid (Zustellung)	760	
— gegen Beanstandung durch Bürgermeister	733/765 (P)	
— durch Ehegatten	759	
— erstmalige Beschwer durch Zurücknahme des W.	495	
— Feststellungsklage nach § 113 VwGO	667/699 (P)	
— Form (Belehrung)	568, 691	
— Frist	94/124 (P), 568	
— Gebühr (Erstattung?)	57	
— Nachbar-W.	252	
— Untätigkeitsklage	241	
— Zurücknahme	220, 241	
— Zweitentscheid nach Vorlegung des W.	691	
<b>Widerspruchsbescheid, -verfahren</b>		
— Anspruch auf Erlaß eines W. B.?	241	
— aufschiebende Wirkung der Klage	176	
— erstmalige Beschwer	495	
— Streitwertfestsetzung	187	
— Wiedereinsetzung gegen Versäumung der Klagefrist	29	
<b>Widerstandsrecht (Art. 20 GG)</b>	158/190 (P)	
„Wiederaufbau“ von Wohnraum	598	
<b>Wiedereinsetzung in den vorigen Stand</b>		
— Form der Rechtsbeihilfsbelehrung	568	
— Nachschieben von Gründen?	29	
— Rechtsmittelbelehrung an Ausländer	46	
— Urlaubsabwesenheit	82	
— Vorverfahren	94/125 (P), 568	
<b>Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung</b>		
— bei nichtiger Anordnung der sofortigen Vollziehung		
— Beseitigungsanordnung gegen Handlungstörer	6 (A)	
— Klagebefugnis	115	
— Nachbarklage	239	
<b>Wiederholung eines Antrags auf Erlaß eines VA (Klagefrist)</b>	368	

	Seite		Seite
<b>Wiederholungsprüfung</b>	344	<b>Zusage</b>	
Willkürverbot		— neue AO 1977	544 (A)
— Fraktionsstatus einer Partei	431	— Bebauungsgenehmigung	246
— Gebietsreform	207	— Bebauungsplan-Aufstellung	378
— Gemeinde	591	— Kreisbaumeister	115
— Vereinigungsfreiheit im Handwerk	226 (A)	— an Nachbarn über Baugenehmigung	759
Winterdienst (Räum- und Streupflicht)	179	— öffentliches Interesse	428 (A)
„Wirtschaftsfreiheit“ aus Art. 2 GG	604/637 (P)	<b>Zusammenarbeit</b>	
Wirtschaftsstruktur, regionale	737 (A)	(innere Verwaltung/Flurbereinigung)	41 (A)
Wissenschaftsfreiheit (Hochschulorganisation)	272	<b>Zusammenlegungsverfahren</b>	55
Witwe (Unterhaltsbeitrag)	691	<b>Zuschlag („Hilflosigkeits-Z.“)</b>	758
Wochenendhaus		<b>Zuständigkeit</b>	
(Steuerbegünstigung nach II. WoBauG)	595, 598	— Allzuständigkeit der Bezirke (für Behindertenhilfe)	673 (A)
Wohngeld (Berichtigung fehlerhafte Bescheide)	187	— Bürgermeister/Gemeinderat	667/700 (P)
Wohnraum, Wohnung		— Freiheitsentziehung	166 (A, B)
— Abbruch (Zweckentfremdungsgenehmigung?)	400	— Funktionalreform	449 (A)
— kommunale Wohnungsvermittlung	628	— Genehmigung zum Erwerb der Staatsangehörigkeit	150
— Nutzungsuntersagung	402	— Gnadsachen	215
— Polizeiverstaatlichung	622	— instanzielle Unzuständigkeit	213
— Schutz gegen Verkehrslärm	658	— örtliche	726
— Trennungsgeld	759	— Personalrat (Mittel-/Unterbehörde)	759
— i. S. des II. WoBauG	592, 594, 596, 598	— Schußwaffe für Staatsanwalt	153
		— Überschreitung der Z. (Amtspflichtverletzung)	123
		— Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur	737 (A)
		— Vorstand der Teilnehmergemeinschaft nach FlurbG	46
		— Zusagen in Bauangelegenheiten	115
<b>Z</b>		<b>Zustandshaftung (Grundstückseigentümer)</b>	175
Zeitpunkt (maßgebender Z. für Sachentscheidung)	30/59 (P), 183	<b>Zustellung</b>	
Zeitschrift für Verwaltung	703 (B)	— Abgabenbescheid	760
„Zentraler Ort“ nach dem Landesentwicklungsprogramm	178	— Beitragsbescheid an Erbengemeinschaft	756
Zeugenvernehmung		— Bodenverkehrsbescheid an Notar	689
— Parteidokument	649 (A)	— Klage (mit Aktenanforderung)	732
— Protokollierung	477, 764	— Leistungsbescheid	218
— über Stimmabgabe bei Personalratswahl	122	— Mangel (Heilung)	760
Zeugnisverweigerungsrecht (Fahrtenbuch)	728	— von Verwaltungsakten	221/253 (P)
Ziegelei (Immissionsschutz)	249	— Verteidigungslastenbehörden	157
Zinsen		— Zurückstellungsbescheid	94/124 (P)
— Anfechtung von Gebührenbescheiden	565	<b>Zustimmung</b>	
— Höhe bei ö.-rechtlichem Rückzahlungsanspruch	690	— zum Ausbau einer Erschließungsanlage	26
— Vorteilsausgleich bei Enteignungsschädigung	475	— der Ausgleichsbehörde zu Mietzinsfestsetzung	759
Zollbeamter (Amtspflichten)	157	— der Bundesregierung zu auswärtigen Verträgen	
Zufahrt zu Grundstücken	17	— der Länder	127 (B)
Zulage		— zur Kündigung eines Schwerbeschädigten	187
— Ausgleichs-Z. nach KWBG	655	— aller Länder zu Verwaltungsvereinbarung	
— Investitions-Z.	737 (A)	— nach Art. 104 a GG	366
Zulassung		— der Landesparlamente zu Staatsverträgen	339
— Zur Benutzung eines kommunalen Schlachthofs	156	— zu Lohnsummensteuer	370
— Parkstudenten	722, 723	— zu Ostverträgen (Verfassungsbeschwerde)	522 (A)
— der Revision	216	<b>Zuverlässigkeit für Gewerbebetrieb</b>	118, 120
— Studienplatzvergabe	187, 290 (A)	<b>Zwangsgeld</b>	
Zündhölzer (Kinder)	732	— Androhung	86, 632
Zurücknahme		— zur Beseitigung mehrerer Bauwerke	632
— einer Baugenehmigung	286/319 (P), 497, 759	— Festsetzung	248
— eines Bescheides	221/253 (P)	<b>Zweckentfremdung von Wohnraum</b>	400
— der Bestellung von Sachverständigen	758	<b>Zweigstelle, amtsgerichtliche</b>	178, 474
— eines Wahlvorschlags?	121	<b>Zweiradreparaturwerkstätte</b>	213
— eines Widerspruchs	220, 241, 495	<b>Zweitantrag</b>	
Zurückstellungsbescheid (§ 15 BBauG)	94/124 (P)	— Ablehnung von Richtern im Z.-Verfahren	757
		— Klagefrist (§ 76 VwGO)	759
		<b>Zweitbescheid (nach Widerspruchs-Vorlage)</b>	691
		<b>Zweiter Bildungsweg (Ausschluß)</b>	302
		<b>Zweithaus (keine Steuerbegünstigung)</b>	594
		<b>Zweiwochenfrist für Urteilsabfassung</b>	91, 502
		<b>Zwischenurteil</b>	691

## VII. Systematisches Verzeichnis

**E** = Entscheidungen

**B** = Buchbesprechung

**P** = Juristische Prüfungsaufgaben

Fettdruck der Seitenzahlen = Abhandlungen und sonstige Beiträge

### 1. Allgemeines (insbesondere Tagungen)

Verstärkung des Umfangs der Bayerischen Verwaltungsblätter — **10.** Gesundheits- oder Hygieneschutz durch Rauchverbot? — **10.** Ministerialdirigent a. D. Dr. Wilhelm Panz† — **78.** Geschäftsverteilung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs für die Zeit vom 1. 1. 1976 bis 31. 12. 1976 — **78.** Die Rechtsanwaltschaft heute und morgen — **193.** Privatisierung öffentlicher Verwaltungstätigkeit — **261.** Grenzfragen des innerdeutschen Asylrechts (Bericht über die Tagung der Otto-Benecke-Stiftung in Bonn) — **268.** Entwicklung und Bedeutung der Orden und Ehrenzeichen — **324.** Verwaltung und Verwaltungswissenschaft — **417, 512.** Geschäftsgrundlage und öffentliches Interesse — **423.** Effektiver Führungsstil in unserer Zeit — **481.** Zum 75. Geburtstag von Theodor Maunz — **513.** Gedanken zur Stellung des Beamten im modernen Staat — **528.** Bemerkungen zu Begriff, Aufgaben und Methode der Verwaltungslehre — **535.** Staatsrechtslehrer-Tagung 1976 — **684.** Reform des Staatshaf- tungsrechts? — **740.**

**B** „Demokratisierung“ und Funktionsfähigkeit der Verwaltung (von Oertzen als Hrsg.) — **63.** Karrieredeterminanten in der öffentlichen Verwaltung — Hierarchiebedingte Arbeitsanforderungen und Beförderungspraxis im höheren Dienst (Pippke) — **224.** Die kommunalen Spitzenverbände (Geißelmann) — **288.** Einführung in die Kommunalwissenschaft (Pagenkopf) — **352.** Verwaltungslehre (Maurach/Behrendt/Knöpfle/Thieme) — **447.** Führungskonzepte für die öffentliche Verwaltung (Böhret/Junkers) — **510.** Die weißblaue Botschaft (Schmid) — **639.** Der Umgang mit Computern (Geiger/Schneider) — **639.** Wahlfach-Examinatorium (WEX) 7: Staatslehre — Verfassungsgeschichte (Maurach/Behrendt/Maunz als Hrsg.) — **669.** Zeitschrift für Verwaltung (Rill als Hrsg.) — **703.** Was früher in Bayern alles Recht war (Eberle) — **734.**

**P** Aufgabe 8 — Wahlfachgruppe 5 — der ersten jur. Staatsprüfung 1973 /II — **415, 447.**

### 2. Staats- und Verfassungsrecht

#### 2.1 In- und ausländisches Staatsrecht (Allgemeines, einschließlich Rechtsgeschichte, Staatsphilosophie), Staatslehre

Der Bannwaldbegriff des Waldgesetzes für Bayern — **134.** Entwicklung und Bedeutung der Orden und Ehrenzeichen — **324.** Verfassungsbeschwerde und politischer Vertrag — **520.** Gedanken zur Stellung des Beamten im modernen Staat — **528.** Nahtstellen zwischen Bundes- und Landesverfassungsgerichtsbarkeit — **547.** Staatsrechtslehrer-Tagung 1976 — **684.** Ein Staat ohne Staatsangehörige — **714.** Reform des Staatshaf- tungsrechts? — **740.**

**E** Verfassungsmäßige Voraussetzungen und Justitiabilität der Festlegung des Fraktionsstatus' in der Landtagsgeschäftsordnung — **431.** Zur Überprüfung vorkonstitutionellen Rechts (Art. 2 GraphitG; Art. 153 WV) im Popularklageverfahren — **493.**

**B** Staats- und Verwaltungsrecht in Bayern (Mang/Maunz/Mayer/Obermayer) — **31.** Die Zustimmung der Bundesregierung zu Verträgen der Bundesländer mit auswärtigen Staaten gemäß Art. 32 Abs. 3 GG (Seidel) — **127.** Föderalismus — Die demokratische Alternative (Hahn) — **159.** Die Verfassungen der nicht-kommunistischen Staaten Euro-

pas (Mayer/Tasch) — **224.** Politik, Staat und Verfassung der Bundesrepublik Deutschland (Dollinger) — **415.** Die Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik (Gleich) — **416.** Föderalismus in der Schweiz (Neidhart) — **575.** Der integrale Föderalismus — Föderalismus als Gesellschaftslehre (Hahn/Kinsky/Fuchs u. a.) — **575.** Die weißblaue Botschaft (Schmid) — **639.** Wahlfach-Examination (WEX) 7: Staatslehre — Verfassungsgeschichte (Maurach/Behrendt/Maunz als Hrsg.) — **669.** Gemeinderat als Parlament? (Wurzel) — **703.** Zeitschrift für Verwaltung (Rill als Hrsg.) — **703.** Was früher in Bayern alles Recht war (Eberle) — **734.** Die staatsrechtliche Stellung der Finanzkontrolle des Bundes (Tiemann) — **767.**

**P** Aufgabe 8 — Wahlfachgruppe 5 — der ersten jur. Staatsprüfung 1973 /II — **415, 447.**

#### 2.2 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

##### 2.2.1 Grundrechte (Art. 1 bis 13 und 15 bis 19)

Gesundheits- und Hygieneschutz durch Rauchverbot? — **10.** Wesen und Bedeutung der städtebaulichen Entwicklungsplanung — **65.** Das Grundrecht auf Naturgenuß im Widerstreit der Meinungen — **72.** Die Präsentation des Gewissens — **97.** Zur Auslegung des Sozialstaatsprinzips — **161.** Rechtsbehelfsbelehrungspflicht bei Anordnung der sofortigen Vollziehung? — **169.** Leistungsprinzip und Kooperation handwerklicher Selbstverwaltungseinrichtungen — **225.** Privatisierung öffentlicher Verwaltungstätigkeit — **261.** Das Grundrechtsproblem als Kollisionsproblem im europäischen Gemeinschaftsrecht — **353.** Bundesverfassungsgericht zu Grundrechten und Europarecht — **360.** Die Rechtsstaatlichkeit der europäischen Gemeinschaftsordnung — **395.** Die Sperrzeitregelung im Gaststättenrecht — **452.** Verfassungsrechtliche Aspekte neuer kommunikationstechnischer Entwicklungen — **530.** Der ablehnende Bescheid im Gestaltungsrecht — **577.** Gefährdungshaftung für Pipelines aus Vertrag zugunsten Dritter? — **645.** Die Rechtsstellung Behinderter im Prüfungsverfahren — **650.** Aspekte des Rechtsschutzes bei der kommunalen Neugliederung in Bayern — **705.**

**E** Die Steuerfreiheit der Abgeordneten-Diäten verstößt gegen Art. 3 — **12.** Verbot der Beeinträchtigung nichtrauchender Prüfungsteilnehmer durch Raucher (Art. 3, 12) — **30.** Verletzung des Art. 19 Abs. 4 bei Verweigerung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (Urlaubsabwesenheit bei Strafbefehlszustellung) — **81.** Festsetzung von Höchstzahlen für Fahrzeuge im Möbelfernverkehr verstößt gegen Art. 12 — **144.** Bedeutung des Art. 6 bei der Ausweisung von Ausländern — **185.** Zulässigkeit von Eingriffen in die Grundrechte von Strafgefangenen — **207.** Zur gerichtlichen Nachprüfung von Gnadenentscheidungen (Art. 19 Abs. 4) — **215.** Beschränkung der Gestaltungsfreiheit des Landesgesetzgebers bei der Regelung des Wahlverfahrens zu den Richtervertretungen durch Art. 3 — **236.** Bedeutung des Art. 3 bei der Bemessung von Kanalanschlußbeiträgen nach der Geschoßflächenzahl — **251.** Zum vorläufigen Rechtsschutz eines Hochschullehrers gegen die Umorganisation von wissenschaftlichen Einrichtungen aus Art. 5 — **272.** Keine einstweilige Anordnung aus Art. 6, 7 gegen Sexualkundeunterricht — **274.** Zur Vereinbarkeit von Ordnungsmaßnahmen im Rahmen von Schulverhältnissen ohne gesetzliche Grundlage mit Art. 12 — **302.** Justitiabilität von Geschäftsverteilungsplänen (Art. 19) — **373.** Begünstigte Asylgewährung an Antragsteller mit gesicherter Eingliederung in die deutschen Lebensverhältnisse (Art. 16) — **405.** Inhaltliche Bedeutungen und Begrenzungen des Grundrechts auf Asyl ge-

mäß Art. 16 — 406. Notwendigkeit der Prozeßfähigkeit eines Anwalts mit Art. 12 vereinbar — 507. Zum Grundsatz der Chancengleichheit bei gleichzeitiger Prüfung von Rechtsreferendaren mit unterschiedlichen Vorbereitungsdienstzeiten (Art. 3) — 572. Zur Verletzung von Grundrechten durch kommunale Wohnungsvermittlung — 628. Klagericht einer Gemeinde gegen die Erlaubnis für Flugmodelle wegen Verletzung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts (Art. 28, 142) — 664. Aussetzung der Rückwirkung der „Parkstudium-Klausel“ des § 32 HRG; Verlängerung der Einschreibungsfrist — 722. Einrücken von Parkstudenten in freiwerdende Studienplätze höherer Semester (Art. 3, 12) — 723. Einstweilige Anordnung im Normenkontrollverfahren nach § 47 VwGO? (Art. 19 Abs. 4) — 725.

- B** Die deutsche Hochschule zwischen Numerus clausus und Akademikerarbeitslosigkeit (Lohmar/Ortner als Hrsg) — 255. Verfassungsrechtliche Anforderungen an die Ausgestaltung staatlicher Prüfungen (Pietzker) — 256. Der Grundrechtsschutz in den Europäischen Gemeinschaften aus deutscher Sicht (Fuß) — 480.
- P** Aufgabe 7 der ersten jur. Staatsprüfung 1973/II — 158, 189. Aufgabe 6 der ersten jur. Staatsprüfung 1974/I — 604, 636. Aufgabe 10 der zweiten jur. Staatsprüfung 1971/I, II. Abtlg. — 667, 698.

## 2.2.2 Art. 20 bis 146 GG, Allgemeines

Inzidente Prüfung und Verwerfung von Normen im Range unter dem Gesetz durch die Exekutive? — 1. Der Bannwaldbegriff des Waldgesetzes für Bayern — 134. Zur Auslegung des Sozialstaatsprinzips — 161. Fragen aus dem Recht der „Freiheitsentziehung und Unterbringung“ — 165. Die Bund-Länder-Streitigkeiten nach dem Grundgesetz und dem Bundesverfassungsgerichtsgesetz — 257. Förmliche Aufhebung von Landesrecht durch den Bundesgesetzgeber? — 294. Das Verwaltungsverfahrensgesetz — 321. Das Grundrechtsproblem als Kollisionsproblem im europäischen Gemeinschaftsrecht — 353. Bundesverfassungsgericht zu Grundrechten und Europarecht — 360. Unterschiede in der Rechtsstellung der direkt gewählten Abgeordneten und der Listenabgeordneten im Bundestag und Bayerischen Landtag? — 361. Verfassungsbeschwerde und politischer Vertrag — 520. Nahtstellen zwischen Bundes- und Landesverfassungsgerichtsbarkeit — 547. Gefährdungshaftung für Pipelines aus Vertrag zugunsten Dritter? — 645. Verfassungsbeschwerde und Erschöpfung des Rechtswegs durch Gegenvorstellung — 679. Rechtsschutz gegen die Vollstreckung aus Verwaltungsakten — 680. Aspekte des Rechtsschutzes bei der kommunalen Neugliederung in Bayern — 705. Ein Staat ohne Staatsangehörige — 714. Die verfassungsrechtliche Verantwortung der Länder für die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur — 737. Reform des Staatshaftungsrechts? — 740.

- E** Verfassungsrechtliche Anforderungen an die Alimentation der Abgeordneten (Art. 20, 38, 48) — 12. Verletzung des Art. 103 Abs. 1 bei Verweigerung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand für Ausländer, dem Strafbefehl in deutscher Sprache zugestellt wurde — 45. Verletzung des Art. 103 Abs. 1 bei Planänderungen im Flurbereinigungsverfahren — 52. Verstoß gegen Art. 103 Abs. 1 bei Verweigerung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen Urlaubsabwesenheit — 81. Zur Kompetenz des Landesgesetzgebers, jedermann ein Recht auf Schutz der Natur einzuräumen (Art. 75 Nr. 3) — 83. Vereinbarkeit der landesrechtlichen Vergnügungssteuer mit Art. 105 Abs. 2a — 111. Aus Art. 74 Nr. 11 läßt sich die Verfassungsmäßigkeit landesrechtlicher Gebäudeversicherungsmonopole herleiten — 207. Anspruch einer politischen Partei (Art. 21) auf Aufstellen von Informationsständen — 211. Keine analoge Anwendung des Art. 38 auf Wahlen zu Richtervertreten — 236. Umfang des rechtlichen Gehörs (Art. 103 Abs. 1) im Verwaltungsverfahren — 285. Keine Zuständigkeit des BVerfG

nach Art. 93 zur Auslegung des Staatsvertrages über die Vergabe von Studienplätzen — 337. Erforderlichkeit zustimmungsbedürftiger Bundesgesetze oder von Verwaltungsvereinbarungen für die Konkretisierung von Finanzierungshilfen des Bundes gemäß 104a Abs. 4 — 364. Fremdenverkehrsabgabe ist keine „Steuer“ i. S. des Art. 105 — 463. Zur Form von Kirchenaustrittserklärungen (Art. 140) — 466. Fortgelzung des Graphitgesetzes als Landesrecht (Art. 125) — 493. Drohende Todesstrafe kein absolutes Hindernis für Abschiebungshaft (Art. 102) — 502. Gesetzgebungs kompetenz der Länder für den Erlass von Vorschriften über „öffentliche Eigentum“ und die Haftung für dessen Beschädigung (Art. 74) — 559. Verfassungsbeschwerde einer Gemeinde gegen die Polizeiverstaatlichung (Art. 28) — 589. Vorlage nach Art. 100 wegen Verfassungswidrigkeit der kleingartenrechtlichen Kündigungsvorschriften — 657. Zum Anspruch auf rechtliches Gehör (Art. 103 Abs. 1) bei der nachträglichen Anhörung nach § 33a StPO — 687, 688. Keine Verletzung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinde nach Art. 28 durch Anordnung eines Halteverbots im Ortskern — 692. Kein Verfassungsbeschwerderecht zum BayVerfGH von Ausländern (Art. 33, 116) — 721. Zum Rechtsschutz (Art. 19 Abs. 4) gegen communalverfassungsrechtliche Entscheidungen — 753.

- B** „Demokratisierung“ und Funktionsfähigkeit der Verwaltung (von Oertzen als Hrsg.) — 63. Die Bundesaufsicht (Haun) — 64. Die Bundesauftragsverwaltung als Verwaltungsform (Wolst) — 64. Die Zustimmung der Bundesregierung zu Verträgen der Bundesländer mit auswärtigen Staaten gemäß Art. 32 Abs. 3 GG (Seidel) — 127. Fonds- und Investitions hilfekompetenz des Bundes (Müller-Volbehr) — 383. Verfassungsrechtliche Probleme einer Reform des Systems zur Finanzierung der beruflichen Bildung (Friauf) — 448. Die Abgrenzung der Gesetzgebungskompetenzen im Bereich der beruflichen Bildung unter besonderer Berücksichtigung des Fernunterrichts und berufsbezogener schulischer Bildungsgänge (Friauf) — 448. Verfassungsrechtliche Probleme der Neuordnung des Bildungswesens im Sekundarbereich (Friauf) — 448. Der Grundrechtsschutz in den Europäischen Gemeinschaften aus deutscher Sicht (Fuß) — 480. Grundgesetz-Kommentar (Maunz/Dürig/Herzog) — 668. Parteien in der kommunalen Selbstverwaltung (Trachternach) — 702.

- P** Aufgabe 6 der ersten jur. Staatsprüfung 1974/I — 604, 636.

## 2.3 Gesetz über das Bundesverfassungsgericht

Inzidente Prüfung und Verwerfung von Normen im Range unter dem Gesetz durch die Exekutive? — 1. Die Bindung der Gerichte an Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs — 76. Die Bund-Länder-Streitigkeiten nach dem Grundgesetz und dem Bundesverfassungsgerichtsgesetz — 257. Die Rechtsstaatlichkeit der europäischen Gemeinschaftsrechtsordnung — 395. Verfassungsbeschwerde und politischer Vertrag — 520. Nahtstellen zwischen Bundes- und Landesverfassungsgerichtsbarkeit — 547. Verfassungsbeschwerde und Erschöpfung des Rechtswegs durch Gegenvorstellung — 679.

- E** Zur Bindungswirkung von BVerfG-Entscheidungen nach § 31 bei „verfassungskonformer Auslegung“ von Gesetzen — 81. Zur Bindungswirkung der BVerfG-Entscheidung über die Nachprüfbarkeit von Gnadenakten (§§ 15, 31) — 215. Keine Zuständigkeit des BVerfG nach §§ 71 ff. zur Auslegung des Staatsvertrags über die Vergabe von Studienplätzen — 337. Zur Bindungswirkung von BVerfG-Entscheidungen (§ 31) — 400. Subsidiarität der Verfassungsbeschwerde ist verfassungsrechtlich verankert; zur Rechtswegerschöpfung nach § 90 — 687, 688. Verlängerung von Einschreibungsfristen für „Park-Studenten“ gemäß § 35 — 722.

- P** Aufgabe 6 der ersten jur. Staatsprüfung 1974/I — 604, 636.

## 2.4 Verfassung des Freistaates Bayern (ohne Art. 159)

Das Grundrecht auf Naturgenuss im Widerstreit der Meinungen — 72. Die Bindung der Gerichte an Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs — 76. Das Waldgesetz in Bayern — 129. Der bayerische Staatshaushalt im Spannungsfeld zwischen mittelbarer und unmittelbarer Demokratie — 201. Unterschiede in der Rechtsstellung der direkt gewählten Abgeordneten und der Listenabgeordneten im Bundestag und Bayerischen Landtag? — 361. Das Grundrecht auf Ausbildung gemäß Art. 128 Abs. 1 der Bayerischen Verfassung — 385. Volksbegehren und Volksentscheid im Verhältnis zum Verbot des Art. 73 BV — 389. Volksgesetzgebung und Staatshaushalt — 486. Nahtstellen zwischen Bundes- und Landesverfassungsgerichtsbarkeit — 547. Zur Rechtsstellung Behinderter im Prüfungsverfahren — 650. Ein Staat ohne Staatsangehörige — 714.

- E** Verbot der Beeinträchtigung nichtrauchender Prüfungsteilnehmer durch Raucher (Art. 94, 101, 118) — 30. Aktives Wahlrecht des Dienststellenleiters bei Personalratswahlen mit Art. 118 vereinbar — 80. Juristischen Personen steht das Grundrecht auf Naturgenuss nach Art. 141 nicht zu; Art. 141 gewährt kein Abwehrrecht gegen rechtswidrige Veränderungen der Natur — 83. Zur Ermittlung der Stimmergebnisse bei Landtagswahlen (Art. 7, 14, 118) — 107. Keine subjektiven verfassungsmäßigen Rechte aus Art. 84, 85; zur Verletzung des Rechts auf Gehör (Art. 91) im Verfahren wegen Entlassung aus der Sicherungsverwahrung — 143. Keine Popularklage gegen Allgemeine Dienstordnung (Art. 98) — 173. Popularklage einer Gemeinde gegen die Bestimmung des Sitzes einer Kreisverwaltung (Art. 11, 98) — 205. Verfassungsmäßigkeit der Hundesteuer (Art. 118, 123) — 269. Keine einstweilige Anordnung gegen Sexualkundeunterricht (Art. 126, 131, 135) — 274. Zur Zulässigkeit von Eingriffen in die Grundrechte von Strafgefangenen — 301. Verfassungsmäßige Voraussetzungen und Justitiabilität der Festlegung des Fraktionsstatus' in der Landtagsgeschäftsordnung — 431. Zur Unterzeichnung von Verfassungsbeschwerden und sonstigen Schriftsätzen (Art. 91, 118) — 445. Kein Eigentümerschutz aus Art. 103 gegen vorkonstitutionelle Beeinträchtigungen (Graphitgesetz) — 493. Zur Chancengleichheit bei der zweiten jur. Staatsprüfung (Art. 118) — 572. Zur Klagebefugnis einer Gemeinde gegen Polizeiverstaatlichung sowie zur Verfassungsmäßigkeit derselben (Art. 11, 12, 98) — 589, 622. Kein subjektives Recht einzelner Bürger aus Art. 141 auf Denkmalschutz — 652. Unzulässigkeit einer Verfassungsbeschwerde gegen eine landesplanerische Beurteilung (Art. 120, 141) — 653. Kein Verfassungsbeschwerderecht von Ausländern ohne dauerhafte Beziehung zum bayerischen Staatsgebiet — 721. Verfassungsmäßigkeit der Ersatzleute-Regelung des Art. 26 GWG bei der Verhinderung von Gemeinderatsmitgliedern nach Art. 31 GO (Art. 14, 38, 118) — 751.
- B** Staats- und Verwaltungsrecht in Bayern (Mang/Maunz/Mayer/Obermayer) — 31.

## 2.5 Bayerisches Gesetz über den Verfassungsgerichtshof

Die Bindung der Gerichte an Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs — 76. Nahtstellen zwischen Bundes- und Landesverfassungsgerichtsbarkeit — 547.

- E** Nichtzulassungsbeschwerde als Voraussetzung für Rechtswegerschöpfung (Art. 47 VfGHG) — 44. Keine Verfassungsbeschwerde wegen angeblicher Verletzung der Art. 84, 85 BV — 143. Keine Popularklage gegen Allgemeine Dienstordnung (Art. 53 VfGHG) — 173. Popularklage gegen Verordnung zur Bestimmung der Sitze der Kreisverwaltungen — 205. Keine Verfassungsbeschwerde gegen Entscheidungen in Wahlrechtsangelegenheiten — 271.

Organstreit über Verfassungsmäßigkeit des § 7 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag (Fraktionsstatus) — 431. Notwendigkeit und Form der Unterschrift unter eine Verfassungsbeschwerde (Art. 46, 47 VfGHG) — 445. Verfassungsbeschwerderecht einer Gemeinde gegen die Polizeiverstaatlichung — 589. Verfassungsbeschwerde gegen Einstellung des Privatklageverfahrens — 604. Kein Verfassungsbeschwerderecht von Ausländern ohne dauerhafte Beziehung zum bayerischen Staatsgebiet — 721.

## 3. Europa- und Völkerrecht (einschließlich Menschenrechtskonvention)

Fragen aus dem Recht der „Freiheitsentziehung und Unterbringung“ — 165. Die Rechtsanwaltschaft heute und morgen — 193. Das Grundrechtsproblem als Kollisionsproblem im europäischen Gemeinschaftsrecht — 353. Bundesverfassungsgericht zu Grundrechten und Europarecht — 360. Die Rechtsstaatlichkeit der europäischen Gemeinschaftsordnung — 395.

- E** Mündliche Bekanntmachung der Anordnung der Abschiebungshaft an Ausländer reicht aus, um dem Schutzweck des Art. 5 Abs. 2 MRK Rechnung zu tragen — 56. Bedeutung der Unschuldsvermutung des Art. 6 Abs. 2 MRK bei der Ausweisung von Ausländern — 88. Unzulässigkeit der Ausweisung von EG-Ausländern aus generalpräventiven Gründen — 154. Keine Vergütung für Strafgefangenearbeit aufgrund des Internationalen Abkommens vom 28. 6. 1930 — 157. Bedeutung des Art. 8 MRK bei der Ausweisung von Ausländern mit Familie — 185. Versagung der Aufenthaltserlaubnis auch für EG-Angehörige wegen Erwerbsunzucht — 209. Zur Bedeutung des Art. 34 des Genfer Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1951 — 405. Drohende Todesstrafe kein absolutes Hindernis für Abschiebungshaft (Art. 3, 25 MRK) — 502.
- B** Der Grundrechtsschutz in den Europäischen Gemeinschaften aus deutscher Sicht (Fuß) — 480. Internationales und Europäisches Sozialrecht (Zacher) — 574.
- P** Aufgabe 8 — Wahlfachgruppe 5 — der ersten jur. Staatsprüfung 1973 /II — 415, 447.

## 4. Kirchenrecht

- E** Unzulässigkeit staatlicher Kirchenaustrittserklärungen mit Vorbehalten hinsichtlich des innerkirchlichen Bereichs — 466.

## 5. Wahlrecht (ohne kommunales Wahlrecht), Recht der Abgeordneten und Parteien

Unterschiede in der Rechtsstellung der direkt gewählten Abgeordneten und der Listenabgeordneten im Bundestag und Bayerischen Landtag? — 361.

- E** Verfassungsrechtliche Anforderungen an die Alimentation von Abgeordneten — 12. Zur Verfassungsmäßigkeit der Ermittlung der Stimmenergebnisse nach Wahlkreisen und nach dem d'Hondt'schen Verfahren bei Landtagswahlen — 107. Anspruch einer politischen Partei auf Aufstellen von Informationsständen — 211. Keine Verfassungsbeschwerde gegen Entscheidungen in Wahlrechtsangelegenheiten — 271. Zulässigkeit des Verwaltungsrechtswegs für die Feststellung der Wahlberechtigung zum Deutschen Bundestag (§ 49 BWG) — 729.

- B** Wahlfreiheit und Wahlprüfung (von Heyl) — 126. Parteien in der kommunalen Selbstverwaltung (Trachternach) — 702. Bundeswahlgesetz mit Bundeswahlordnung (Feneberg/Simader) — 735. Handbuch des Wahlrechts zum Deutschen Bundestag (Schreiber) — 735. Wahlrecht für Ausländer (Birkenheier) — 736.

## 6. Staatsangehörigkeits-, Vertriebenen-, Ausländer- und Asylrecht

Fragen aus dem Recht der „Freiheitsentziehung und Unterbringung“ — **165.** Grenzfragen des innerdeutschen Asylrechts — 268.

- E** Mündliche Mitteilung der Anordnung der Abschiebungshaft an Ausländer ist ausreichend — 56. Bedeutung des Prinzips der Vermutung der Unschuld bei der Ausweisung von Ausländern nach § 10 Abs. 1 Nr. 11 AuslG — 88. Maßgeblichkeit des Rechts der Staates, dessen Staatsangehörigkeit der Namensträger besitzt, für die Berechtigung zum Führen eines (Adels-)Namens — 148. Unzulässigkeit der Ausweisung von EG-Ausländern aus Gründen der Generalprävention — 154. Vorbeugende polizeiliche Gefahrenabwehr gegenüber Ausländern nach § 6 Abs. 2 und § 7 Abs. 4 AuslG — 183. Zur Ausweisung von Ausländern mit Familie — 185. Versagung der Aufenthaltserlaubnis auch für EG-Ausländer wegen Erwerbsunzucht — 209. Zur sofortigen Wirksamkeit der Anordnung von Abschiebungshaft für Ausländer — 242. Zur Rückerlangung des vorläufigen Aufenthaltsrechts eines ausgewiesenen und ausgereisten Ausländer durch Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung seiner Klage — 275. Unbeachtlichkeit eines nur zur Verzögerung der Ausweisung gestellten Asylantrags — 403. Begünstigte Asylgewährung an Antragsteller mit gesicherter Eingliederung in die deutschen Lebensverhältnisse — 405. Inhaltliche Bedeutung und Begrenzungen des Grundrechts auf Asyl — 406. Keine Versagung der Anerkennung als Asylberechtigter wegen Vorliegens eines Abschiebungssachverhalts — 410. Drohende Bestrafung wegen Republikflucht als asylbegründende politische Verfolgung — 411. Unzulässigkeit der Abschiebung eines in Vorbereitungshaft befindlichen Ausländers durch Ausländerbehörde — 411. Ausweisung eines Ausländers auch dann, wenn er dadurch seine privatrechtlichen Verpflichtungen nicht erfüllen kann — 438. Drohende Todesstrafe im Abschiebungsland kein unbedingtes Hindernis für Abschiebungshaft — 502. Gerichtliche Zuständigkeit für verbindliche Entscheidung über Statusfragen; zum Begriff „deutscher Volkszugehöriger“ als Voraussetzung für die Anerkennung einer Sammeleinbürgerung nach § 1 StARegG — 566. Kein Verfassungsbeschwerderecht für Ausländer ohne dauerhafte Beziehung zum bayerischen Staatsgebiet — 721. Keine Anerkennung österreichischer Staatsangehöriger als Vertriebene (§§ 1, 6 BVFG) — 727.

- B** Wahlrecht für Ausländer (Birkenheier) — 736.

## 7. Recht des öffentlichen Dienstes

### 7.1 Allgemeines, Beamtenrechtsrahmengesetz, Bundesbeamten gesetz, Soldatenrecht

Gedanken zur Stellung des Beamten im modernen Staat — **528.**

- E** Umfang des Rechts des Beamten auf Einsicht in seine Personalakten — 92. Zur Verjährung von Erstattungsansprüchen des Versicherungsträgers nach G 131 § 72 Abs. 11 — 217. Zum beamtenrechtlichen Unfallschutz bei Unterbrechung

der Heimfahrt vom Dienst wegen Hilfeleistung an andere Verkehrsteilnehmer — 442. Nur Kürzung, keine Versagung des Unterhaltsbeitrags der Witwe bei Tod eines Ruhestandsbeamten, der mit 85 Jahren eine 40 Jahre jüngere Frau geheiratet hat (§ 125 BBG) — 691. Zur Gewährung eines „Hilflosigkeitszuschlags“ für Ruhestandsbeamte (§ 138 BBG) — 758. Anforderungen an ein „gleichzubewertendes Amt“ i. S. des § 130 BRRG bei kommunalen Wahlbeamten — 759. Einsicht in Bewerbungsakten durch Bewerber um Lehrauftrag (§ 39 BRRG) — 759.

- B** Gesamtkommentar Öffentliches Dienstrecht. Band III: Besoldungsrecht des Bundes und der Länder (Fürst/Schinkel) — 160. Karrieredeterminanten in der öffentlichen Verwaltung — Hierarchiebedingte Arbeitsanforderungen und Beförderungspraxis im höheren Dienst (Pippke) — 224. Gesamtkommentar Öffentliches Dienstrecht. Band IV: Recht der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst (Arndt/Baumgärtel; Fürst als Hrsg.) — 704.

### 7.2 Bayerisches Beamtenrecht (einschließlich JAPO und BayBFHG)

Zur Rechtsstellung Behinderter im Prüfungsverfahren — **650.**

- E** Rauchverbot bei juristischer Staatsprüfung (§ 43 JAPO) — 30. Kommentierung von Gesetzesresten als Unterschleif i. S. des § 31 JAPO — 60. Zur Rechtsnatur der Allgemeinen Dienstordnung — 173. Dienstliche Beurteilung eines Beamten ist kein Verwaltungsakt — 182. Keine Bindung des Stichtentscheidpräfektur an den Rahmen der Vorzensionen (§ 22 JAPO) — 308. Zur gemeinsamen Prüfung von Rechtsreferendaren mit unterschiedlichen Vorbereitungsdienstzeiten (§§ 35, 43 JAPO) — 572. Prüfungsvergünstigung durch Arbeitszeitverlängerung wegen Augenleidens im schriftlichen Teil der juristischen Staatsprüfung (§ 62 JAPO, § 34 APO) — 656.

### 7.3 Besoldungsrecht (einschließlich Beihilferecht)

- E** Ablieferung der Vergütung für Postbediensteten aus Nebentätigkeit bei einem anderen öffentlichen Dienstherrn (§ 64 BBG) — 285. Zur Aufzehrung von Ausgleichszulagen nach Art. 143, 144 KWBG durch Gehalterhöhungen — 655. Zur Beihilfefähigkeit von Aufwendungen für einen Heilpraktiker (Nr. 3, 4 BhV) — 691. Zur Gewährung eines „Hilflosigkeitszuschlags“ (§ 138 BBG) für Ruhestandsbeamten — 758. Ablehnung einer als vorläufig anerkannten Wohnung führt nicht zu Wegfall des Trennungsgeldes — 759. Anforderungen an ein „gleichzubewertendes Amt“ nach § 130 BRRG bei kommunalen Wahlbeamten — 759. Personalratsmitwirkung bei Höhergruppierung eines Angestellten — 759.

- B** Besoldungsrecht des Bundes und der Länder (Clemens/Millack/Engelking/Lantermann/Henkel) — 95, 768. Gesamtkommentar öffentliches Dienstrecht. Band III: Besoldungsrecht des Bundes und der Länder (Fürst/Schinkel) — 160.

### 7.4 Disziplinarrecht

- E** Anforderungen an die rechtswirksame Einleitung eines förmlichen Disziplinarverfahrens — 178. Disziplinarrechtliche Natur der Ordnungsgelder gegen Kreisräte wegen Verletzung der Verschwiegenheitspflicht — 498. Homosexuelle Handlungen, die als Dienstvergehen zu werten sind, erfordern auch bei einem Lehrer nicht schlechthin die Entfernung aus dem Dienst (Art. 6 BayDO) — 691.

## 7.5 Richterrecht

- E Anforderungen an die Ausgestaltung der Richterwahl — 121. Verhinderung ehrenamtlicher Richter — 121. Grundsätze für die Wahlen zu den Präsidialräten der Gerichte — 236. Zur Klage eines Richters gegen einen Geschäftsverteilungsplan (§§ 26, 78 DRiG) — 373. Zur Unbestimmtheit eines gerichtlichen Geschäftsverteilungsplans — 569.

## 7.6 Personalvertretungsrecht

- E Verfassungsmäßigkeit des aktiven Wahlrechts des Dienststellenleiters — 80. Zur Zurücknahme von Wahlvorschlägen — 121. Keine Zeugenernehmung oder eidesstattliche Versicherung über Stimmabgabe — 122. Zur Personalratswahl im eigenständigen Teil der Dienststelle „Gemeinde“ (Art. 6 BayPVG) — 276. Prozessuale Behandlung von Auflösungsanträgen nach Ablauf der Amtszeit des Personalrates; keine Zuziehung von Mitgliedern der Stufenvertretung zur Personalversammlung (§ 28 PersVG) — 284. Zeitweilige Verhinderung von Personalratsmitgliedern (§ 37 PersVG) — 285. Zur Mitwirkung des Personalrats bei der Höhergruppierung von Angestellten — 759. Beteiligung des Personalrats der Mittelbehörde bei Dienstpostenvergabe an Bewerber einer nachgeordneten Dienststelle (§ 82 PersVG) — 759.

# 8. Allgemeine Verwaltung und Allgemeines Verwaltungsrecht

## 8.1 Allgemeine Verwaltung, Staatsorganisation, Staats- und Verwaltungsvereinfachung, Gebietsreform

Gesundheits- und Hygieneschutz durch Rauchverbot? — 10. Koordinierung der Zusammenarbeit von innerer Verwaltung und Flurbereinigung — 41. Privatisierung öffentlicher Verwaltungstätigkeit — 261. Verwaltung und Verwaltungswissenschaft — 417, 512. Der Stand der Funktionalreform in Bayern — 449. Effektiver Führungsstil in unserer Zeit — 481. Bemerkungen zu Begriff, Aufgaben und Methode der Verwaltungslehre — 535. Aspekte des Rechtsschutzes bei der kommunalen Neugliederung in Bayern — 705.

- E Popularklage gegen Bestimmung des Sitzes der Kreisverwaltung — 205. Zum vorläufigen Rechtsschutz eines Hochschullehrers gegen die Umorganisation wissenschaftlicher Einrichtungen — 272. Weitergeltung von Flächennutzungsplänen bei kommunalen Gebietsänderungen — 440. Zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Zusammenlegung amtsgerichtlicher Zweigstellen — 474.
- B „Demokratisierung“ und Funktionsfähigkeit der Verwaltung (von Oertzen als Hrsg.) — 63. Form, Aufbau und Inhalt von Schreiben, Bescheiden und Rechtsnormen in der Verwaltung (Linhart) — 191. Karrieredeterminanten in der öffentlichen Verwaltung — Hierarchiebedingte Arbeitsanforderungen und Beförderungspraxis im höheren Dienst (Pippke) — 224. Die kommunalen Zweckverbände (Geißelmann) — 288. Verwaltungslehre (Maurach/Behrendt/Knöpfler/Thieme) — 447. Führungskonzepte für die öffentliche Verwaltung (Böhret/Junkers) — 510. Zeitschrift für Verwaltung (Rill als Hrsg.) — 703.

## 8.3 Allgemeines Verwaltungsrecht (einschließlich Verwaltungsverfahrensrecht)

Inzidente Prüfung und Verwerfung von Normen im Range unter dem Gesetz durch die Exekutive? — 1. Rechtsbehelfsbelehrungspflicht bei Anordnung der sofortigen Vollziehung? — 169. Leistungsprinzip und Kooperation handwerklicher Selbstverwaltungseinrichtungen — 225. Das Verwaltungsverfahrensgesetz — 321. Geschäftsgrundlage und öffentliches Interesse — 423. Die innerdienstliche Weisung mit rechtserheblicher Auswirkung gegenüber Dritten — 490. Die neue Abgabenordnung (AO 1977) — 541. Der ablehnende Bescheid im Gestaltungsgesetz — 577. Der Anwendungsbereich der Amtshaftung — 581. Aspekte des Rechtsschutzes bei der kommunalen Neugliederung in Bayern — 705. Zum Rechtsschutz des Bürgers gegenüber innerdienstlichen Weisungen durch die Gerichte und im Verwaltungsverfahren — 719.

- E Zum Nachschieben von Gründen bei Erschließungsbeiträgen — 15. Zur Nichtigkeit von Beitragssatzungen wegen Fehlens unterschiedlicher Verteilungsmaßstäbe — 16. Nachholbarkeit der Zustimmung der höheren Verwaltungsbehörde zum Ausbau einer Erschließungsanlage — 26. Zur Rechtsverletzung der übrigen Miteigentümer bei Erschließungsbeitragsbescheid nur an einen Miteigentümer — 27. Eigentümerwechsel nach vollzogener Enteignung — 27. Kein Nachschieben von Wiedereinsetzungsgründen — 29. Flurbereinigungsplanerstellung vor öffentlicher Bekanntgabe der Schätzungsgebiete führt nicht zu Nichtigkeit — 47. Passivlegitimation bei Aufsichtsvertretung im Flurbereinigungsrecht — 48. Berichtigungsersuchen gemäß § 79 FlurbG ist kein Verwaltungsakt — 50. Mitwirkung befangener Vorstandsmitglieder einer Teilnehmergemeinschaft bei Entscheidungen im Flurbereinigungsverfahren — 51. Kreisbaumeister darf keine verbindlichen Zusagen in Bauangelegenheiten erteilen — 115. Zur Rechtsnatur der Allgemeinen Dienstordnung — 173. Dienstliche Beurteilung eines Beamten ist kein Verwaltungsakt. — 182. Berichtigung fehlerhafter Wohngeldbescheide und Rückforderung des zuvielgezahlten Wohngeldes — 187. Rechtsnormcharakter der Bestimmung des Sitzes der Kreisverwaltung — 205. Zur Auslegung einer Widerspruchsrücknahme durch den Mandanten als Widerruf der Vollmacht des Anwalts — 220. Sittenwidriges Kopplungsgeschäft bei baurechtlichem Vorbescheid — 237. Unwirksamkeit eines Vergleichs über eine Baugenehmigung — 246. Zwangsgeldfestsetzung als Verwaltungsakt — 248. Umfang des rechtlichen Gehörs im Verwaltungsverfahren — 285. Rechtsnatur einer gemeindlichen Bestattungsanordnung — 310. Verwaltungsgaktkcharakter der Mitteilung über die beabsichtigte Vornahme einer Eintragung oder Löschung in der Handwerksrolle — 311. Zur Rückwirkung der Änderung von Beitragssatzungen — 315. Keine Umdeutung einer namens des Klägers erhobenen Beschwerde gegen Streitwertfestsetzung in eine solche des Anwalts — 350. Keine Zusage einer Gemeinde zum Erlaß eines Bebauungsplans; culpa in contrahendo hierbei — 378. Zur Unbeachtlichkeit eines nur zur Verzögerung der Ausweisung gestellten Asylantrags — 403. Widerruf einer Baugenehmigung — 564. Anspruch auf Prozeßzinsen in Anfechtungsstreitigkeiten um öffentliche Abgaben — 565. Zur Bestimmtheit von Verwaltungsakten (Beseitigungsanordnung) — 631. Zur Anpassung alter Erschließungsverträge nach Treu und Glauben — 633. Anspruch auf Erlaß von Schutzauflagen nach § 17 Abs. 4 FStrG — 661. Zur Höhe der Verzinsung öffentlich-rechtlicher Geldforderungen — 690. Zur Bestimmtheit einer Beseitigungsanordnung — 691. Nichtigkeit eines unter Verletzung der örtlichen Zuständigkeit erlassenen Verwaltungsakts in Bausachen (§ 44 VwVfG) — 726. Verhältnismäßigkeit und Bestimmtheitsgrundsatz bei der Anordnung zur Führung eines Fahrtenbuches — 728. Hausrecht der Bundesbahn — 730. Zur Anfechtung eines nichtigen Verwaltungsaktes, der an eine Erbgemeinschaft gerichtet war — 756. Keine Richterablehnung im Zweitantragsverfahren wegen

## 8.2 Elektronische Datenverarbeitung

- B Der Umgang mit Computern (Geiger/Schneider) — 639.

dessen Mitwirkung beim Erstantragsverfahren — 757. Die Zusage an den Nachbarn, dem Bauherrn nur eine mit dem objektiven Baurecht übereinstimmende Zusage zu erteilen, ist verbindlich — 759. Zur Auslegung einer von einem Ehegatten eingereichten Klageschrift — 759. Zum rückwirkenden Erlaß von Beitragssatzungen nach Art. 5 KAG — 760.

- B** Staats- und Verwaltungsrecht in Bayern (Mang/Maunz/Mayer/Obermayer) — 31. Der subordinationsrechtliche Verwaltungsvertrag als Handlungsform öffentlicher Verwaltung (Bosse) — 95. Allgemeines Verwaltungsrecht (Erichsen/Martens als Hrsg.) — 191. Das Verwaltungsverfahren (Mannlicher/Quell) — 287.
- P** Aufgabe 6 der ersten jur. Staatsprüfung 1973/II — 30, 58. Aufgabe 11 der zweiten jur. Staatsprüfung 1970/II, II. Abtlg. — 221, 253. Aufgabe 10 der zweiten jur. Staatsprüfung 1971/I, II. Abtlg. — 667, 698. Aufgabe 7 der ersten jur. Staatsprüfung 1974/I — 733, 765.

## 9. Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsrecht

Der Ölunfall aus rechtlicher Sicht — 38. Der ablehnende Bescheid im Gestattungsrecht — 577. Rechtsfragen der Vollstreckung verwaltungsrechtlicher Vergleiche — 621. Rechtsschutz gegen die Vollstreckung aus Verwaltungsakten — 680.

- E** Passivlegitimation bei Ersatzvornahme nach § 12 VwVG — 48. Zur Vollstreckung einer Beseitigungsanordnung — 86. Zur Vollstreckung einer Beseitigungsanordnung, die nur gegen den Handlungstörer gerichtet ist, nicht auch gegen den Eigentümer — 115. Zur Zustellung von Entschließungen einer Behörde der Verteidigungslastenverwaltung — 157. Voraussetzungen für die Zwangsvollstreckung öffentlich-rechtlicher Forderungen aus Ausstandsverzeichnissen oder Leistungsbescheiden durch Gerichtsvollzieher — 218. Verwaltungsaktcharakter der Zwangsgeldfestsetzung; zur Zulässigkeit der Zwangsmittelfestsetzung wegen des Verhaltens eines Dritten — 248. Sozialrechtsweg wegen Zwangsvollstreckungsmaßnahme einer Gemeinde im Wege der Rechtshilfe für einen Träger der Sozialversicherung (Art. 26 VwZVG) — 276. Zur Bestimmtheit einer Beseitigungsanordnung für die Vollstreckungsbehörde (Art. 20 VwZVG) — 631. Fehlerhaftigkeit der Androhung eines einheitlichen Zwangsgeldes zur Erzwingung der Beseitigung mehrerer Bauwerke — 632. Zustellung des versagenden Bodenverkehrsbescheides an den „zur Erholung der Bodenverkehrsgenehmigung“ beauftragten Notar (Art. 8 VwZVG) — 689. Zur Bestimmtheit einer Beseitigungsanordnung für die Vollstreckungsbehörde (Art. 20 VwZVG) — 691. Anfechtung von Abgabebescheiden durch Abgabepflichtige, denen der Bescheid amtlich nicht zugegangen ist (ohne Rüge des Zustellungsmanags) — 760.

- P** Aufgabe 12 der zweiten jur. Staatsprüfung 1970/II, II. Abtlg. — 94, 123. Aufgabe 11 der zweiten jur. Staatsprüfung 1970/II, II. Abtlg. — 221, 253.

Die Antragsbefugnis im Normenkontrollverfahren nach § 47 VwGO — 609. Aspekte des Rechtsschutzes bei der kommunalen Neugliederung in Bayern — 705. Zum Rechtsschutz des Bürgers gegenüber innerdienstlichen Weisungen durch die Gerichte und im Verwaltungsverfahren — 718. Rechtsschutz gegen die gemeindliche Bauleitplanung — 744.

- E** Feststellungsklage mit dem Ziel vorbeugenden Rechtsschutzes bei Heranziehung eines Miteigentümers zu Erschließungsbeitragspflicht — 27. Keine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (§ 60) bei Sorgfaltspflichtverletzung eines Rechtsanwalts; kein Nachschieben von Wiedereinsetzungsgründen — 29. Zur Richterausschließung nach § 54 wegen Mitwirkung im vorausgegangenen Verwaltungsverfahren — 55. Zur Erstattung der Widerspruchgebühr bei Aufhebung des Widerspruchs durch Vergleich (§§ 78, 160, 164) — 57. Vorbeugende Unterlassungsklage einer Gemeinde gegen eine Nachbargemeinde auf Abstimmung der Bebauungsplanung — 112. Verwaltungsrechtsweg (§ 40) für vertragliche Ansprüche der Bundesbahn gegen eine Gemeinde wegen der Kosten einer Bahnhofsumbenennung — 157. Verwaltungsrechtsweg (§ 40) für Abwehransprüche gegen Straßenausbau — 157. Zum Streitgegenstand einer Klage nach § 79 Abs. 1 Nr. 2 zählt auch der Ausgangsbescheid — 176. Keine Normenkontrollantragsbefugnis einer Gemeinde gegen Maßnahmen der Gerichtsorganisation (§ 47) — 178. Zur Bindungswirkung eines zu Unrecht ergangenen Verweisungsbeschlusses eines Oberverwaltungsgerichts an das Bundesverwaltungsgericht (§§ 41, 50) — 213. Verwaltungsrechtsweg zur Nachprüfung von Gnadenentscheidungen nicht gegeben (§ 40) — 215. Voraussetzungen für einen Widerruf einer Prozeßvollmacht — 220. Nachbarklage gegen nichtigen baurechtlichen Vorbescheid — 237. Keine Klagebefugnis (§ 42) eines Staatsbürgers auf Erhaltung von Baudenkmalen — 239. Kein Anspruch auf Erlaß eines sachlichen Widerspruchbescheids aus §§ 68, 73; Entscheidung über Bestandskraft des Ausgangsbescheides infolge Widerspruchsrücknahme nur durch Verwaltungsgericht — 241. Verwaltungsrechtsweg für Auslegung des Staatsvertrags über die Vergabe von Studienplätzen (§§ 40, 50) — 337. Ablehnung aller Mitglieder eines Spruchkörpers wegen Besorgnis der Befangenheit (§ 54) — 346. Verwaltungsrechtsweg für Klage eines Richters gegen einen Geschäftsverteilungsplan; Feststellungsklage als richtige Klageart (§§ 40, 43) — 373. Antrags- und Klagerecht auch des Teilungskäufers auf Erteilung einer Bodenverkehrsgenehmigung bzw. eines Negativattestes (§ 42) — 470, 473. Keine Zuständigkeit des BayVGH nach § 47 zur Überprüfung der Verordnung über die amtsgerichtlichen Zweigstellen — 474. Keine selbständige Beschwer durch Kostenbelastung im Widerspruchsbereich auf Grund faktiver Widerspruchsrücknahme (§ 79); Unzulässigkeit einer erweiterten Klageänderung nach Ablauf der Klagefrist (§§ 42, 74) — 496. Verwaltungsrechtsweg (§ 40) für Entschädigungsansprüche nach Art. 96 BayBO — 497. Gerichtliche Zuständigkeit für verbindliche Feststellung von Statusfragen in Staatsangehörigkeitssachen (§ 43) — 566. Rechtsfolgen einer mangelnden Rechtsbehelfsbelehrung über die Form des Widerspruchs (§§ 58, 60, 70) — 568. Zur genügenden Bestimmtheit eines gerichtlichen Geschäftsverteilungsplans (§ 4) — 569. Hauptsacheerledigung bei Untätigkeitsklage nach § 75 — 632. Selbständige Anfechtbarkeit von Schutzauflagen nach § 17 FStrG — 658. Notwendige Beiladung des Straßenbaulastträgers bei Klage auf Vornahme einer Schutzauflage (§ 65) — 661. Zum Klagerecht einer Gemeinde gegen eine Erlaubnis für Flugmodelle mit Motor (§ 42) — 664, 666. Inhaltliche Anforderungen an eine Rechtsbehelfsbelehrung zur Einlegung eines Widerspruchs (§§ 58, 70) — 691. Verfahrensrechtliche Auswirkungen einer „Zweitentscheidung“ der Ausgangsbehörde, nachdem diese den Widerspruch bereits der nächsthöheren Behörde vorgelegt hat (§ 72) — 691. Zur einstweiligen Anordnung im Normenkontrollverfahren nach § 47 gegen einen Bebauungsplan — 725. Verwaltungsrechtsweg für die Feststellung

## 10. Verwaltungsprozeßrecht (ohne Zustellungs-, Vollstreckungs- und Kostenrecht)

### 10.1 Allgemeines, §§ 1 bis 79 VwGO

Inzidente Prüfung und Verwerfung von Normen im Range unter dem Gesetz durch die Exekutive? — 1. Wesen und Bedeutung der städtebaulichen Entwicklungsplanung — 65. Geschäftsverteilung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs für die Zeit vom 1. 1. 1976 bis 31. 12. 1976 — 78. Rechtsbehelfsbelehrungspflicht bei Anordnung der sofortigen Vollziehung? — 169. Der ablehnende Bescheid im Gestattungsrecht — 577.

der Wahlberechtigung (§ 40) — 729. Zum Rechtsschutz (§ 40) gegen kommunalverfassungsrechtliche Entscheidungen — 753. Zur Anfechtung eines nichtigen Verwaltungsakts (§ 42) — 756. Keine Richterablehnung nach § 54 in einem Zweitantragsverfahren wegen dessen Mitwirkung im Erstantragsverfahren — 757. Verpflichtungsklage (§ 43) des Nachbarn auf Rücknahme einer Baugenehmigung, die unter Verletzung einer ihm erteilten Zusage erlassen wurde — 758. Einlegung eines Widerspruchs (§ 68) und Auslegung einer Klageschrift eines Ehegatten — 759. Fristlauf nach § 76 bei Wiederholung eines unbeschieden gebliebenen, nicht fristgebundenen Antrags auf Vornahme eines Verwaltungsakts — 759.

- B** Die Revisionsinstanz als Tatsacheninstanz (Gottwald) — 32. Grundriß des Verwaltungsprozeßrechts (Tschira/Schmitt-Glaeser) — 383. Verwaltungsprozeßrecht (Ule) — 383. Verwaltungsgerichtsordnung mit Erläuterungen (Kopp) — 575.
- P** Aufgabe 6 der ersten jur. Staatsprüfung 1973/II — 30, 58. Aufgabe 12 der zweiten jur. Staatsprüfung 1970/II, II. Abtlg. — 94, 123. Aufgabe 11 der zweiten jur. Staatsprüfung 1970/II, II. Abtlg. — 221, 253. Aufgabe 8 — Wahlfachgruppe 4 — der ersten jur. Staatsprüfung 1973/II — 286, 318. Aufgabe 11 der zweiten jur. Staatsprüfung 1971/I, II. Abtlg. — 478, 509. Aufgabe 7 der ersten jur. Staatsprüfung 1974/I — 733, 765.

## 10.2 §§ 80 ff. VwGO

Die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung bei nichtiger Anordnung der sofortigen Vollziehung — 6. Wesen und Bedeutung der städtebaulichen Entwicklungsplanung — 65. Jagdscheinversagung oder Jagdscheinsperrfrist? — 101. Zur gerichtlichen Nachprüfung der Vollziehbarkeitsanordnung bei verwaltungsbehördlicher Fahrerlaubnisentziehung — 106. Der ablehnende Bescheid im Gestattungsrecht — 577. Rechtsfragen der Vollstreckung verwaltungsgerichtlicher Vergleiche — 621. Die gerichtliche Vernehmung von Parteigutachtern — 649. Rechtschutz gegen die Vollstreckung aus Verwaltungsakten — 680. Aspekte des Rechtsschutzes bei der kommunalen Neugliederung in Bayern — 705. Rechtsschutz gegen die gemeindliche Bauleitplanung — 744.

- E** Zur Bedeutung des Amtsermittlungsgrundsatzes (§ 86) beim Nachschieben von Gründen für Erschließungsbeiträge — 15. Die Verbindung mehrerer Verfahren (§ 93) kann auch durch konkudiante Handlung des Gerichts erfolgen — 18. Nichtzulassungsbeschwerde nach § 132 als Voraussetzung für Rechtswegerschöpfung bei Verfassungsbeschwerde zum Bay-VerfGH — 44. Zum Feststellungsinteresse i. S. des § 113, wenn die Flurbereinigungsbehörde ein Berichtigungsersuchen gestellt hat — 50. Bedeutung der aufschiebenden Wirkung eines Rechtsmittels (§ 80) für die in dem angefochtenen Bescheid enthaltene Fristsetzung — 86. Zur Überschreitung der Zweiwochenfrist des § 117 Abs. 3 für die vollständige Abfassung des Urteils — 91. Einstweilige Anordnung nach § 123 zur Durchsetzung des Anspruchs einer Gemeinde gegen eine Nachbargemeinde auf Abstimmung der Bebauungsplanung — 112. Kein Armenrecht für volljährige Studenten mit unterhaltspflichtigen Eltern (§ 166) — 114. Zur Unbeachtlichkeit einer Revisionszulassung — 121. Aufschiebende Wirkung einer Klage (§ 80) gegen einen Widerspruchsbescheid, durch den ein Steuerbescheid ohne sofortige Vollziehung aufgehoben wird — 176. Zur Bindungswirkung von zu Unrecht ergangenen Verweisungsbeschlüssen (§ 83); Nichtigkeitsklage wegen mangelnder Vertretung einer Partei (§ 153) — 213. Unwirksamkeit einer Beschränkung der Revisionszulassung auf eine Rechtsfrage (§§ 132, 137) — 216. An der Urteilsverkündung brauchen nicht die selben Richter mitzuwirken, die das Urteil gefällt haben (§§ 112, 116) — 216. Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung (§ 80) setzt Klagebefugnis nach § 42 voraus —

239. Gerichtliche Kostenentscheidung bei Erledigungserklärung einer Untätigkeitsklage (§ 161) — 241. Zum vorläufigen Rechtsschutz gegen die Umorganisation wissenschaftlicher Einrichtungen (§ 123) — 272. Keine einstweilige Anordnung gegen die Erteilung von Sexualkundeunterricht (§ 123) — 274. Zur Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage eines ausgewiesenen Ausländers (§ 80) — 275. Geringerer Streitwert des Verfahrens nach § 80 Abs. 5 als des Hauptsacheverfahrens — 276. Zur Ergänzung einer Kostenentscheidung (§ 120) — 286. Keine einstweilige Anordnung (§ 123) auf Erteilung einer vorläufigen Baugenehmigung — 402. Strenge Anforderungen an die Berücksichtigung geheimgehaltener Vorgänge im Verwaltungsprozeß (§ 99) — 405. Keine Verpflichtung des Verwaltungsgerichts zur Verlesung von in mündlicher Verhandlung gestellten Sachanträgen und zur Einholung der Genehmigung des Betroffenen hierzu (§ 173 VwGO i. V. m. §§ 160, 162 ZPO) — 414, 478. Zur Hauptsacheerledigung im Armenrechtsverfahren — 440. Revisibilität gesetzwidrig unterlassener Protokollierung von Partei- und Zeugenaussagen nur nach deren Beanstandung in der nächsten mündlichen Verhandlung (§§ 105, 139) — 477. Keine erweiternde Klageänderung nach Ablauf der Klagefrist (§§ 88, 91) — 495. Fiktion der fehlenden Begründung eines Urteils bei mehr als einjähriger Frist zwischen dessen Beratung und Zustellung (§§ 116, 117) — 502. Zur Behandlung eines Antrags nach § 113 Abs. 1 Satz 2; Anspruch auf Prozeßzinsen in Anfechtungsstreitigkeiten um öffentliche Abgaben (kann noch im Berufungsverfahren geltend gemacht werden) — 565. Zur Verletzung der Garantie des gesetzlichen Richters wegen Unbestimmtheit des Geschäftsverteilungsplans (§ 138) — 569. Zur Hauptsacheerledigung bei einer Untätigkeitsklage (§§ 75, 161) — 632. Zur sofortigen Vollziehbarkeit von Besitzeinweisungsbeschlüssen nach dem Landbeschaffungsgesetz (§ 80) — 690. Zwischenurteil auch bei Verpflichtungsklage möglich (§ 111) — 691. Zur einstweiligen Anordnung im Normenkontrollverfahren nach § 47 gegen einen Bebauungsplan (§§ 80, 123) — 725. Auswirkung von Rechtsmitteln gegen eine Verpflichtung zur Führung eines Fahrtenbuches (§ 80) — 728. Kein Wegfall der Prozeßgebühr bei Klagerücknahme nach Anforderung der Akten der beklagten Gemeinde durch den Vorsitzenden (§ 87) — 732. Zur revisionsgerichtlichen Nachprüfung von Rechtssätzen, die das Berufungsgericht im Wege der Lückenfüllung gefunden hat (Einsicht in Bewerbungssachen bei Lehrauftragsvergabe) — 759. Zur Rüge gesetzwidrig unterlassener Protokollierung von Partei- und Zeugenaussagen (§ 105 VwGO i. V. m. §§ 160, 161 ZPO) — 764.

- B** Die Revisionsinstanz als Tatsacheninstanz (Gottwald) — 32.
- P** Aufgabe 12 der zweiten jur. Staatsprüfung 1970/II, II. Abtlg. — 94, 123. Aufgabe 11 der zweiten jur. Staatsprüfung 1971/I, II. Abtlg. — 478, 509. Aufgabe 10 der zweiten jur. Staatsprüfung 1971/I, II. Abtlg. — 667, 698. Aufgabe 7 der ersten jur. Staatsprüfung 1974/I — 733, 765.

## 11. Kostenrecht (einschließlich Rechtsanwaltsgebührenordnung)

Förmliche Aufhebung von Landesrecht durch den Bundesgesetzgeber? — 294. Die gerichtliche Vernehmung von Parteigutachtern — 649.

- E** Zur Erstattung der Widerspruchsgebühr bei Aufhebung des Widerspruchsbescheids durch Vergleich — 57. Zur Verhandlungsgebühr (§ 31 BRAGeB) bei Augenscheinseinnahme mit Klagerücknahme — 93. Kosten der Umbenennung eines Bahnhofs — 157. Voraussetzungen für die Festsetzung der zu erstattenden Kosten durch die Widerspruchsbehörde (Ermessensbindung an Kostenvorschuß-Anforderung?) — 187. Kostenentscheidung bei Erledigungserklärung einer Un-

tätigkeitsklage — 241. Geringerer Streitwert des Verfahrens nach § 80 Abs. 5 VwGO als des Hauptsacheverfahrens auch nach der Neufassung des GKG — 276. Zur Ergänzung einer Kostenentscheidung bei unterbliebener Entscheidung über die Erstattung der außergerichtlichen Kosten der Beigeladenen — 286. Keine Erstattungsfähigkeit der Kosten für die Teilnahme am Verkündungstermin im Verwaltungsprozeß — 317. Beschwerderecht des den obsiegenden Kläger vertretenden Anwalts auf Festsetzung eines höheren Streitwerts (nicht des Klägers selbst; keine Umdeutung) — 350. Zur Erstattung der Kosten der Rechtsberatung im Umlegungsverfahren — 379. Keine selbständige Beschwer durch Kostenbelastung im Widerspruchsbescheid auf Grund fiktiver Widerspruchsnahme nach Art. 15 KG; Gebührenberechnung für Nachbarwiderspruch — 495. Niedrigerer Streitwert für Berufungsverfahren bei nicht begründeter Berufungseinlegung nur zur Fristwahrung — 572. Verfassungsbeschwerde gegen Kostenfolge bei Einstellung eines Privatklageverfahrens — 604. Kostenentscheidung bei Hauptsacheerledigung einer Untätigkeitsklage — 632. Rechtliche Bedeutung der „Aufhebung der Kosten des Verfahrens“ gegeneinander — 636. Streitwert in baurechtlichen Verfahren zur Verhinderung von Industrieansiedlungen — 666. Kostenerstattungspflicht bei Vertretung mehrerer Streitgenossen durch verschiedene Rechtsanwälte (§ 5 BRAGebO) — 696. Kein Wegfall der Prozeßgebühr bei Klagerücknahme nach Anforderung der Akten der beklagten Gemeinde durch den Vorsitzenden — 732.

**B** Kostengesetze (Lauterbach/Hartmann/Albers) — 640.

**P** Aufgabe 11 der zweiten jur. Staatsprüfung 1971/I, II. Abtlg. — 478, 509.

## 12. Kommunalrecht

### 12.1 Gemeinderecht (Allgemeines, einschließlich KWBG)

Gesundheits- oder Hygieneschutz durch Rauchverbot? — 10. Koordinierung der Zusammenarbeit von innerer Verwaltung und Flurbereinigung — 41. Rechtliche Probleme bei Beschußwahlen nach Art. 51 Abs. 3 GO — 429. Der Stand der Funktionalreform in Bayern — 449. Aspekte des Rechtsschutzes bei der kommunalen Neugliederung in Bayern — 705.

**E** Auswirkung eines nichtigen Angestelltenvertrages bei Wahl eines Gemeindebediensteten zum 1. Bürgermeister (Art. 34 GO) — 276. Keine Anwendung der Inkompatibilitätsregelung des Art. 31 GO auf Angestellte privater gemeindlicher Unternehmen; kein Ausschuß grundsteuerpflichtiger Personen von der Abstimmung über den Grundsteuerhebesatz (Art. 49 GO) — 341. Konkurrentenklage gegen kommunale Wohnungsvermittlung (Art. 89 GO) — 628. Zur Aufzehrung einer Ausgleichszulage nach Art. 143, 144 KWBG durch Gehaltserhöhungen — 655. Zum Verbot der gleichzeitigen Gemeinderatszugehörigkeit von Verwandten nach Art. 31 GO — 751. Rechtsschutz gegen kommunalverfassungsrechtliche Entscheidungen (Ausschuß von Gemeinderatsmitgliedern von der Abstimmung nach Art. 49 GO) — 753. Zur amtlichen Bekanntmachung von Straßenausbaubeitragssatzungen (Art. 26 GO) — 760.

**B** Die kommunalen Spartenverbände (Geißelmann) — 288. Kommunalverfassungsrecht (Pagenkopf) — 320. Einführung in die Kommunalwissenschaft (Pagenkopf) — 352. Der Gemeinderatsbeschuß — Rechtsnatur und Verfahren (Heermann) — 575. Die Werbenutzungsverträge der Gemeinden (Bartlspurger) — 617. Parteien in der kommunalen Selbstverwaltung (Trachternach) — 702. Gemeinderat als Parlament? (Wurzel) — 703.

**P** Aufgabe 8 — Wahlfachgruppe 4 — der ersten jur. Staatsprüfung 1973/II — 286, 318. Aufgabe 10 der zweiten jur. Staatsprüfung 1971/I, II. Abtlg. — 667, 698. Aufgabe 7 der ersten jur. Staatsprüfung 1974/I — 733, 765.

### 12.2 Gemeindliches Finanzwesen (ohne Erschließungsbeitragsrecht)

**E** Unterschiedliche Verteilungsmaßstäbe bei Straßenkostenbeitrag — 16. Verfassungsmäßigkeit der gemeindlichen Vergnügungssteuer — 111. Verwaltungsrechtsweg für Anspruch der Bundesbahn gegen eine Gemeinde auf Kostenerstattung wegen Bahnhofsumbenennung — 157. Zur Vergnügungssteuerpflicht eines Märchenwaldes — 177. Notare unterliegen in Bayern nicht der Fremdenverkehrsabgabepflicht — 208. Zur Vollstreckung aus Ausstandsverzeichnissen durch den Gerichtsvollzieher — 218. Zur Bemessung eines Kanalanschlußbeitrags nach der Geschoßflächenzahl — 251. Verfassungsmäßigkeit der Hundesteuer — 269. Zur Bemessung der Kanalanschlußgebühr — 276, 277. Umfang und Grenzen des gemeindlichen Ermessens bei der Festsetzung der Realsteuerhebesätze — 341. Keine rückwirkende Festsetzbarkeit von Realsteuerhebesätzen; Ermessenscharakter der Zustimmung zur Erhebung der Lohnsummensteuer — 370. Verfassungsmäßigkeit der Fremdenverkehrsabgabe — 463. Prozeßzinsen in Anfechtungsstreitigkeiten um gemeindliche Abgaben — 565. Zur Verfassungsmäßigkeit der vermögensrechtlichen Vorschriften über die Polizeiverstaatlichung — 589, 622. Keine Steuervergünstigung für Zweithäuser (Ferienhäuser) und Wochenendhäuser — 594. Anforderungen an den Erlaß und die inhaltliche Ausgestaltung von Straßenausbaubeitragssatzungen (Art. 1, 5, 20 KAG) — 760.

**B** Kommunalabgabenrecht in Bayern (Donhauser/Hürholz/Schwinghammer) — 351. Bayerisches kommunales Haushaltrecht (Schreml) — 607.

**P** Aufgabe 11 der zweiten jur. Staatsprüfung 1970/II, II. Abtlg. — 221, 253.

### 12.3 Landkreisordnung, Bezirksordnung

Allzuständigkeit der Bezirke in der Eingliederungshilfe für Behinderte und weitere Änderungen des AGBSHG — 673.

**E** Popularklage einer Gemeinde gegen die Bestimmung des Sitzes der Kreisverwaltung (Art. 2 LKrO) — 205. Zur Zulässigkeit von Ordnungsgeldern (Art. 14 LKrO) gegen Kreisräte wegen Verletzung der Verschwiegenheitspflicht — 498.

### 12.4 Kommunales Wahlrecht

**E** Zum nachträglichen Wegfall der Wählbarkeit nach Art. 35 GWG — 341. Zur Verfassungsmäßigkeit des Art. 26 Abs. 1 GWG (Ersatzleute bei Vorliegen von Hinderungsgründen nach Art. 31 GO) — 751.

## 13. Straßen- und Wegerecht (einschließlich Kreuzungsrecht)

Die Standortentscheidung bei der Unternehmergenehmigung mit planungsrechtlichem Einschlag — 515.

**E** Anforderungen an Straßenkostenbeitragssatzung — 16. Verwaltungsrechtsweg für Abwehransprüche gegen Straßenausbau — 157. Räum- und Streupflicht der Deutschen Bundes-

bahn — 179. Aufstellen von Informationsständen einer politischen Partei im Fußgängerbereich (Art. 18 BayStrWG) — 211. Verpflichtung der Bundespost zur Verlegung einer Fernmeldeleitung bei Kostenerstattung durch den Wegeunterhaltspflichtigen — 285. Zum Erschließungscharakter von Ortsdurchfahrten; Reichweite des Anbauverbots nach § 9 Abs. 1 FStrG — 311. Keine vertragliche Übertragbarkeit der gesetzlichen Baulast für Ortsdurchfahrten ohne Mitwirkung der nach § 5 FStrG zu beteiligenden Behörden — 313. Gesetzgebungskompetenz der Länder für den Erlass von Vorschriften über „öffentliches Eigentum“ und die Haftung für dessen Beschädigung (Hamburgisches Wegegesetz) — 559. Subsidiarität der Pflicht bayerischer Gemeinden zur Herstellung von Ortsstraßen gegenüber Anliegerpflicht aus Erschließungsverträgen (Art. 47 BayStrWG a. F.) — 633. Voraussetzungen und Anfechtbarkeit von Lärmschutzauflagen nach § 17 Abs. 4 FStrG — 658, 661, 663, 664. Zulässigkeit der Anordnung eines eingeschränkten Halteverbots im Ortskern auf einer Durchgangsstraße — 692. Straßenrechtliche Beurteilung des Abstellens eines nicht zugelassenen Fahrzeugs auf einer öffentlichen Straße (Art. 18, 66 BayStrWG) — 760. Zur Anforderung von Straßenausbaubeiträgen für Gehwege und Parkplätze sowie für die Beleuchtung im Bereich von Bundesstraßen (§ 5 FStrG, Art. 47, 48 BayStrWG) — 760.

**B** Die Werbenutzungsverträge der Gemeinden (Bartlsperger) — 671.

#### **14. Enteignungsrecht (einschließlich Art. 14 GG und 159 BV, Landbeschaffungs- und Energiewirtschaftsrecht)**

Die Benutzung landwirtschaftlicher Grundstücke durch Energieleitungen — 33. Wesen und Bedeutung der städtebaulichen Entwicklungsplanung — 65. Das Waldgesetz für Bayern — 129. Versorgungsleitung und Enteignung — 460. Die Teilungserlaubnis gemäß Art. 17 des Waldgesetzes für Bayern — 617. Gefährdungshaftung für Pipelines aus Vertrag zugunsten Dritter? — 645. Reform des Staatshaftungsrechts? — 740.

**E** Bedeutung von Gebietsabgrenzungsabkommen (§ 6 EnergG) zwischen Energieversorgungsunternehmen für zwangswise Grundstücksbelastungen — 18. Zur Erforderlichkeit einer Zwangsbelastung von Grundstücken und der Zumutbarkeit einer nur obligatorischen Sicherung einer Erdgasleitung — 19. Eigentümerwechsel nach vollzogener Enteignung bewirkt nicht Übergang des Entschädigungsanspruchs auf den Erwerber; enteignende Wirkung der Einbeziehung eines Grundstücks in die engere Wasserschutzzone — 27. Umfang des Grundrechts auf Naturgenuss durch bestehende Eigentumsordnung (Art. 14 GG, Art. 103, 158, 159 BV) beschränkt — 83. Rechtswidrige Versagung des gemeindlichen Einvernehmens im Baugenehmigungsverfahren kann enteignungsgleicher Eingriff sein — 122. Beginn der Erlöschenfrist des Art. 125 AGBGB für Entschädigungsansprüche wegen der Vorrückungen von Bauverboten — 154. Voraussetzungen für ein angemessenes Angebot zum freihändigen Erwerb des zu enteignenden Grundstücks — 156. Zur enteignenden Wirkung von Bebauungsplänen — 157. Keine Vergütung für Strafgefangenearbeit nach Enteignungsgrundsätzen — 157. Folgeschäden einer Enteignung (Einkommen- bzw. Umsatzsteuer) — 157. Bestandsschutz nach Art. 14 GG für Gewerbebetrieb — 248. Keine Verletzung des Eigentumsrechts durch eine gegen § 34 BBauG verstörende Baugenehmigung an Nachbarn — 368. Zur weiteren Bebauung eines im Außenbereich gelegenen bereits bebauten Grundstücks unter dem Gesichtspunkt des Bestandschutzes nach Art. 14 GG — 437. Zum Vorteilsausgleich bei der Enteignungsschädigung für landwirtschaftliche Grundstücke — 475. Zur Eigentumsbeeinträchtigung durch den

Staatsvorbehalt nach dem Graphitgesetz — 493. Verwaltungsrechtsweg für Entschädigungsansprüche nach Art. 96 BayBO — 497. Bestandsschutz für Bauwerke ist auf deren ursprüngliche Funktion beschränkt — 564. Zum Eigentumsschutz der Gemeinden bei der Polizeiverstaatlichung — 589, 622. Enteignung und Amtshaftung bei Versagung einer Bodenverkehrsgenehmigung — 599. Enteignender Charakter und Verfassungswidrigkeit der kleingartenrechtlichen Kündigungsschutzvorschriften wegen fehlender Entschädigungsregelung — 657. Zur sofortigen Vollziehbarkeit von Besitzinweisungsbeschlüssen nach § 39 LBG — 690. Keine enteignende Wirkung der Festsetzung eines Naturschutzgebietes, mit der eine noch nicht begonnene Schaumlavaausbeutung eines Berges unternommen wird — 759.

**B** Der Sonderopferbegriff in der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (Krumbiegel) — 319. Enteignungsrecht in Bayern (Molodovsky) — 415. Verfassungsrechtliche Probleme einer Reform des Systems zur Finanzierung der beruflichen Bildung (Friauf) — 448.

**P** Aufgabe 6 der ersten jur. Staatsprüfung 1974/I — 604, 636.

#### **15. Schul- und Hochschulrecht (einschließlich Prüfungs- und Ausbildungs- förderungsrecht)**

Der bayerische Staatshaushalt im Spannungsfeld zwischen mittelbarer und unmittelbarer Demokratie — 201. Das Hochschulrahmengesetz des Bundes — 289. Das Grundrecht auf Ausbildung gemäß Art. 128 Abs. 1 der Bayerischen Verfassung — 385. Volksbegehren und Volksentscheid im Verhältnis zum Verbot des Art. 73 BV — 389. Volksgesetzgebung und Staatshaushalt — 486. Zur Rechtsstellung Behinderter im Prüfungsverfahren — 650.

**E** Rauchverbot bei Prüfungen — 30. Kommentierung von Gesetzestexten als Unterschleif in der juristischen Staatsprüfung — 60. Einbeziehung von Studienbewerbern mit Auslandsstudien bei der Studienplatzvergabe (Art. 11 des Staatsvertrages) — 187. Voraussetzungen für die Gewährung eines erhöhten Bedarfssatzes i. S. des § 10 BAföG — 252. Voraussetzungen für die Förderung des Besuchs eines Abendgymnasiums (§ 2 BAföG) — 252. Voraussetzungen für den Ansatz eines erhöhten Bedarfs für Schüler von Fachoberschulen — 252. Zum vorläufigen Rechtsschutz eines Hochschullehrers gegen die Umorganisation wissenschaftlicher Einrichtungen (Art. 104 BayHSchG) — 272. Keine einstweilige Anordnung gegen die Erteilung von Sexualkundeunterricht in den Volksschulen — 274. Zum Ausschluß vom zweiten Bildungsweg (ohne gesetzliche Grundlage) — 302. Keine Bindung des Stichentscheidprüfers an den Rahmen der Vorzensuren — 308. Keine Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts zur Auslegung des Staatsvertrags über die Vergabe von Studienplätzen — 337. Zur Auslegung des Begriffs „Ausnahmefälle“ in Prüfungsordnungen als Voraussetzung für eine zweite Wiederholungsprüfung — 344. Zur gemeinsamen Prüfung von Rechtsreferendaren mit unterschiedlichen Vorbereitungsdienstzeiten — 572. Prüfungsvergünstigung durch Arbeitszeitverlängerung wegen Augenleidens im schriftlichen Teil der juristischen Staatsprüfung — 656. Zur Bewertung mündlicher Leistungen eines Schülers — 691. Aussetzung der Rückwirkung der „Parkstudium-Klausel“ des § 32 Abs. 3 Nr. 2 Satz 7 HRG; Verlängerung der Einschreibungsfristen für den Betroffenen durch das Bundesverfassungsgericht — 722. Einrücken von ‘Parkstudenten’ mit anrechenbaren Studienzeiten in freiwerdende Studienplätze höherer Semester („Quereinstieg“ — § 21 VergabeVO) — 723. Einsicht in Bewerbungsakten durch Bewerber um einen Lehrauftrag — 759.

- B** Die deutsche Hochschule zwischen Numerus clausus und Akademikerarbeitslosigkeit (Lohmar/Ortner als Hrsg.) — 255. Verfassungsrechtliche Anforderungen an die Ausgestaltung staatlicher Prüfungen (Pietzker) — 256. Verfassungsrechtliche Probleme einer Reform des Systems zur Finanzierung der beruflichen Bildung (Friauf) — 448. Die Abgrenzung der Gesetzgebungskompetenzen im Bereich der beruflichen Bildung unter besonderer Berücksichtigung des Fernunterrichts und berufsbezogener schulischer Bildungsgänge (Friauf) — 448. Verfassungsrechtliche Probleme der Neuordnung des Bildungswesens im Sekundarbereich (Friauf) — 448.

## 16. Sicherheitsrecht (einschließlich LStVG, Bestattungs-, Feiertags-, Waffen-, Atom- und Verwahrungsrecht; ohne Ausländerrecht)

Der Ölunfall aus rechtlicher Sicht — 38. Fragen aus dem Recht der „Freiheitsentziehung und Unterbringung“ — 165. Der Verwahrungsantrag nach dem Bayerischen Verwahrungsgesetz — 231. Das neue Polizeiorganisationsgesetz — 641. Staatsrechtslehrer-Tagung 1976 — 684.

- E** Entschädigung nach Art. 13 und Art. 65 Abs. 2 LStVG a. F. wegen eines Bauverbots aufgrund einer Bezirksverordnung — 27. Zur Berechtigung zur Führung einer Schußwaffe durch Taxifahrer bzw. Staatsanwalt — 151, 153. Vorbeugende polizeiliche Gefahrenabwehr gegenüber Ausländern (Schah-Besuch) — 183. Zur sofortigen Wirksamkeit einer Entscheidung nach dem Freiheitsentziehungsgesetz — 242. Rechtsnatur einer gemeindlichen Bestattungsanordnung (Art. 14 BestG) — 310. Zum Bedürfnis für das Führen einer Faustfeuerwaffe durch einen Nachtlokalinhaber — 345. Zum Verhältnis der Baugenehmigung zur Erlaubnis nach der Verordnung über brennbare Flüssigkeiten — 368. Anforderungen an den Verwahrungsantrag der Kreisverwaltungsbehörde nach Art. 3 VerwahrG — 443. Zur Verfassungsmäßigkeit der Polizeiverstaatlichung — 589, 622. Zur Zugänglichmachung von Zündhölzern an Kinder unter 12 Jahren (§ 10 LVVB) — 732.
- B** Polizeiaufgabengesetz (Berner) — 223. Kommentar zum Bayerischen Polizeiaufgabengesetz (Samper) — 223.
- P** Aufgabe 6 der ersten jur. Staatsprüfung 1973/II — 30, 58.

## 17. Raumordnungs-, Planungs-, Städtebau- und Wohnungsrecht

Wesen und Bedeutung der städtebaulichen Entwicklungsplanung — 65. Die Standortentscheidung bei der Unternehmergenehmigung mit planungsrechtlichem Einschlag — 515.

- E** Keine Normenkontrollantragsbefugnis einer Gemeinde gegen normative Maßnahmen der Gerichtsorganisation aus Art. 2 Nr. 3 BayLPIG — 178. Berichtigung fehlerhafter Wohngeldbescheide und Rückforderung des zuviel gezahlten Wohngeldes — 187. Zum Begriff des „Eigenheims“ im Zweiten Wohnungsbaugesetz — 252. Kein subjektives Recht des Krankenhausträgers auf bestimmte Planungsmaßnahmen des Staates bei der Krankenhausplanung — 348. Keine Genehmigungsbedürftigkeit des Abbruchs von Wohnungen nach Art. 6 § 1 des Mietrechtsverbesserungsgesetzes — 400. Zum Begriff „Wohnung“ i. S. der §§ 39, 82 des II.WoBauG; zur Anerkennung des Mehrbedarfs wegen beruflicher und persönlicher Bedürfnisse — 592. Zur Abgrenzung der nicht zu den Wohnräumen zählenden Geschäftsräume i. S. des

II.WoBauG — 594. Als Ferienhaus genutztes Zweithaus ist kein steuerbegünstigter Wohnraum i. S. des II.WoBauG — 594. Zur Auslegung der Begriffe „Familienheim“ (§ 7 II.WoBauG), „Eigenheim“ und „Grundstück“ (in § 9 II.WoBauG) — 596. Zum Begriff des Neuschaffens von Wohnraum durch „Neubau“ und „Wiederaufbau“ (§ 2 II.WoBauG) — 598. Zur Anerkennung von als Wochenendhäusern genehmigten Bauvorhaben, die nachträglich als Einfamilienhäuser aufgeführt wurden, als steuerbegünstigte Wohnungen — 598. Konkurrentenklage gegen kommunale Wohnungsvermittlung — 628. Unzulässigkeit einer Verfassungsbeschwerde gegen eine landesplanerische Beurteilung — 653. Keine Zustimmung der Ausgleichsbehörde zu Mietzinsvereinbarung nach Ablauf der zehnjährigen Zweckbindungsfrist erforderlich — 759. Ablehnung einer als vorläufig anerkannten Wohnung führt nicht zum Wegfall des Trennungsgeldes — 759.

- B** Raumordnung und Landesplanung in Bayern (Heigl/Hosch) — 62. Städtebauförderungsgesetz (Bielenberg/Kerneck/Roosch) — 511. Die Bodenwertabschöpfung im Städtebauförderungsgesetz (Gaentzsch) — 511.

## 18. Baurecht (ohne Enteignungs- und Erschließungsrecht)

### 18.1 Bundesbaugesetz, Baunutzungsverordnung, Wohnsiedlungsrecht

Koordinierung der Zusammenarbeit von innerer Verwaltung und Flurbereinigung — 41. Wesen und Bedeutung der städtebaulichen Entwicklungsplanung — 65. Zulässigkeit von Bauvorhaben im „Geltungsbereich“ eines für nichtig erklärten Bebauungsplans — 297. Rechtsschutz gegen die gemeindliche Bauleitplanung — 744.

- E** Keine Erschließungsbeitragspflicht für Grundstück, das nicht nach § 34 BBauG bebaubar ist — 20. Zur Bedeutung eines noch nicht verbindlichen Bebauungsplans für die Erschließungsbeitragspflicht — 21. Beschränkung des Grundrechts auf Naturgenuss durch §§ 2, 35 BBauG — 83. Zur Rechtsnatur der Bebauungsgenehmigung (§§ 21, 35 BBauG) — 89. Zum Begriff des „forstwirtschaftlichen Betriebs“ i. S. des § 35 Abs. 1 und zur Beeinträchtigung der „natürlichen Eigenschaft einer Landschaft“ in § 35 Abs. 3 BBauG — 90. Durchsetzung des Anspruchs einer Gemeinde gegen eine benachbarte Gemeinde auf Abstimmung der Bebauungsplanung (§ 2 Abs. 4 BBauG) — 112. Zur Beseitigung von Hecken im Außenbereich (§ 35 BBauG) — 114. Jagdhütten im Außenbereich (§ 35 BBauG) — 115. Zur Amtspflichtverletzung von Beamten der nach § 36 BBauG beteiligten Gemeinde im Baugenehmigungsverfahren — 122. Zum Beginn der Ausschlußfrist für Entschädigungsansprüche aus Bauverboten (§§ 8, 14 BBauG) — 154. Sprungrevision sowie Rechtsmitteleinlegungsbefugnis in Baulandsachen — 157. Zur Gültigkeit eines Bebauungsplans bei Nichtentwicklung aus einem Flächennutzungsplan (§ 8 BBauG) — 174. Keine Fiktionswirkung (§ 19 BBauG) bei Erteilung eines nur hilfsweise beantragten Negativattestes, da dieses konkurrenz die Ablehnung der hauptsächlich beantragten Bodenverkehrs-genehmigung bedeutet — 176. Unwirksamer Vergleichsvertrag über Baugenehmigung (§§ 29 ff. BBau) — 246. Zulässige Geschoßflächenzahl nach § 17 BauNVO als Maßstab für Kanalanschlußgebühr — 251. Notwendiger Inhalt des Erläuterungsberichts zu einem Flächennutzungsplan und Rechtsfolgen bei dessen Mängeln (§§ 2, 5 BBauG) — 305. Zur Eigentumsverletzung durch eine gegen § 34 BBauG verstoßende Baugenehmigung — 368. Zur Privilegierung baulicher Anlagen als Bienenhäuser (§ 35 BBauG) — 369. Keine Zusage einer Gemeinde zum Erlaß eines Bebauungs-

plans — 378. Zur Erstattung der Rechtsberatungskosten im Umlegungsverfahren — 379. Zur Zulässigkeit der weiteren Bebauung eines im Außenbereich gelegenen, bereits bebauten Grundstücks unter dem Gesichtspunkt des Bestandschutzes (§ 35 BBauG) — 437. Zur Weitergeltung von Flächennutzungsplänen bei kommunalen Gebietsänderungen; Anforderungen an die Entwicklung von Bebauungsplänen aus Flächennutzungsplänen — 440. Hinterlandbebauung in geschlossenen Ortsteilen; zur ausufernden Bebauung im Anschluß an bebaute Ortslage im Außenbereich — 441. Antrags- und Klagerecht auch des Teilungskäufers auf Erteilung der Bodenverkehrsgenehmigung (§ 19 BBauG) bzw. des Negativattestes (§ 23 BBauG) — 470, 473. Zur Ergänzung des Bebauungsplans nach § 2 Abs. 7 BBauG; Unzulässigkeit des veränderlichen Geltungsbereichs eines Bebauungsplans (§ 9 Abs. 5 BBauG) und der Einführung eines zusätzlichen Genehmigungsverfahrens zur Erteilung von Befreiungen — 500. Zum Anspruch des Eigentümers eines im Bebauungsplan als öffentliche Grünfläche ausgewiesenen Grundstücks auf dessen Übernahme durch den Begünstigten nach § 40 BBauG — 504. Anforderungen an die Änderung und Auslegung von Bebauungsplänen — 562. Zur Versagung einer Bodenverkehrsgenehmigung (§§ 19, 20 BBauG) — 599. Zum Klagerecht einer Gemeinde gegen eine Erlaubnis für Flugmodelle wegen Verletzung der gemeindlichen Planungshoheit (§§ 1, 2 BBauG) — 664, 666. Zustellung eines versagenden Bodenverkehrsbescheides an Notar (§§ 19, 20 BBauG), der zur „Erholung der Bodenverkehrsgenehmigung“ bevollmächtigt ist; zur Abtrennung eines Austragshauses vom landwirtschaftlichen Anwesen (§ 35 BBauG) — 689. Zu den Pflichten eines Gemeindebeamten bei Erteilung einer Auskunft über die beabsichtigte Änderung eines Bebauungsplans — 694. Zur einstweiligen Anordnung beim Normenkontrollverfahren nach § 47 VwGO gegen einen Bebauungsplan — 725.

- B** Bundesbaugesetz (Heinze) — 62. Gemeindliche Bauleitplanung (Reißig) — 605. Bundesbaurecht, 2. Band (Fürst/Dodenhoff/Dörfler/Weyreuther) — 670.
- P** Aufgabe 12 der zweiten jur. Staatsprüfung 1970/II, II. Abtlg. — 94, 123. Aufgabe 8 — Wahlfachgruppe 4 — der ersten jur. Staatsprüfung 1973/II — 286, 318.

## 18.2 Bayerische Bauordnung

Koordinierung der Zusammenarbeit von innerer Verwaltung und Flurbereinigung — 41. Das Verhältnis von immissionsrechtlicher zu baurechtlicher Genehmigung — 204. Der Stand der Funktionalreform in Bayern — 449. Zur notwendigen Abstandsfläche von Transformatorenurmstationen — 588.

- E** Beseitigungsanordnung nach Art. 100 muß nicht mit Fristsetzung verbunden werden — 86. Zur Beseitigung von Hekken (Art. 2, 82, 83, 100) — 114. Zur Vollstreckung einer Beseitigungsanordnung nach Art. 100, die nur gegen den Mieter oder Pächter gerichtet ist — 115. Kreisbaumeister kann keine verbindliche Zusagen erteilen — 115. Zu den Begriffen „Erwerbsgartenbau“ und „Forstkultur“ in Art. 83 — 115. Zur Verpflichtung des Eigentümers eines Grenzbaus zur Duldung des Anbauens durch den Nachbarn — 146, 147. Verpflichtung des Eigentümers eines Grenzbaus zur primären Herstellung gesetzmäßiger Trennwände auf eigenem Grundstück (Art. 31, 78) — 175. Unzulässigkeit von Grenzgaragen mit „Dachterrasse“ (Art. 6, 7) — 207. Sittenwidriges Koppelungsgeschäft bei baurechtlichem Vorbescheid; Nachbarklage deswegen; Abstandsflächen für Erhöhung der Mauern eines vor 1962 errichteten Gebäudes (Art. 7, 92) — 237. Mitverschulden des Bauherrn, wenn Baugenehmigung auf Nachbarklage hin aufgehoben wird, nachdem mit den Bauarbeiten begonnen wurde — 252. Keine Einhaltung von Abstandsflächen durch

eingeschossige Trafostation (Art. 7) — 285. Zum Verhältnis der Baugenehmigung zur Erlaubnis nach der Verordnung über brennbare Flüssigkeiten — 368. Keine einstweilige Anordnung auf Erteilung einer Baugenehmigung — 402. Zulässigkeit einer Nutzungsuntersagung auch bei erst zu erwartender Nutzung (Art. 100) — 402. Grundsätzliche Gelting des materiellen Baurechts auch bei nichtgenehmigungspflichtigen Bauvorhaben; Untersagung der Beseitigung von Einfriedungen und der Anlage von Stellplätzen in Vorgärten (Art. 3, 9, 83, 84) — 437. Verbot von Lichtreklame in schutzbedürftigen Gebieten durch Verordnung nach Art. 107 Abs. 1 — 439. Verwaltungsrechtsweg für Entschädigungsansprüche nach Art. 96 Abs. 2 — 497. Zur Zulässigkeit von Grenzgaragen im Außenbereich (Art. 6, 7) — 562. Zum Widerruf einer Baugenehmigung; Beseitigungsanordnung für das gesamte Bauwerk bei teilweise ungenehmigter Änderung (Art. 96, 100) — 564. Zu den Voraussetzungen für einen Bauvorbescheid nach Art. 92 — 599. Begriff der „untergeordneten Bauteile“ und „Vorbauten“ i. S. des Art. 6 Abs 6; Hobbyräume in Kellergeschossen sind keine „Aufenthaltsräume“ — 630. Bestimmtheit einer Beseitigungsanordnung nach Art. 100 — 631. Berechnung des „umbauten Raums“ eines Bauwerks bei Vorhandensein eines Vordaches (Art. 82, 83) — 654. Zur Bestimmtheit einer Beseitigungsanordnung (Art. 100) — 691. Zur Untersagung einer noch nicht genehmigten Nutzungsänderung (Art. 100) — 691. Nichtigkeit unter Verletzung der örtlichen Zuständigkeit erlaassen Beseitigungsanordnung (Art. 100) — 726. Verbindlichkeit einer Zusage an den Nachbarn, dem Bauherrn „nur“ eine mit dem objektiven, nicht nachbarschützenden Baurecht übereinstimmende Baugenehmigung zu erteilen — 758.

- B** Bayerische Bauordnung (Mang/Simon) — 670.
- P** Aufgabe 8 — Wahlfachgruppe 4 — der ersten jur. Staatsprüfung 1973/II — 286, 318.

## 18.3 Denkmalschutzrecht

- E** Kein Klagerecht eines Staatsbürgers auf Erhaltung von Baudenkmälern nach dem Denkmalschutzgesetz — 239. Kein subjektives Recht einzelner Bürger aus Art. 141 BV auf Denkmalschutz — 652.
- B** Bayerisches Denkmalschutzgesetz (Eberl/Schiedermair/Petzet) — 191.

## 19. Erschließungsrecht

Die Abschnittsbildung bei der Abrechnung von Erschließungsanlagen — 8. Voraussetzungen der Erschließungsbeitragspflicht — 104. Zum Entstehungszeitpunkt der Erschließungsbeitragspflicht — 235. Zur Erschließungsbeitragspflicht für beim Inkrafttreten des BBauG noch nicht vollständig hergestellte Straßen — 336.

- E** Zur Saldierungsmöglichkeit bei Kostenspaltung im Erschließungsbeitragsrecht — 15. Zulässigkeit der Einforderung von Erschließungsbeiträgen nach der endgültigen Herstellung der Erschließungsanlage in Teilbeträgen — 16. Eine dem § 131 Abs. 3 BBauG entsprechende gesetzliche Bestimmung ist für Straßenkostenbeiträge nicht notwendig — 16. Keine Erschließung, wenn zwischen Straße und Grundstück ein weiteres Grundstück liegt, über das keine gesicherte Zufahrt besteht — 17. Keine Erschließungsbeitragspflicht eines bebauten, aber nicht mehr bebaubaren Grundstücks, auch wenn das vorhandene Gebäude Bestandsschutz genießt — 20. Kein Wegfall der Erschließungsbeitragspflicht eines (noch) bebaubaren Grundstücks durch voraussichtlichen

Wegfall der Bebaubarkeit eines noch nicht verbindlichen Bebauungsplans — 21. Erschließungspflicht einer Gemeinde hinsichtlich bestimmter Anlagen (Ansprüche Dritter hierauf) — 23. Fortfall von Vorausleistungsbescheiden bei endgültigem Nichtentstehen der Beitragspflicht; Verjährungsbeginn für Erschließungsbeiträge — 24. Rückwirkende Anforderung von Erschließungsbeiträgen für vor Erlass der Satzung hergestellte Erschließungsanlagen — 25. Zulässigkeit der nachträglichen Zustimmung der höheren Verwaltungsbehörde zum Ausbau einer Erschließungsanlage — 26. Auswirkung nachträglicher Entschädigung für unentgeltlich erworbenes Straßenland auf Erschließungsaufwand — 27. Aufrechterhaltung eines vor Erlass des BBauG ausgesprochenen Beitragserlasses; Verteilung des Erschließungsaufwandes nach der zulässigen baulichen Nutzung — 27. Eigentümerwechsel nach Zustellung eines Erschließungsbeitragsbescheides — 27. Erschließungsbeitragsbescheid nur an einen Miteigentümer — 27. Begriffsbestimmung der „endgültigen Herstellung“ in § 133 BBauG; Zeitpunkt des Entstehens der Erschließungsbeitragspflicht — 245. Zur Anforderung von Vorausleistungen auf den Erschließungsbeitrag — 277, 278, 282. Zur Zulässigkeit des Verzichts auf die Erhebung von Erschließungsbeiträgen (§ 135 Abs. 5 BBauG) — 280. Zur Erschließungsbeitragspflicht für Sammelstraßen — 281. Verantwortlichkeit der Gemeinde für die Durchführung der Erschließung — 282. Gemeindliches Erschließungsbeitragsrecht nur bei Erschließung in Erfüllung der gesetzlichen Baulast — 313. Zur rückwirkenden Änderung von Beitragssatzungen; Herstellung von Straßen ohne Bebauungsplan; Anforderungen an einen Verteilungsmaßstab gemäß § 131 BBauG — 315. Fortgeltung von altrechtlichen Erschließungsverträgen — 633. Nichtigkeit eines an eine Erbengemeinschaft gerichteten Erschließungsbeitrags — 756. Vermessungskosten als Teil des Erschließungsaufwandes — 759. Keine Durchsetzung von vertraglich begründeten Erschließungsverpflichtungen durch Erlass von Verwaltungsakten (§ 123 BBauG) — 759.

Schutz der Nachtruhe der Anlieger — 465. Zum Staatsvorbehalt nach dem Graphitgesetz — 493. Anforderungen an die Bekanntmachungspflicht der Beschränkungen des Aufenthalts von Jugendlichen in Gaststätten (§ 10 JSchÖG) — 504. Öffnungszeiten im Friseurhandwerk — 603. Rücknahme und Widerruf (§ 53 GewO) der in § 36 GewO bezeichneten öffentlichen Bestellung von Sachverständigen (Graphologen) — 758.

- B** Die Werbenutzungsverträge der Gemeinden (Bartlsperger) — 671.
- P** Aufgabe 6 der ersten jur. Staatsprüfung 1973/II — 30, 58. Aufgabe 7 der ersten jur. Staatsprüfung 1973/II — 158, 189. Aufgabe 7 der ersten jur. Staatsprüfung 1974/I — 733, 765.

## 21. Gesundheitsrecht (einschließlich Arzt-, Tierarzt-, Lebensmittel- und Seuchenrecht)

Gesundheits- oder Hygieneschutz durch Rauchverbot? — 10.

- E** Anforderungen an Überprüfungspflicht durch Importeure oder Großhändler bei der Einfuhr ausländischer Lebensmittel — 213. Strafrechtliche Beurteilung des Vertriebs von „Emmentaler-Käse“ mit „künstlichen“ Löchern — 213. Kein subjektives Recht des Krankenhausträgers auf bestimmte Planungsmaßnahmen des Staates im Rahmen der Krankenhausplanung (§ 8 KHG, Art. 5 BayKG) — 348. Zur Bezeichnung von importiertem italienischem Tafelwein — 603. Gewichtsangabe bei Fertigpackungen mit „Reiner Buttermilch“ (§ 46 MilchG) — 732. Zur irreführenden Bezeichnung von Milcherzeugnissen als „Joghurt natur“ bzw. „Sahnejoghurt natur“ (§ 17 LMBG) — 732.

## 22. Umweltschutz- und Landwirtschaftsrecht

### 22.1 Naturschutz-, Immissionsschutz- und Abfallbeseitigungsrecht

Der Ölunfall aus rechtlicher Sicht — 38. Das Grundrecht auf Naturgenuss im Widerstreit der Meinungen — 72. Die Bindung der Gerichte an Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs — 76. Das Verhältnis von immissionsrechtlicher zu baurechtlicher Genehmigung — 204.

- E** Umfang des Grundrechts auf Naturgenuss aus Art. 141 BV — 83. Zur Zulässigkeit der Erweiterung bestandsgeschützter Gewerbebetriebe durch immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftige Anlagen in der Nähe von Wohngebieten (§ 5 BImSchG) — 248. Zum Begriff der „Anlage“ gemäß § 5 AbfG-Bund; Autowracks als „Abfall“ im Sinne des § 1 AbfG-Bund — 371. Zur Vorverlegung des Sperrzeitbeginns bei Diskothek zum Schutz der Nachtruhe der Anlieger — 465. Zur Vornahme von Schutzauflagen gegen Lärmbelästigungen nach § 17 Abs. 4 FStrG — 658, 661, 663, 664. Klage- und Einwendungsrecht von Gemeinden gegen Lärmbelästigungen von Flugmodellen — 664, 666. Streitwert in baurechtlichen Verfahren, die von Naturschutzverbänden zur Verhinderung von Industrieansiedlungen angestrengt werden — 666. Keine enteignende Wirkung der Festsetzung eines Naturschutzgebiets, mit der eine noch nicht begonnene Schaumlavaausbeutung eines Berges unterbunden wird — 759.

## 20. Gewerberecht (einschließlich Preis-, Berufsbildungs-, Apotheken-, Handwerks- und Gaststättenrecht)

Das Verhältnis von immissionsrechtlicher zu baurechtlicher Genehmigung — 204. Leistungsprinzip und Kooperation handwerklicher Selbstverwaltungseinrichtungen — 225. Die Sperrzeitregelung im Gaststättenrecht — 452.

- E** Pflicht zur Anbringung von Preisverzeichnissen neben Gaststätteneingang nur während Öffnungszeiten — 117. Zum Widerruf einer Gaststättenerlaubnis bei Benützung von Hotelzimmern durch Jugendliche zum gewerblichen Geschlechtsverkehr — 118. Versagung der Gaststättenerlaubnis für Schankwirtschaft in Dirlenunterkunft — 120. Verfassungswidrige Festsetzung von Höchstzahlen für Fahrzeuge im Möbelfernverkehr — 144. Zur Angemessenheit einer Ausbildungsvergütung nach § 10 BBIG — 210. Zum Begriff des „handwerklichen Nebenbetriebs“ (§ 3 HandwO) — 213. Zum Verstoß gegen §§ 15, 35 EichG beim Verbringen ausländischer Fertigpackungen ins Inland — 213. Zur Zulässigkeit der Erweiterung bestandsgeschützter Gewerbebetriebe durch immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftige Anlagen in der Nähe von Wohngebieten — 248. Verwaltungsaktcharakter der Mitteilung über die beabsichtigte Vornahme einer Eintragung oder Löschung in der Handwerksrolle — 311. Geltung der Ladenschlußzeiten für das Feilhalten von Zeitschriften bei Sportveranstaltungen (§ 20 LadSchlG) — 376. Voraussetzungen für die Verkürzung der Sperrzeit für Gaststätten — 464. Zur Vorverlegung des Beginns der Sperrzeit bei einer Diskothek zum

## 22.2 Landwirtschafts-, Forst-, Jagd- und Flurbereinigungsrecht

Koordinierung der Zusammenarbeit von innerer Verwaltung und Flurbereinigung — 41. Jagdscheinversagung oder Jagdscheinversperrfrist? — 101. Das Waldgesetz für Bayern — 129. Der Bannwaldbegriff des Waldgesetzes für Bayern — 134. Die Teilungserlaubnis gemäß Art. 17 des Waldgesetzes für Bayern — 617.

- E Vorläufige Besitzteinweisung im Flurbereinigungsverfahren; Umfang der Handlungsbefugnis des Vorstands der Teilnehmergemeinschaft — 46. Rechtsfolgen der Erstellung eines Flurbereinigungsplanes vor öffentlicher Bekanntmachung der Schätzungsresultate — 47. Passivlegitimation bei Aufsichtsvertretung nach § 137 FlurbG; Erwerb von Altflurstücken während des Flurbereinigungsverfahrens — 48. Umfang der Ansprüche von Drittberechtigten an in die Flurbereinigung einbezogenen Grundstücken — 50. Rechtsnatur und Anfechtbarkeit eines Berichtigungsersuchens gemäß § 79 FlurbG — 50. Mitwirkung befangener Vorstandsmitglieder der Teilnehmergemeinschaft bei einer Entscheidung im Flurbereinigungsverfahren — 51. Art und Höhe der Abfindungsansprüche im Flurbereinigungsverfahren — 52. Zur Berücksichtigung nachträglicher Werterhöhungen von Grundstücken des Flurbereinigungsgebiets — 53. Angleichung von Grundstücksgrenzen an tatsächliche Besitzverhältnisse im Zuge der Flurbereinigung — 54. Richterausschließung wegen Mitwirkung im vorausgegangenen Flurbereinigungsverfahren — 55. Zum Rechtscharakter von Forstrechten; Almkaser kein Bestandteil des Forstrechts — 570. Verzinsung der Rückforderung einer Gasölbetriebshilfe (§ 8 GVL) — 690. Art. 29 BayJagdG rechtfertigt das Töten von Tieren, nicht jedoch deren Verletzung — 732.

## 23. Wasser- und Fischereirecht

Der Ölunfall aus rechtlicher Sicht — 38. Koordinierung der Zusammenarbeit von innerer Verwaltung und Flurbereinigung — 41. Eigentum an Gewässern — 141.

- E Enteignende Wirkung der Einbeziehung eines Grundstücks in eine eingere Wassertutzzone — 28. Zum haftungsgrundenden „Einleiten“ von Schadstoffen in ein Gewässer durch Unterlassen (§ 22 WHG) — 347. Zur Kostenerstattung für die notwendige Änderung von Kreuzungsanlagen infolge des Ausbaus von Bundeswasserstraßen — 375. Zur Haftung einer Gemeinde nach § 22 WHG für Verseuchung eines öffentlichen Baches durch gemeindliche Kanalisation — 413. Bedenken aus § 34 WHG gegen Hauskläranlagen — 599.

## 24. Verkehrs- und Verkehrsstrafrecht (einschließlich Luftverkehrsrecht und Bundesbahnrecht)

Zur gerichtlichen Nachprüfung der Vollziehungsanordnung bei verwaltungsbehördlicher Fahrerlaubnisentziehung — 106.

- E Rechtswirkungen verbleibender Verkehrszeichen bei Umwandlung einer Durchgangs- in eine Sackstraße — 115. Verfassungswidrige Festsetzung von Höchstzahlen für Fahrzeuge des Möbelfernverkehrs nach § 9 GüKG — 144. Anspruch einer politischen Partei auf Ausnahmegenehmigung nach § 41 StVO a. F. zur Aufstellung eines Informationsstandes — 211. Kanaldeckel kein Gegenstand i. S. des § 32 StVO — 475. Klage- und Einwendungsrecht von Gemeinden gegen Erlaubnis für Flugmodelle mit Motor (§§ 16,

25 LuftVG) — 664, 666. Keine Verletzung des gemeindlichen Selbstverwaltungsrechts durch Anordnung eines Halteverbots im Ortskern (§ 45 StVO) — 692. Verpflichtung zur Führung eines Fahrtenbuches (§ 31 a StVZO) — 728. Umfang des Hausrechts der Deutschen Bundesbahn — 731. Straßenverkehrsrechtliche Bedeutung des Abstellens eines nicht zugelassenen Fahrzeugs auf einer öffentlichen Straße (§§ 32 StVO, 28 StVZO) — 760.

## 25. Bundes- und Landesfinanzrecht (einschließlich Haushalts-, Steuer- und Lastenausgleichsrecht)

Der bayerische Staatshaushalt im Spannungsfeld zwischen mittelbarer und unmittelbarer Demokratie — 201. Volksbegehren und Volksentscheid im Verhältnis zum Verbot des Art. 73 BV — 389. Volksgesetzgebung und Staatshaushalt — 486. Die neue Abgabenordnung (AO 1977) — 541. Die verfassungsrechtliche Verantwortung der Länder für die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur — 737.

- E Verfassungsmäßigkeit der landesrechtlichen Vergnügungssteuer — 111. Amtspflichten von Zollbeamten — 157. Zu den Folgeschäden einer Enteignung gehört nicht die durch die Entschädigung ausgelöste Einkommensteuer, wohl aber die Umsatzsteuer — 157. Zur Vergnügungssteuerpflicht eines Märchenwaldes — 177. Verfassungsmäßigkeit der Hundesteuer — 269. Anforderungen an Finanzhilfen des Bundes nach Art. 104 a GG — 364. Zur Versagung der Erhebung der Lohnsummensteuer — 370. Fremdenverkehrsabgabe ist keine „Steuer“ i. S. des Art. 105 GG — 463. Zur Form einer Kirchenaustrittserklärung (Art. 2 Abs. 3 KirchStG) — 466. Mietzinsfestsetzung nach Ablauf der Zweckbindungsfrist nicht mehr von Zustimmung der Ausgleichsbehörde abhängig (§ 254 LAG) — 759.

- B Fonds- und Investitionshilfekompetenz des Bundes (Müller-Volbehr) — 383. Der Streitgegenstand der Anfechtungsklage gegen Steuerbescheide (Gorski) — 480. Die Bodenwertabschöpfung im Städtebauförderungsgesetz (Gaentsch) — 511. Kommentar zur Reichsabgabenordnung (Tipke/Kruse) — 574. Die staatsrechtliche Stellung der Finanzkontrolle des Bundes (Tiemann) — 767.
- P Aufgabe 8 der zweiten jur. Staatsprüfung 1970/II, II. Abtlg. — 350, 381.

## 26. Arbeits- und Sozialrecht (einschließlich Jugendrecht)

Das Sozialgesetzbuch und sein Allgemeiner Teil — 552. Allzuständigkeit der Bezirke in der Eingliederungshilfe für Behinderte und weitere Änderungen des AGBSHG — 673.

- E Fernsehen als Hilfe zum Lebensunterhalt (§ 12 BSHG) oder Hilfe in besonderer Lebenslage? — 187. Zur Zustimmung der Hauptfürsorgestelle zur Kündigung eines Schwerbeschädigten — 187. Zur unentgeltlichen Beförderung von Begleitpersonen eines Behinderten — 187. Zur Verjährung von Erstattungsansprüchen des Versicherungsträgers nach G 131 § 72 Abs. 11 — 217. Zur Kostentragung bei Freiwilliger Erziehungshilfe in der Zeit vom 1. 7. 1962 bis 31. 12. 1975 (§§ 81, 85 JWG, Art. 46, 62 JAG) — 276. Sozialrechtsweg gegen Zwangsvollstreckungsmaßnahme der Gemeinde im Wege der Rechtshilfe für einen Träger der Sozialversicherung (§§ 28, 115 RVO) — 276. Anforderungen an Bekanntmachungspflicht der Beschränkungen des

- Aufenthalts von Jugendlichen in Gaststätten gem. § 10 JSchÖG — 504.
- B** Internationales und Europäisches Sozialrecht (Zacher) — 574. Bundessozialhilfegesetz (Oestreicher) — 607.
- P** Aufgabe 11 der zweiten jur. Staatsprüfung 1971/I, II. Abtlg. — 478, 509.

## 27. Presse-, Funk- und Postrecht

Verfassungsrechtliche Aspekte neuer kommunikationstechnischer Entwicklungen — 530.

- E** Strafrechtliche Würdigung des Errichtens und Betreibens von Fernmeldeanlagen — 213. Keine Strafbarkeit des bloßen Erwerbs und Besitzes von Batterie-Funkgeräten — 213. Verpflichtung der Bundespost zur Verlegung einer Fernmeldeleitung bei Kostenerstattung durch den Wegeunterhaltspflichtigen (§§ 6, 13 TWG) — 285.

## 28. Bürgerliches Recht (einschließlich Handels-, Ehe-, Grundbuch- und Urheberrecht)

Die Benutzung landwirtschaftlicher Grundstücke durch Energieleitungen — 33. Eigentum an Gewässern — 141. Zum Entstehungszeitpunkt der Erschließungsbeitragspflicht — 235. Versorgungsleitung und Enteignung — 460. Der Anwendungsbereich der Amtshaftung — 581. Gefährdungshaftung für Pipelines aus Vertrag zugunsten Dritter? — 645. Reform des Staatshaftungsrechts? — 740.

- E** Erlöschen von Erschließungsbeiträgen nach Art. 124 AGBGB — 16. Notwegrecht nach § 917 BGB als gesichertes Zufahrtsrecht (Erschließungsbeitragspflicht) — 17. Reicht Angebot einer obligatorischen Sicherung einer Erdgasleitung aus, um Zwangsbelastung zu vermeiden? (§§ 567, 1023, 1090 BGB) — 19. Zum Berichtigungssuchen einer Flurbereinigungsbehörde (§§ 13 ff. GBO) — 50. Behandlung von überbauten Grundstücken (§ 912 BGB) im Flurbereinigungsverfahren — 54. Zur Amtspflichtverletzung von Beamten der beteiligten Gemeinde im Baugenehmigungsverfahren (§ 839 BGB) — 122. Zum Beginn der Erlöschenfrist des Art. 125 AGBGB für Entschädigungsansprüche aus Bauverboten — 154. Haftung bei der Benutzung eines kommunalen Schlachthofs — 156. Keine Vergütung für Strafgefangenenarbeit aus Amtshaftung — 157. Zustellung von Bescheiden der Verteidigungsanstaltenbehörden über Stationierungsschäden — 157. Amtspflichten eines Zollbeamten — 157. Passivlegitimation der Bundesbahn für Haftungsansprüche aus unerlaubter Handlung (Verletzung der Räum- und Streupflicht) — 179. Zur Verjährung von Erstattungsansprüchen des Versicherungsträgers nach G 131 § 72 Abs. 11 (§ 197 BGB, Art. 125 AGBGB) — 217. Zum Mitverschulden des Bauherrn (§ 254 BGB), wenn eine Baugenehmigung auf Nachbarklage aufgehoben wird, nachdem mit den Bauarbeiten begonnen wurde — 252. Aus dem absoluten Persönlichkeitsrecht ergibt sich die Befugnis, über Art und Ort der Bestattung bestimmen zu dürfen — 310. Zur Haftung einer Gemeinde aus Zusagen wegen der Aufstellung eines Bebauungsplans (§ 839 BGB) — 378. Keine analoge Anwendung des § 254 BGB auf Übernahmeanspruch des Eigentümers nach § 40 BBauG — 504. Gesetzgebungskompetenz der Länder für Vorschriften über „öffentliches Eigentum“ und die Haftung für dessen Beschädigung — 559. Forstrechte und Nebenrechte sind in der Regel Grunddienst-

barkeiten oder beschränkte persönliche Dienstbarkeiten (§§ 95, 1018, 1090 BGB) — 570. Voraussetzungen und Umfang der Amtshaftung nach § 839 BGB — 599. Anpassung alter Erschließungsverträge nach Treu und Glauben (§ 242 BGB) — 633. Beginn der Verjährung von Amtshaftungsansprüchen (§ 852 BGB) — 634. Verfassungswidrigkeit der kleingartenrechtlichen Kündigungsschutzvorschriften (§ 1 KVO) — 657. Zur analogen Anwendung des § 288 BGB auf die Verzinsung öffentlich-rechtlicher Geldforderungen — 690. Zu den Pflichten eines Gemeindebeamten (§ 839 BGB) bei der Erteilung einer Auskunft über die beabsichtigte Änderung eines Bebauungsplans — 694. § 10 LVVB als Schutzgesetz i. S. des § 823 Abs. 2 BGB — 732. Nichtigkeit eines an eine Erbengemeinschaft gerichteten Erschließungsbeitragsbescheides (§§ 421, 2032, 2058 BGB) — 756.

- B** Die Werbenutzungsverträge der Gemeinden (Bartlsperger) — 671.

- P** Aufgabe 7 der ersten jur. Staatsprüfung 1973/II — 158, 189.

## 29. Zivilprozeßrecht (einschließlich GVG, FGG, BRAO und BNotO)

Fragen aus dem Recht der „Freiheitsentziehung und Unterbringung“ — 165. Die Rechtsanwaltschaft heute und morgen — 193. Die gerichtliche Vernehmung von Parteigutachtern — 649. Rechtsschutz gegen die Vollstreckung aus Verwaltungsakten — 680.

- E** Zur Bekanntmachung von Entscheidungen der Ausländerbehörden an Ausländer in deutscher Sprache (§ 184 GVG) — 56. Kein Armenrecht für volljährige Studentin mit unterhaltpflichtigen Eltern (§§ 114 ff ZPO) — 114. Rechtsmitteleinlegung sowie Sprungrevision in Baulandsachen — 157. Keine Normenkontrollantragsbefugnis einer Gemeinde gegen normative Maßnahmen der Gerichtsorganisation — 178. Notare unterliegen in Bayern nicht der Fremdenverkehrsabgabe — 208. Nichtigkeitsklage wegen mangelnder Vertretung einer Partei (§ 579 ZPO) — 213. Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte zur Nachprüfung von Gnadenentscheidungen (§ 23 EGGVG) — 215. Zur Vollstreckung öffentlich-rechtlicher Forderungen aus Ausstandsverzeichnissen (§ 750 ZPO) — 218. Zur Verletzung von Rechten eines Anwalt aus § 3 BRAO — 220. Ablehnung aller Mitglieder eines Spruchkörpers wegen Besorgnis der Befangenheit (§ 45 ZPO) — 346. Zur Justizabilität von Geschäftsverteilungsplänen (§ 23 EGGVG) — 373. §§ 160, 162 ZPO sind im Verwaltungsprozeß nicht anwendbar — 414, 478. Zur Hauptsacheerledigung im Armenrechtsverfahren (§ 118 a ZPO) — 440. Anforderungen an eine „Unterschrift“ eines Anwalt nach § 130 Nr. 6 ZPO — 444. Notwendigkeit der eigenhändigen Unterschrift unter Verfassungsbeschwerde — 446. Zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Zusammenlegung amtsgerichtlicher Zweigstellen (Art. II § 3 GVVO) — 474. Zur Revisibilität gesetzwidrig unterlassener Protokollierung von Partei- oder Zeugenaussagen (§§ 160, 161, 295 ZPO) — 477. Erfordernis der Prüfung der angeblich mangelnden Prozeßfähigkeit eines Rechtsanwalts in einem besonderen, rechtsstaatlich geordneten Verfahren — 507. Zur Unbestimmtheit eines gerichtlichen Geschäftsverteilungsplans (§§ 21 e und f GVG) — 569. Rechtliche Bedeutung der Aufhebung der Kosten des Verfahrens (§ 92 ZPO) — 636. Kostenerstattung bei Vertretung mehrerer Streitgenossen durch verschiedene Rechtsanwälte (§ 5 ZPO) — 696. Zur Rüge der gesetzwidrig unterlassenen Protokollierung von Partei- oder Zeugenaussagen (§§ 160, 161 ZPO) — 764.

- B** Die Revisionsinstanz als Tatsacheninstanz (Gottwald) — 32.

**30. Straf- und Strafprozeßrecht  
(einschließlich OWiG, ohne Verkehrsstrafrecht)**

Fragen aus dem Recht der „Freiheitsentziehung und Unterbringung“ — 165. Verfassungsbeschwerde und Erschöpfung des Rechtsweges durch Gegenvorstellung — 679.

- E Wiedereinsetzung in den vorigen Stand für Ausländer, dem Strafbefehl in deutscher Sprache zugestellt wird (§ 44 StPO) — 45. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Strafbefehlszustellung während Urlaubsabwesenheit (§ 45 StPO a. F.) — 82. Zur Verletzung des Rechts auf Gehör im Verfahren wegen Entlassung aus der Sicherungsverwahrung (§ 42 f StGB a. F.) — 143. Keine Vergütung für Strafgefangenenarbeit — 157. Zulässigkeit von Eingriffen in die Grundrechte von Strafgefangenen — 207. Kein Verstoß gegen § 184 StGB bei Filmvorführung in einem Schaukasten, die nur von einer Person verfolgt werden kann — 213. Zur Strafbarkeit des Vertriebs von „Emmentaler-Käse“ mit „künstlichen“ Löchern — 213. Zur gerichtlichen Nachprüfung von Gnadenentscheidungen — 215. Zur sofortigen Wirksamkeit der Anordnung von Abschiebungshaft — 242. Zur Zulässigkeit von Eingriffen in die Grundrechte von Strafgefangenen — 301. Verfassungsbeschwerde gegen Einstellung des Privatklageverfahrens nach §§ 383, 471 StPO — 604. § 33 a StPO gehört zum Rechtsweg i. S. des § 90 BVerfGG — 687, 688. Die Ausübung des Zeugnis- und Aussageverweigerungsrechts sowie das Beschlagnahmeverbot des § 97 Abs. 1 StPO stehen der Anordnung zur Führung eines Fahrtenbuches nicht entgegen — 728. Hausfriedensbruch (§ 123 StGB) bei Bahnhofsverbot — 731.

**31. Wirtschaftsrecht  
(einschließlich Banken-, Versicherungs- und Sparkassenrecht)**

Gefährdungshaftung für Pipelines aus Vertrag zugunsten Dritter? — 645. Die verfassungsrechtliche Verantwortung der Länder für die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur — 737.

- E Verfassungsmäßigkeit landesrechtlicher Gebäudeversicherungsmonopole — 207. Zum Staatsvorbehalt nach dem Graphitgesetz — 493.

**32. Personenstands- und Namensrecht**

- E Maßgeblichkeit des Rechts des Staates, dessen Staatsangehörigkeit der Namensträger besitzt, für die Berechtigung zum Führen eines Namens; Rechtsnatur der Namensfeststellung nach § 8 NÄG — 148. Zuständigkeit und Voraussetzungen der Erteilung der vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch minderjährige Kinder ausländischer Eltern — 150. Zur Unzulässigkeit staatlicher Kirchenaustrittserklärungen mit Vorbehalten hinsichtlich des innerkirchlichen Bereichs — 466.

**33. Wehrrecht**

Die Präsentation des Gewissens — 97.

- E Zur Verletzung der Garantie des gesetzlichen Richters im Kriegsdienstverweigerungsverfahren (§ 34 WPflG) — 569.

**Verzeichnis der Mitarbeiter**

(Wohnort, soweit nicht anders vermerkt, München)

Dr. Peter B adura Professor an der Universität München	515	Dr. Hans-Ullrich G a ll w a s, Professor Universität München	385
Dr. Dieter Birk Wiss. Assistent an der Universität München	297, 744	Dr. Friedrich G i e h l Ministerialrat im Bayer. Staatsministerium des Innern	321, 486
Dr. Dieter B l u m e n w i z t Professor an der Universität Würzburg	520	Dr. Peter G ö t z, Notarassessor, Vilshofen	617
Dr. Bodo B ö r n e r Professor an der Universität Köln	33, 645	Dr. Hans-Ulrich G r a b a Richter am Landgericht Augsburg	231
Dr. Dieter B o s c h Richter am Bayer. Verwaltungsgerichtshof	62, 671	Dr. Walter G r a s s e r rechtsk. Oberverwaltungsdirektor	429
Dr. Enno B o e t t c h e r Regierungsdirektor im Bayer. Staatsministerium des Innern	63, 191, 510	Dr. Jacques Otto G r é z e r, Mannheim	159, 575
Dr. Fritz C z e r m a k Richter am Bayer. Verwaltungsgerichtshof	106, 191	Georg G r u b e r Richter am Bayer. Verwaltungsgericht München	76
Dr. Dr. Ulfert E n g e l s Universität Augsburg	201	Dr. Hans H a b l i t z e l Oberregierungsrat beim Bayer. Staatsminister für Bundesangelegenheiten, Bonn/München	383
Dr. Erich E y e r m a n n Präsident des Bayer. Verwaltungsgerichtshofs a. D.	225	Helmut H a c k e r Richter am Bayer. Verwaltungsgerichtshof	95, 160, 704, 768
Dr. Ingo F e s s m a n n	389	Dr. Horst H a u s e n, Rechtsanwalt	336
Peter F r a n k e, Münster/Westf.	64, 448	Dr. Wolfgang H e i n Ministerialrat im Bayer. Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	129
Dr. Fritz F r e u d l i n g, Ministerialdirektor a. D.	141	Dr. Sebastian H e i t z e r, Senatspräsident a. D.	670
Georg G a i s b a u e r, Braunau	452		

Dr. Joachim H e n k e l Regierungsdirektor, Bonn	735, 736	Dr. Klaus O b e r m a y e r Professor an der Universität Erlangen-Nürnberg	535
Dr. Wilhelm H e n l e, Ministerialdirigent a. D.	767	Dr. Fritz O s t l e r, Rechtsanwalt Präsident des Bayerischen Anwaltsverbandes	193
Dr. Roman H e r z o g Staatssekretär, Professor, Bonn—Speyer	161	Dr. Ernst O e s t r e i c h e r Präsident des Bayer. Verwaltungsgerichts München	191
Dr. Dr. Friedrich August Freiherr von der H e y d t e Professor, Aham/Vils	528	Dr. Werner P a p t i s t e l l a Regierungsrat im Bayer. Staatsministerium des Innern	575, 703
Dr. Karl H o f f m a n n, Oberlandesanwalt Landesanhaltshaft München	65	Dr. Christian P e t z k e Oberlandesanwalt bei der Landesanhaltshaft Bayern	101, 126, 294, 730, 735
Dr. Hermann H u e b e r Richter am Bayer. Verwaltungsgerichtshof	671	Josef P l ö t z Richter am Bayer. Obersten Landesgericht	32
Anton J a u m a n n Bayer. Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr	737	Dr. Johannes P ö t z, Rechtsanwalt in Düsseldorf	97
Dr. Dr. Helmut K a l k b r e n n e r Oberlandesanwalt beim Bayer. Verwaltungsgerichtshof	87, 127, 224, 669, 714, 734	Ernst P r o k s c h Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichts Würzburg	6, 649
Dr. Franz K l e i n, Ministerialdirektor Staatskanzlei Rheinland-Pfalz	257, 574	Klaus P u h r - W e s t e r h e i d e, Oberregierungsrat Oberste Baubehörde im Bayer. Staatsministerium des Innern	460
Dr. Franz-Ludwig K n e m e y e r, Professor, Würzburg	351	Dr. Andreas R e i c h, Universität Augsburg	255
Dr. Franz K n ö p f l e, Professor Präsident der Universität Augsburg	417 (ber. 512)	Dr. Ludwig R e n c k Richter am Bayer. Verwaltungsgerichtshof	95, 235, 383, 468, 480, 640, 682
Dr. Hans-Günther K ö n i g, Professor Fachhochschule Würzburg	577	Dr. Martha R e n c k - L a u f k e Richterin am Bayer. Verwaltungsgerichtshof	621
Dr. Ferdinand O. K o p p, Professor Universität Graz	287, 383, 670, 703, 719	Dr. Reinhard R i e g e l, Oberregierungsrat Bundesministerium des Innern, Bonn	319, 353, 395
Fritz K o p p, Amtsrat Landratsamt Amberg-Sulzbach	204	Dr. Fritz R u l a n d Wiss. Assistent an der Universität München	581
Dr. Gerhard K ö r n e r Ltd. Regierungsdirektor bei der Regierung von Mittelfranken	38	Dr. Rudolf S a m p e r, Oberstaatsanwalt a. D.	641
Dr. Günther K ü c h e n h o f f, Professor Universität Würzburg	740	Benedikt S a s o w s k i Richter am Bayer. Verwaltungsgerichtshof	415
Dr. Elmar L a n d t Vorsitzender Richter am Bayer. Verwaltungsgericht München	104	Ludwig S c h ä f e r Präsident des Bayer. Obersten Landesgerichts	679
Dr. Arnold L a n g e, Regierungsrat z. A.	755	Dr. Wolf-Rüdiger S c h e n k e, Professor Universität Bochum	680
Dr. Peter L e r c h e Professor an der Universität München	530	Dr. Guntram von S c h e u r l, Oberregierungsrat Bayer. Staatsministerium des Innern	486
Jürgen M a d e l Städtischer Rechtsrat z. A., Nürnberg	588	Dr. Hans S c h i e d e r, Ministerialrat Bayer. Staatsministerium des Innern	607
Max M ä r z Richter am Bayer. Obersten Landesgericht	165	Dr. Hans S c h m a t z, Ministerialdirektor, Bayer. Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung	574
Anton M a t l o c h Verwaltungsdirektor bei der Landeshauptstadt München	8	Dr. Johann S c h m i d t Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs	1
Dr. Theodor M a u n z Professor an der Universität München	255, 289, 340, 360, 447	Dr. Günther S c h m i t t Regierungsdirektor bei der Regierung von Schwaben Augsburg	324
Dr. Franz M a y e r Professor an der Universität Regensburg	134, 223	Dr. Karl S c h m i t t, Ministerialdirigent Bayer. Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung	673
Dr. Paul M o l o d o v s k y, Ministerialrat Oberste Baubehörde im Bayer. Staatsministerium des Innern	511	Dr. Lothar S c h m i t t Präsident des Verwaltungsgerichts Ansbach	607
Dr. Dr. Wilhelm M ö B l e, Wiss. Assistent	609	Rudolf W. S c h m i t t, Regierungsdirektor Bayer. Staatsministerium der Finanzen	639

Dr. Friedrich P. Schröder, Professor Prien am Chiemsee	702	Dr. Helga Tübels, Oberregierungsrätin Bayer. Landesamt für Datenverarbeitung	639
Dr. Herbert Schwarzer Richter am Bayer. Verwaltungsgerichtshof	575	Dr. Wolfgang Vehse Wiss. Assistent an der Universität Bayreuth	490
Dr. Christoph Seining Richter am Bayer. Verwaltungsgericht München	72	Roland Voigt, Diplom-Volkswirt Wiss. Assistent an der Universität Erlangen-Nürnberg	361
Dr. Alfons Simon, Abteilungsdirektor, Regierung von Oberbayern	605	Dr. Wegmann, Regierungsrat z. A. Bayer. Staatsministerium des Innern	288, 320, 352
Dr. Hans Spanner, Professor Universität München	480, 541, 668	Dr. Dr. Olaf Weingart, Ltd. Regierungsdirektor, Fachbereichsleiter Polizei der Bayer. Beamtenfachhochschule	415
Dr. Johannes Steiner, Regierungsdirektor Regierung von Oberbayern	511	Dr. Otto Werner Vorsitzender Richter am Bayer. Verwaltungsgerichtshof	705
Dr. Klaus Stern Professor an der Universität Köln	547	Dr. Dr. Hans-Jürgen Wipfelder, Dozent, Koblenz	423
Dr. Rudolf Stich, Ministerialrat a. D. Universität Kaiserslautern	62	Adolf Wissnath Lehrbeauftragter an der Fachhochschule Dortmund Bielefeld	10
Dr. Rolf Stober, Professor, Stuttgart	169	Ulrich Witschel, Regierungsdirektor, Flurbereinigungsdirektion Bamberg	41
Dr. Joachim Strunz, Regierungsdirektor bei der Regierung der Oberpfalz	481	Dr. Michael Wollenschläger, Wiss. Assistent an der Universität Würzburg	224, 268, 408
Dr. Siegwin Süß, Ministerialdirektor im Bayer. Staatsministerium des Innern	31, 449	Dr. Hans F. Zacher Professor an der Universität München	552
Dr. Paul Theuersbacher Richter am Bayer. Verwaltungsgerichtshof	256	Dr. Franz Christoph Zeitler, Regierungsrat z. A. Bayer. Staatsministerium der Finanzen	416
Dr. Burkhard Tiemann, Rechtsanwalt Wiss. Assistent an der Universität München	261, 650		